BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 6 **Köln, 20. Juni 1957** **Preis DM 1.-**

Zweiter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer – Reimar von Bonin
Ulrich W. Döring – Helmut Dörr
Josef Emonds – Hermann Etzel
Georg Groeninger – Johannes Hessen
Hans Iwand – Karl Klammt
Manfred Pahl-Rugenstein
Rudolf Pikola - Dietrich Ernst Ralle
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Franz Paul Schneider
Ernst Schwarz - Katharina Seibert
Heinz Sitta - Hermann Strathmann
Leo Weismantel - Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen
und anderen

Inhalt:

- *Dr. Hermann Rauschning, „Beginn des Beginns“* S. 185
- *Walter Lassahn, „Der Christ und der Krieg“* S. 192
- *Katharina Seibert, „Warum Neutralitätspolitik?“* S. 196
- *Johannes Weidenheim, „Die menschliche Bilanz“* S. 197
- *Prof. Dr. Leo Weismantel, „Sechster Brief an einen Bundestagsabgeordneten“* S. 202
- *Rudolf Pikola, „Jesus und der Militärbischof“* S. 204
- *Dr. Gustav Feick, MdL, „Ketzerische Gedanken zur Wiedervereinigung“* S. 206
- *Kaspar-Thomas Lenk, „Die Jünglinge mit Schwert und Fackel“* S. 208
- *Manfred Pahl-Rugenstein, „Atom und Politik“* S. 211
- *Zeitdokumente (2000 amerikanische Wissenschaftler appellieren; Pius XII. warnt vor Atomrüstung)* S. 221

Dr. Hermann Rauschning

Beginn des Beginns

Harter Kampf um die außenpolitische Richtung in den Vereinigten Staaten

Nicht alle Mitarbeiter des Präsidenten Eisenhower sind in der Charakterisierung ihrer Politik glücklich. Foster Dulles hat mit der Interpretation seiner Außenpolitik als eine sich ständig absichtlich am Rande eines Krieges bewegenden nicht gerade zur Entspannung der gefährlich geladenen politischen Atmosphäre beigetragen. Kürzlich glaubte der Verteidigungsminister Charles E. Wilson in der Verteidigung des Militärbudgets der Regierung die Auseinandersetzung der Vereinigten Staaten mit Rußland als ein „internationales Pokerspiel“ charakterisieren zu sollen. Wie immer man die sachlichen Gründe für eine Kürzung oder Beibehaltung des Budgets beurteilen mag —, das tragische Ringen der beiden großen Weltmachtblöcke um einen Ausweg, der der Welt einen nochmaligen Krieg ersparen

könnte, als ein skrupelloses Kartenspiel aufzufassen, wird die Zuversichtlichkeit der Welt in das Gelingen der mehr denn je einer Entscheidung entgegenreifenden Verhandlungen des Westens und Ostens kaum stärken. An sich wäre zu einer zuversichtlicheren Auffassung der Weltlage als bisher guter Grund. Die amerikanischen und russischen Abrüstungs- und Inspektionsvorschläge haben sich so genähert, daß eine mittlere Lösung, die beide Seiten befriedigte, wohl im Bereiche der Möglichkeiten läge, wenn die Verhandlungen in aller Offenheit — mit allen Karten offen auf dem Tisch und nicht als „Pokerspiel" geführt würden.

Die innerpolitische Lage in den Vereinigten Staaten hatte sich in den letzten Monaten so gestaltet, daß nur wenig Anlaß zum Optimismus bestand. In dem Ringen der Parteien und Machtgruppen um Einfluß und Machtpositionen waren weniger sachliche Gründe, wie die nationale Sicherheit oder die Möglichkeit der Verringerung einer Atomkriegsgefahr, maßgeblich geworden als das, was wohl mit Recht nach Charles E. Wilson als ein innerpolitisches „Pokerspiel" charakterisiert werden kann. Der Präsident war dabei scheinbar in die Defensive gedrängt worden, so daß man bereits allgemein von einer Einbuße seiner großen Popularität sprach. Es ist bekannt, daß der Präsident in seiner eigenen Partei, der Republikanischen, nur eine Minderheit hinter sich hat. Die Mehrzahl steht seinem fortschrittlichen Konservatismus, seinem „neuen Republikanismus" in scharfer Opposition gegenüber. Es geht daher in dem unterirdischen Ringen der Machtfaktoren nicht ausschließlich um das Budget, um die Mittel für die außenpolitische Hilfsaktion, das Rüstungsprogramm oder die Gesetzvorlage „Atomkraft für Frieden". Es geht um die Sicherung günstiger Ausgangspositionen für den gegenwärtig schon in seinen Grundlinien abzusteckenden Kampf der Parteien bei der nächsten Präsidentenwahl 1960. Der Führer der Republikaner im Senat, W. Knowland, sucht sich von langer Hand die Statur für den künftigen republikanischen Präsidentschaftskandidaten zu verschaffen und versucht das auf einer Anti-Eisenhower-Plattform. Aber auch die Demokraten wünschen sich eine günstige Ausgangsposition für ihren Kampf um die Macht rechtzeitig zu sichern. Obwohl der neue Republikanismus Eisenhowers wichtige Elemente des New und Fair Deals Roosevelts und Trumans, das heißt sozialistische Züge in der Richtung auf einen Wohlfahrtsstaat enthält, ist das Budget Eisenhowers auch von demokratischer Seite aus attackiert worden. So fand sich der Präsident zeitweise in die Enge getrieben; man sprach davon, daß er keine Macht mehr habe oder ihrer überdrüssig geworden sei, daß man ihn ignoriere. Völlig vergessen schienen die Beschwörungen der republikanischen Plattform der vorjährigen Wahl: „Ein Führer in der Welt steht turmhoch über allen anderen und erweckt Vertrauen, Bewunderung, Zuversicht und guten Willen ..." Zu diesem Umschwung kommen Drahtziehereien und Winkelzüge einzelner Gruppen der „power elite", der Wirtschaft, des Militärs, die der Innen- wie Außenpolitik des Präsidenten — um das mindeste zu sagen — skeptisch gegenüberstehen und von denen nicht wenige die Unvermeidlichkeit eines Krieges — es sei denn Sowjetrußland breche rechtzeitig innenpolitisch zusammen — vertreten. Der Präsident hat daher den „Kampf seines Lebens", wie es ein Kolumnist bezeichnet, vor sich. Dieser Kampf betrifft nicht das Budget. Die Kürzungen der Ausgaben für militärische Zwecke um 2,5 Milliarden sind zwar eine Niederlage für den Präsidenten, in Wirklichkeit aber keine ins Gewicht fallende Beschränkung, da mehr als die Hälfte als rein buchungsmäßig für die Regierung ohnehin annehmbar war. Der Kampf gilt vielmehr dem Projekt „Atomkraft für Frieden". Mit ihm ist das Prestige des Präsidenten unlösbar verknüpft. Es ist der Kern seiner Politik, der Innen- wie Außenpolitik, denn mit ihm hängt auch aufs engste die Frage der Rüstungseinschränkung und Atombombenkontrolle zusammen. Sie bilden zusammen mit der gemeinsamen internationalen friedlichen Ausnützung der Atomkraft als Element künftiger Kooperation der Welt das Herzstück der Friedenspolitik Eisenhowers.

In diesem „Kampf seines Lebens" hat der Präsident in der vorletzten Maiwoche die Initiative an sich gerissen, die seinen Gegnern angeblich kampflos überlassen zu haben, ihm von manchen Freunden vorgeworfen worden war. Am bösartigsten war wohl dabei die Bemerkung eines Diplomaten, er sehe sich wie Hindenburg oder Pétain über der Politik stehend, indes er in Wirklichkeit von Parteien und Machtgruppen geführt würde, statt zu führen. Näher der Wirklichkeit kommt die Erklärung, er habe warten wollen, bis die Situation zu einem entscheidenden Schlage gereift sei. Er ist erfolgt. Der Präsi-

dent hat seinem Abrüstungsbeauftragten Stassen das grüne Licht für die Verhandlungen in Genf gegeben. Mit großem Ernst hat der Präsident wiederum, wie schon zweimal zuvor, sein ganzes politisches Schwergewicht gegen die Bedenken der vereinigten Generalstäbe in die Wagschale eines neuen Friedens- und Entspannungsversuches geworfen. Er betonte dabei sehr deutlich im Gegensatz zu der Auffassung der Aufgabe als ein „Pokerspiel" die Notwendigkeit einer „ehrlichen" und „fairen" Verständigung ohne Hintergedanken. Er bekannte sich zu einem „aufgeschlossenen Geist", der sich nicht auf Einzelheiten hartnäckig versteift, sondern Schritt für Schritt sich vorzutasten versucht und mit geringen Teilabmachungen als erstem Beginn eines neuen Beginnens zufrieden gibt, um erst eine Vertrauensgrundlage zu schaffen.

Zum erstenmal eröffnet sich die Möglichkeit, nicht lediglich über die Abrüstung zu reden, um seinen eigenen Standpunkt darzulegen, sondern mit der Absicht zu verhandeln, um tatsächlich eine gemeinsame Regelung zu erreichen. Ist das wünschenswert? Es gibt auch in den Vereinigten Staaten beachtliche Elemente, die die Frage entschieden verneinen. Nicht nur aus Mißtrauen gegen die Innehaltung der Vereinbarungen durch die Sowjetunion, zu dem sich Admiral Radford bekennt. Die eigentliche Schwierigkeit liegt vielmehr darin, das für den Westen das politische Risiko der Entspannung mit ihren psychologischen Folgen größer sein könnte als die politischen und wirtschaftlichen Vorteile. Wird nicht die Druckentlastung in USA diejenigen Tendenzen stärken, die das Militärbudget vorzeitig kürzen wollen, ehe eine verläßliche politische Entspannung eingetreten ist? Werden nicht in Europa und anderwärts die verbündeten Staaten noch unlustiger als bisher werden, die Lasten des militärischen Sicherungssystems zu tragen? Lauert daher hinter Abrüstungsverträgen nicht die Gefahr der vorzeitigen Auflösung der westlichen Defensivorganisationen, bevor das Fundament eines politischen Sicherungssystems gelegt werden konnte? Mit anderen Worten: lauert nicht hinter der Möglichkeit, zu einem Rüstungsabkommen zu gelangen, so etwas wie eine „politische Verführung", die die Wachsamkeit und Wehrbereitschaft des Westens einschläfert? Man darf diese Problematik nicht verschweigen, wenn man die ganze Größe und Schwere der getroffenen Entscheidung Eisenhowers bewerten will. Die Vereinigten Staaten treten nicht blind und voll Illusionen in die Verhandlungen ein. Man will diesmal etwas erreichen und ist gewillt, die Risiken in Kauf zu nehmen.

Aber noch ein Einwand ist wohl berechtigt. Heißt nicht, die Entspannung mit Rüstungsbeschränkungen zu beginnen, die Zweiteilung der Welt zu verewigen statt sie zu beseitigen? Ist es nicht die Festlegung auf die gegenwärtige machtpolitische Lage als der dauernden, legitimen? Man kann darauf nur erwidern, daß es gewiß der bessere Weg zur Entspannung gewesen wäre, mit einem politischen Sicherungssystem zu beginnen und über die militärischen Belange als Mittel der Verwirklichung eines solchen zu verhandeln, statt daß nun die Gefahr besteht, bei isolierten militärischen Maßnahmen stehen zu bleiben, ohne zu den erhofften politischen Früchten gelangen zu können. Man wird sich solchen Bedenken gegenüber damit abfinden müssen, daß kaum noch ein anderes Verfahren übrig blieb, wenn überhaupt noch ein Versuch zur Rettung des Friedens gelingen sollte, und daß die Zeit drängte. Man muß es als einen letzten, noch möglichen Ausweg aus einer Lage auffassen, die automatisch zu einem bewaffneten Zusammenstoß führen muß, wenn nicht in die militärische Apparatur Bremsvorrichtungen eingebaut werden. Es handelt sich zunächst um eine Notmaßnahme, die nach den Erfahrungen der Krise des letzten Herbstes schlechterdings für beide Machtgruppen zwingend geworden ist. Was die Möglichkeit eines Erfolges der diesmaligen Verhandlungen anlangt, so liegt sie — nach des bekannten Kolumnisten Walter Lippmans Auffassung — in der Balance zwischen den zwei strategischen Elementen, der russischen Kapazität für Überraschungsschläge und der amerikanischen für unbegrenzte Produktion.

Auch für Amerika ist ein Stop im Rüstungswettlauf dringend notwendig — Gereiftheit der Lage für einen Ausgleich der Machtgruppen in der Welt

Wie dringend auch für die Vereinigten Staaten ein Stop in dem Rüstungswettlauf geworden ist, hat erst kürzlich der offizielle Bericht des verantwortlichen Wissenschaftlers in der amerikanischen Sicherheitsbehörde über das Ausmaß der Zerstörungen bei einem Atomkrieg innerhalb der USA bewiesen. Die Nation muß mit 82 Millionen Todesfällen rechnen, wobei die Hälfte etwa auf Grund tödlicher Strahlungen, die andere vom Druck

und Feuer erfolgen würden. Weitere 24 Millionen würden Verletzungen erleiden, aber leben bleiben. 60 Millionen etwa können unverletzt bleiben, aber „einiger Strahlungseinwirkung" ausgesetzt sein, deren Folgen noch nicht übersehbar sind. Es wird keine Zeit zur Evakuierung der Bevölkerung aus den besonders gefährdeten Plätzen möglich sein; es gibt keine Unterstände. Einige 250 Bomben werden auf etwa 144 militärische, zivile und industrielle Ziele einschließlich großer Städte fallen. Diese nüchternen Zahlen, die nicht von einer politischen Opposition verbreitet wurden, sondern von der Regierung amtlich als Schätzung drohender Gefahr offen zugegeben werden, zeigen, daß es auch für die stärkste Macht der Welt keine Sicherheit mehr gibt, geschweige denn für eine so eng besiedelte und umstrittene Zone wie Zentraleuropa. Diese offene Sprache steht im bemerkenswerten Gegensatz zu den langjährigen, bis in die jüngste Gegenwart reichenden Abschwächungs- und Verheimlichungsversuchen der drohenden Katastrophe, zu denen sich beispielsweise die Bonner Regierung bewogen fühlt.

Der Entschluß der amerikanischen Regierung, die Abrüstungsverhandlungen mit der Absicht aufzunehmen, ihnen zu gegebenem Zeitpunkt Gespräche über ein allgemeines politisches Vertragssystem folgen zu lassen und deshalb eine neue Konferenz der Großen Vier ins Auge zu fassen, werden in der Welt vielfach als eine überraschende Schwenkung in der amerikanischen Außenpolitik aufgefaßt werden. Rückblickend erscheint jedoch die jüngste politische Phase seit der großen Krise des vorigen Jahres nur als eine Retardation in der schon 1952 konzipierten Friedenspolitik des Präsidenten, durch die die Grenzen der Konzessionsbereitschaft der Vereinigten Staaten geklärt werden sollten, nicht aber, wie auch in diesen Blättern befürchtet worden war, als eine Preisgabe dieser Politik selbst und die Rückkehr zum Kalten Kriege. Es erweist sich vielmehr, daß der Präsident die Politik, wenn auch mit losem Zügel, selbst führt und an den entscheidenden Hindernissen die Paraden und Hilfen zu geben weiß. Nach der Stellungnahme gegen die englisch-französische Gewaltpolitik war es nicht allein außen- sondern auch innenpolitisch notwendig, jede Deutung zu zerstreuen, daß eine Verhandlungsbereitschaft der Vereinigten Staaten etwa als Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden könnte.

Man wird sich jedoch darüber klar sein müssen, daß mit der Entscheidung Eisenhowers noch keineswegs sein Kampf gewonnen ist, sondern daß er erst begonnen hat. Der großen Politik des Präsidenten drohen nicht nur außenpolitische Gefahren, sondern auch innerpolitische. Die Gegner von Abmachungen irgendwelcher Art mit den Sowjets werden auf den geeigneten Zeitpunkt für Gegenaktionen warten. Man darf nicht übersehen, daß internationale Vereinbarungen durch eine Zweidrittel-Majorität im Senat ratifiziert werden müssen, was einem Abrüstungsvertragswerk, sei es auch noch so günstig, unter Umständen das Schicksal des Woodrow Wilsonschen Völkerbundes bescheren könnte. Nicht nur das professionelle Mißtrauen des Militärs könnte zu einem solchen Ergebnis führen, sondern auch solche illusionären Hoffnungen, wie sie erst kürzlich das weit verbreitete Magazin „Life" erweckt, das wieder einmal den Schimmer eines westlichen Sieges in dem „Kampf um die Welt" heraufglimmen sieht. Den Rüstungswettlauf jetzt abzustoppen bedeutet solchen Politikern die Preisgabe der Waffen im Augenblick, in dem sie den sicheren Erfolg gewährleisten. Die Sowjets müssen eines Tages kapitulieren, da sie auf einer nur ein Drittel der Produktionskapazität der amerikanischen Wirtschaft besitzenden eigenen, die gleiche Rüstungslast wie Amerika tragen müßten, ist der Gedankengang. Es sind Politiker, die, wie im ersten Weltkrieg ihre Gesinnungsgenossen den sicheren Erfolg des „unbegrenzten U-Bootkrieges" herausrechneten. Auch Newsweek hofft auf einen kommunistischen „crack-up" und interpretiert Maßnahmen wie die Dezentralisierung der sowjetischen Wirtschaft, die ein hervorragender Gesundungs- und Demokratisierungsvorgang ist, als Schwächezeichen. Nicht weniger abwegig, weil die politische Atmosphäre vergiftend, sind Versuche, mit der Abrüstung ein politisches Spiel einzuleiten, um Rußland aus Zentraleuropa herauszulotsen, etwa um damit zu gegebener Zeit eine „doppelte Revolte von der deutschen Elbe wie der polnischen Weichsel" zu ermöglichen.

Um so verdienstvoller ist es, daß der bisherige amerikanische Botschafter in Moskau, Charles E. Bohlen, die Möglichkeiten einer Einigung zwischen West und Ost über Abrüstungsfragen und das Nahost-Problem für groß hält, auch wenn er der Ansicht ist, daß die große Linie der sowjetischen Außenpolitik sich seit dem Tode Stalins nicht ge-

dent hat seinem Abrüstungsbeauftragten Stassen das grüne Licht für die Verhandlungen in Genf gegeben. Mit großem Ernst hat der Präsident wiederum, wie schon zweimal zuvor, sein ganzes politisches Schwergewicht gegen die Bedenken der vereinigten Generalstäbe in die Wagschale eines neuen Friedens- und Entspannungsversuches geworfen. Er betonte dabei sehr deutlich im Gegensatz zu der Auffassung der Aufgabe als ein „Pokerspiel" die Notwendigkeit einer „ehrlichen" und „fairen" Verständigung ohne Hintergedanken. Er bekannte sich zu einem „aufgeschlossenen Geist", der sich nicht auf Einzelheiten hartnäckig versteift, sondern Schritt für Schritt sich vorzutasten versucht und mit geringen Teilabmachungen als erstem Beginn eines neuen Beginnens zufrieden gibt, um erst eine Vertrauensgrundlage zu schaffen.

Zum erstenmal eröffnet sich die Möglichkeit, nicht lediglich über die Abrüstung zu reden, um seinen eigenen Standpunkt darzulegen, sondern mit der Absicht zu verhandeln, um tatsächlich eine gemeinsame Regelung zu erreichen. Ist das wünschenswert? Es gibt auch in den Vereinigten Staaten beachtliche Elemente, die die Frage entschieden verneinen. Nicht nur aus Mißtrauen gegen die Innehaltung der Vereinbarungen durch die Sowjetunion, zu dem sich Admiral Radford bekennt. Die eigentliche Schwierigkeit liegt vielmehr darin, das für den Westen das politische Risiko der Entspannung mit ihren psychologischen Folgen größer sein könnte als die politischen und wirtschaftlichen Vorteile. Wird nicht die Druckentlastung in USA diejenigen Tendenzen stärken, die das Militärbudget vorzeitig kürzen wollen, ehe eine verläßliche politische Entspannung eingetreten ist? Werden nicht in Europa und anderwärts die verbündeten Staaten noch unlustiger als bisher werden, die Lasten des militärischen Sicherungssystems zu tragen? Lauert daher hinter Abrüstungsverträgen nicht die Gefahr der vorzeitigen Auflösung der westlichen Defensivorganisationen, bevor das Fundament eines politischen Sicherungssystems gelegt werden konnte? Mit anderen Worten: lauert nicht hinter der Möglichkeit, zu einem Rüstungsabkommen zu gelangen, so etwas wie eine „politische Verführung", die die Wachsamkeit und Wehrbereitschaft des Westens einschläfert? Man darf diese Problematik nicht verschweigen, wenn man die ganze Größe und Schwere der getroffenen Entscheidung Eisenhowers bewerten will. Die Vereinigten Staaten treten nicht blind und voll Illusionen in die Verhandlungen ein. Man will diesmal etwas erreichen und ist gewillt, die Risiken in Kauf zu nehmen.

Aber noch ein Einwand ist wohl berechtigt. Heißt nicht, die Entspannung mit Rüstungsbeschränkungen zu beginnen, die Zweiteilung der Welt zu verewigen statt sie zu beseitigen? Ist es nicht die Festlegung auf die gegenwärtige machtpolitische Lage als der dauernden, legitimen? Man kann darauf nur erwidern, daß es gewiß der bessere Weg zur Entspannung gewesen wäre, mit einem politischen Sicherungssystem zu beginnen und über die militärischen Belange als Mittel der Verwirklichung eines solchen zu verhandeln, statt daß nun die Gefahr besteht, bei isolierten militärischen Maßnahmen stehen zu bleiben, ohne zu den erhofften politischen Früchten gelangen zu können. Man wird sich solchen Bedenken gegenüber damit abfinden müssen, daß kaum noch ein anderes Verfahren übrig blieb, wenn überhaupt noch ein Versuch zur Rettung des Friedens gelingen sollte, und daß die Zeit drängte. Man muß es als einen letzten, noch möglichen Ausweg aus einer Lage auffassen, die automatisch zu einem bewaffneten Zusammenstoß führen muß, wenn nicht in die militärische Apparatur B r e m s v o r r i c h t u n g e n eingebaut werden. Es handelt sich zunächst um eine Notmaßnahme, die nach den Erfahrungen der Krise des letzten Herbstes schlechterdings für beide Machtgruppen zwingend geworden ist. Was die Möglichkeit eines Erfolges der diesmaligen Verhandlungen anlangt, so liegt sie — nach des bekannten Kolumnisten Walter Lippmans Auffassung — in der Balance zwischen den zwei strategischen Elementen, der russischen Kapazität für Überraschungsschläge und der amerikanischen für unbegrenzte Produktion.

Auch für Amerika ist ein Stop im Rüstungswettlauf dringend notwendig — Gereiftheit der Lage für einen Ausgleich der Machtgruppen in der Welt

Wie dringend auch für die Vereinigten Staaten ein Stop in dem Rüstungswettlauf geworden ist, hat erst kürzlich der offizielle Bericht des verantwortlichen Wissenschaftlers in der amerikanischen Sicherheitsbehörde über das Ausmaß der Zerstörungen bei einem Atomkrieg innerhalb der USA bewiesen. Die Nation muß mit 82 Millionen Todesfällen rechnen, wobei die Hälfte etwa auf Grund tödlicher Strahlungen, die andere vom Druck

und Feuer erfolgen würden. Weitere 24 Millionen würden Verletzungen erleiden, aber leben bleiben. 60 Millionen etwa können unverletzt bleiben, aber „einiger Strahlungseinwirkung" ausgesetzt sein, deren Folgen noch nicht übersehbar sind. Es wird keine Zeit zur Evakuierung der Bevölkerung aus den besonders gefährdeten Plätzen möglich sein; es gibt keine Unterstände. Einige 250 Bomben werden auf etwa 144 militärische, zivile und industrielle Ziele einschließlich großer Städte fallen. Diese nüchternen Zahlen, die nicht von einer politischen Opposition verbreitet wurden, sondern von der Regierung amtlich als Schätzung drohender Gefahr offen zugegeben werden, zeigen, daß es auch für die stärkste Macht der Welt keine Sicherheit mehr gibt, geschweige denn für eine so eng besiedelte und umstrittene Zone wie Zentraleuropa. Diese offene Sprache steht im bemerkenswerten Gegensatz zu den langjährigen, bis in die jüngste Gegenwart reichenden Abschwächungs- und Verheimlichungsversuchen der drohenden Katastrophe, zu denen sich beispielsweise die Bonner Regierung bewogen fühlt.

Der Entschluß der amerikanischen Regierung, die Abrüstungsverhandlungen mit der Absicht aufzunehmen, ihnen zu gegebenem Zeitpunkt Gespräche über ein allgemeines politisches Vertragssystem folgen zu lassen und deshalb eine neue Konferenz der Großen Vier ins Auge zu fassen, werden in der Welt vielfach als eine überraschende Schwenkung in der amerikanischen Außenpolitik aufgefaßt werden. Rückblickend erscheint jedoch die jüngste politische Phase seit der großen Krise des vorigen Jahres nur als eine Retardation in der schon 1952 konzipierten Friedenspolitik des Präsidenten, durch die die Grenzen der Konzessionsbereitschaft der Vereinigten Staaten geklärt werden sollten, nicht aber, wie auch in diesen Blättern befürchtet worden war, als eine Preisgabe dieser Politik selbst und die Rückkehr zum Kalten Kriege. Es erweist sich vielmehr, daß der Präsident die Politik, wenn auch mit losem Zügel, selbst führt und an den entscheidenden Hindernissen die Paraden und Hilfen zu geben weiß. Nach der Stellungnahme gegen die englisch-französische Gewaltpolitik war es nicht allein außen- sondern auch innenpolitisch notwendig, jede Deutung zu zerstreuen, daß eine Verhandlungsbereitschaft der Vereinigten Staaten etwa als Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden könnte.

Man wird sich jedoch darüber klar sein müssen, daß mit der Entscheidung Eisenhowers noch keineswegs sein Kampf gewonnen ist, sondern daß er erst begonnen hat. Der großen Politik des Präsidenten drohen nicht nur außenpolitische Gefahren, sondern auch innerpolitische. Die Gegner von Abmachungen irgendwelcher Art mit den Sowjets werden auf den geeigneten Zeitpunkt für Gegenaktionen warten. Man darf nicht übersehen, daß internationale Vereinbarungen durch eine Zweidrittel-Majorität im Senat ratifiziert werden müssen, was einem Abrüstungsvertragswerk, sei es auch noch so günstig, unter Umständen das Schicksal des Woodrow Wilsonschen Völkerbundes bescheren könnte. Nicht nur das professionelle Mißtrauen des Militärs könnte zu einem solchen Ergebnis führen, sondern auch solche illusionären Hoffnungen, wie sie erst kürzlich das weit verbreitete Magazin „Life" erweckt, das wieder einmal den Schimmer eines westlichen Sieges in dem „Kampf um die Welt" heraufglimmen sieht. Den Rüstungswettlauf jetzt abzustoppen bedeutet solchen Politikern die Preisgabe der Waffen im Augenblick, in dem sie den sicheren Erfolg gewährleisten. Die Sowjets müssen eines Tages kapitulieren, da sie auf einer nur ein Drittel der Produktionskapazität der amerikanischen Wirtschaft besitzenden eigenen, die gleiche Rüstungslast wie Amerika tragen müßten, ist der Gedankengang. Es sind Politiker, die, wie im ersten Weltkrieg ihre Gesinnungsgenossen den sicheren Erfolg des „unbegrenzten U-Bootkrieges" herausrechneten. Auch Newsweek hofft auf einen kommunistischen „crack-up" und interpretiert Maßnahmen wie die Dezentralisierung der sowjetischen Wirtschaft, die ein hervorragender Gesundungs- und Demokratisierungsvorgang ist, als Schwächezeichen. Nicht weniger abwegig, weil die politische Atmosphäre vergiftend, sind Versuche, mit der Abrüstung ein politisches Spiel einzuleiten, um Rußland aus Zentraleuropa herauszulotsen, etwa um damit zu gegebener Zeit eine „doppelte Revolte von der deutschen Elbe wie der polnischen Weichsel" zu ermöglichen.

Um so verdienstvoller ist es, daß der bisherige amerikanische Botschafter in Moskau, Charles E. Bohlen, die Möglichkeiten einer Einigung zwischen West und Ost über Abrüstungsfragen und das Nahost-Problem für groß hält, auch wenn er der Ansicht ist, daß die große Linie der sowjetischen Außenpolitik sich seit dem Tode Stalins nicht ge-

ändert habe. Weiter und umfassender beleuchtet das West-Ost-Problem der frühere Botschafter Chester Bowles, der sich auch durch eine Reihe politischer Schriften einen Namen gemacht hat. In New York Times veröffentlicht er zeitgerecht einen Aufsehen erregenden Artikel, in dem er die Gereiftheit der Lage für einen großen Ausgleich der Machtgruppen darlegt und über ein mit dem sowjetischen Parteichef Chruschtschew gehabtes ausführliches Gespräch berichtet. Wenn damit auch nicht die Frage endgültig beantwortet wird, ob Rußland mit den Westmächten zu einem dauerhaften Friedensschluß bereit sei, so ergeben sich doch viele Gesichtspunkte für erfolgversprechende Verhandlungen, für Rüstungsabmachungen und ein politisches Vertragssystem. Seine Darlegungen helfen aus der engen Spezialistenatmosphäre der Abrüstungssachverständigen heraus in die freiere, wenn auch stürmerische Luft neuer politischer Gruppierungsideen, ohne die die Abrüstungsabmachungen nur ein Beginn bleiben würden. Auch der Präsident und sein Außenminister stellen bereits die Wünschbarkeit neuer politischer Vierer-Besprechungen in angemessener Zeit in Rechnung, wenn auch Mr. Dulles warnt, daß solche nicht gerade um die nächste Wegecke erwartet werden sollten.

Anfang des Endes der bisherigen Politik — Zusammenbruch des außenpolitischen Gebäudes der Bundesrepublik

Es reicht nicht aus, was die bisherige Politik des Westens erlangt haben mag, eine weitere Ausdehnung des Sowjetmachtbereiches zu verhindern, um die Kriegsgefahr zu beseitigen, so wie die Politik des Ostens zwar erreicht haben mag, vor einer gewaltsamen Rückdrängungspolitik gesichert zu sein, ohne auch ihrerseits sich vor einem Krieg bewahren zu können. Die Erkenntnis, daß man noch weniger als einst „auf den Bajonetten sitzen" bleiben, gegenwärtig sich auf die Abschreckungsgewalt der Atomwaffe verlassen könne, macht es aus Selbsterhaltungsgründen für jede Macht zwingend, zu einer neuen Regelung der Machtbereiche zu gelangen, die die Krisenherde und Streitobjekte eingrenzen, sterilisieren oder neutralisieren. Der status quo ante ist dazu nicht geeignet. Man wird mit einer neuen Phase von Verhandlungen von vielleicht großer Tragweite rechnen können. Mit ihnen kann eine neue politische Kausalreihe beginnen, wenn sich die Tatsache allgemein im Bewußtsein durchsetzt, der Eisenhower bereits vor Jahren Ausdruck gab; nämlich, daß es keine Alternative zum Frieden gäbe. Was schließlich zunächst nichts anderes heißt, als daß es keine Alternative zu einem Übereinkommen zwischen Washington und Moskau geben könne. Was immer gegen ein solches gesagt werden mag, argumentiert Walter Lippman, der Westen kann sich einem solchen nicht verschließen, wenn es möglich wird, selbst wenn die Vorteile einer Entspannung zunächst vor allem der kommunistischen Welt, die Nachteile aber der nicht-kommunistischen zufallen sollten, oder wenn, kann man hinzufügen, in einer langen Periode der friedlichen Koexistenz der Kommunismus die Höhe der westlichen Wirtschaft erreichen oder gar überflügeln sollte.

Nicht der Beginn eines neuen Beginnes, sondern der A n f a n g d e s E n d e s der bisherigen Politik ist dagegen der Entschluß zu Abrüstungsabmachungen ohne vorherige Lösung der Wiedervereinigungsfrage für die westdeutsche Bundesrepublik. Es ist für die Bonner Politik ein schwer zu überwindender Schlag. Die außenpolitische Konzeption Bonns ist, was seit Jahren vorauszusehen war, in eine Sackgasse geraten, aus der es keinen Ausweg mehr gibt. War die Ablehnung der Ratifizierung des ersten westeuropäischen Verteidigungspaktes durch das französische Parlament eine Warnung, auf welch schwachem Fundament die Bonner Politik errichtet war, so ist die amerikanische Bereitschaft zu einem Abschluß eines Abrüstungsvertrages ohne vorherige Wiedervereinigung der endgültige Zusammenbruch des ganzen außenpolitischen Gebäudes der Bundesrepublik. Es handelt sich nicht mehr wie damals um die bloßen Vorstellungen eines „Neuen Abendlandes", die zu Grabe getragen wurden mit den pseudo-romantischen Wünschen, „das alte römische Imperium auf atlantischer Basis", mit „römischer Hierarchie, spanischer Religiosität und germanischer Militanz" zu erneuern. Es ist vielmehr das realpolitische Gerüst wie ein Kartenhaus zusammengeklappt.

Die bundesdeutsche Außenpolitik hob noch im vorigen Jahr als ihre pièce de résistance das „Junktim" zwischen jeder Art Sicherheitsabkommen und der Wiedervereini-

gung hervor. Sie gründete ihre Hoffnung auf einen erreichbaren Zusammenschluß der deutschen Gebiete „in Freiheit und Frieden" ausschließlich auf die Zusage der Westmächte, eine solche Lösung zu einem unerläßlichen Bestandteil jedes Paktes mit dem Osten zu machen, der eine Entspannung und Befriedung bezwecke. Sie begab sich auf Grund dieser Zusage jeder eigenen politischen Hilfestellung zur Erleichterung der Lösung. So begrenzt auch ihre Handlungsfreiheit war, es lag weder im Interesse der deutschen Sache noch einer allgemeinen Entspannung, sich damit zu begnügen, über den Zustand der Teilung zu klagen und die Sowjets deswegen anzuklagen, statt im Rahmen des Möglichen sie für eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zu gewinnen. Statt dessen übernahm sie es, jeden solchen Versuch als zwecklos im voraus zu verdammen. Sie versuchte nicht, etwas zur politischen und psychologischen Besserung der Lage beizutragen, sondern leistete sich, obwohl in der Lage jemandes, der etwas von einem mächtigen Gegner erreichen will, den Luxus einer betont unfreundlichen Haltung ihm gegenüber. Sie verließ sich ganz auf die Zusage des Westens und ihre Einlösbarkeit, ohne an der Verwirklichungsmöglichkeit auch gegen das Widerstreben der Sowjets zu zweifeln. Ihr kam nicht der Gedanke, daß eine Weltsituation entstehen könnte, in der es dem Westen nicht möglich sein würde, der Sowjetmacht die Bedingungen für eine Beilegung des großen Weltkonfliktes vorzuschreiben oder in der es keine Kompensationsmöglichkeiten mehr für ein Entgegenkommen der Sowjets geben würde. Sie pochte auf ihr Recht, was nicht immer politisch richtig ist. Sie sah nicht voraus, daß eine Befriedigung ihres Anspruches wie im Westen so auch im Osten vom guten Willen und dem Selbstinteresse der beteiligten Großmächte abhängen könnte. Ihr kam auch nicht der Gedanke, daß eine so ausschließliche Option für die eine Seite in dem Weltkonflikt von vornherein heißen müßte, auf eine günstige Lösung zu verzichten und sich bestenfalls mit einer Minimallösung zu begnügen.

Die bundesdeutsche Außenpolitik ist gewiß nicht ein „Pokerspiel". Sie ist aber auch nicht das, was kürzlich erst Präsident Eisenhower sich für die Politik in den Abrüstungsverhandlungen wünschte: aufgeschlossen, elastisch, bewegungsfähig. Sie ist vielmehr das, was der amerikanische Präsident als ungeeignet verurteilte: kleinstädtisch beschränkt, starr, unbelehrbar, vorgefaßt doktrinär. Jahrelang hat sie sich in einer irrealen Welt bewegt, von Illusionen genährt und sich dabei für besonders realistisch gehalten. Sie hat sich der rapid ändernden Wirklichkeit um ihres einmal konzipierten Systems willen verschlossen. Ihr mangelte nicht nur die Elastizität, die in einer Zeit so tief und weitgreifender Umwälzungen notwendig gewesen wäre. Sie lief hinter der Entwicklung her, statt — wie es das erste Erfordernis einer großen Politik ist — ihre mutmaßliche Linie vorauszusehen, um sich ihr zweckmäßig anpassen zu können. Sie ist das Unterfangen, Deutschland gegen die natürlichen realen Bedingungen der deutschen Existenz eine unmögliche politische Funktion aufzuoktroyieren. Dieses künstliche politische Unterfangen ist an der nackten brutalen Wirklichkeit nunmehr gescheitert. Kein Versuch, es doch noch zu retten, wie es vor drei Jahren mit dem Pariser Vertragssystem glückte, wird gelingen.

Das „Junktim", auf das sich die Bonner Politik soviel zugute tat, ist bereits 1955 nicht mehr realisierbar gewesen, als die Genfer Außenminister-Konferenz ergebnislos auseinanderging. Schon vorher hatten sich Gewichstverlagerungen angekündigt, die spätestens in der Berliner Konferenz Anfang Oktober 1954 den Bonner Politikern hätten die Augen öffnen müssen. Sie haben statt dessen ihre Illusionen kultiviert und jeden, der zu warnen versuchte, verdächtigt. Über der Außenpolitik der Bundesrepublik steht heute in großen Lettern: Versäumte Möglichkeiten und zu späte Erkenntnis. Die Bundesregierung steht heute vor der Frage, ob sie eine ihrer bisherigen Politik genau entgegengesetzte Linie verfolgen soll und kann. Sie kann, trotz der Zustimmung des Kanzlers zu den Abrüstungsbesprechungen, allen vorgeschlagenen und zur Erörterung stehenden Befriedigungsmaßnahmen nur mit Schrecken entgegensehen, denn sie zielen genau dahin, wovor sich bisher mit Händen und Füßen zu sträuben die Quintessenz der Bonner Politik war: die „Verdünnung" der zentraleuropäischen Militärzonen zum Beispiel, die schließlich — nach Chester Bowles Ausführungen — logisch mit dem Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa und der Rückverlegung der russischen Truppen hinter die Staatsgrenze der Sowjets enden müßte; eine Darstellung, die die Bonner Politik bisher mit zornigem

Abscheu erfüllte. Selbst „Fäden nach Moskau spinnen" zu können, ist, mindestens für diese Regierung, eine Illusion. Die Chance dazu wurde verpaßt. Sie wird demnächst aller Voraussicht nach von England wahrgenommen werden, das eine etwas selbständigere Politik gegenüber dem amerikanischen Partner in der charakteristisch unauffälligen und jedem politischen Bramarbasieren abholden britischen Weise zu gewinnen versuchen wird. Auch wirtschaftlich steht die Bundesrepublik vor einem unvermeidlichen Rückschlag, indem andere Mächte die Märkte gewinnen werden, die sich bei einer elastischeren Politik Deutschland geöffnet hätten.

Überwucherung des Problems der Wiedervereinigung durch vitalere Interessen des Westens — Der Beginn einer neuen Epoche muß erzwungen werden

Der Bundeskanzler ist in Washington gewesen. Er hat äußerlich eine gute Aufnahme gefunden. Es sind ihm die gewünschten Zusagen zuteil geworden, daß die Wiedervereinigung in angemessener Zeit auf einer neuen Vierer-Konferenz nach wie vor die Bedingung des Abschlusses von politischen Sicherungsverträgen sein würde. Die deutsche Öffentlichkeit wird sich damit zufrieden geben. Es besteht gewiß kein Anlaß, an der amerikanischen Zusage zu zweifeln oder zu befürchten, daß die Vereinigten Staaten formell in einem zukünftigen Vertrage der Zweiteilung Deutschlands zustimmen könnten. Die Gefahr liegt in einer immer weiter herausgeschobenen Verwirklichung der Zusage und in dem Überwuchern dieses Problems durch solche größerer Bedeutung und vitaleren Interesses für die Großmächte. Ist erst einmal die Entspannung der Weltlage in Gang gebracht, ergeben sich daraus für Amerika und England die erwünschten wirtschaftlichen Folgen neuer, aufnahmefähiger Märkte, so wird es kaum noch möglich sein, die amerikanische Öffentlichkeit zu Opfern für die deutsche Wiedervereinigung zu veranlassen. Es kommt hinzu, daß sich schon heute größere und Amerika wie England mehr interessierende Lösungsmöglichkeiten für die Befriedung Europas abzuheben beginnen. Es besteht die Möglichkeit, daß die Sowjets einer gewissen friedlichen Verselbständigung eines Blockes von bisher ihrer Kontrolle unterstehenden zentraleuropäischen Nationen zustimmen könnte, zu denen die deutsche Sowjetzone gehören würde, so daß für den Westen die Frage entstehen würde, ob für sie eine isolierte deutsche Lösung oder eine, die etwa Polen und die Tschechoslowakei größere Selbständigkeit gewähren, wichtiger sei. Damit würde die deutsche Wiedervereinigung abermals vertagt werden. Man darf nicht vergessen, daß — wie Chruschtschew in dem Chester Bowles'schen Interview zu verstehen gab — die Vorstellung eines von einem geeinten Deutschland unvermeidlich beherrschten integrierten Europa eine weder dem Osten noch dem Westen angenehme ist.

Das Zugeständnis der deutschen Wiedervereinigung als Vorleistung des guten Willens der Sowjets für jede Entspannungsmaßnahme ist aufgegeben worden. Das ist der Kernpunkt in der Lage Deutschlands. Keine Beschwichtigung kann um diese Tatsache herumkommen. Entscheidend ist, daß an einer Abrüstung und Atomwaffenkontrolle beide Machtgruppen gleich interessiert sind und durch gegenseitige Zugeständnisse einen beide befriedigenden Vertrag erreichen können. In der Frage der Wiedervereinigung gäbe Rußland eine Leistung ohne Gegenleistung. Der Westen könnte eine solche voraussichtlich nur im Nahen Osten geben. Er wird es bestimmt nicht tun. Die Bundesrepublik aber hat sich ihrerseits der Möglichkeit begeben, selbst eine Gegenleistung zu geben. Sie hat den „Zipfel Gottes" nicht ergriffen, als er sichtbar war. Trotzdem ist auch für die deutsche Lebensfrage noch nicht aller Tage Abend. Neue Möglichkeiten werden zwischen den gegenwärtigen Gefahren sichtbar. Auch für die Bundesrepublik und die Deutsche Demokratische Republik kann der Beginn neuer Entspannungsversuche der B e g i n n e i n e s B e g i n n e s werden. Es ist nur eine Frage, wer in diesem Bonn stark und willens genug ist, etwas Neues zu beginnen. Man wird wohl mit Recht zweifeln müssen, ob die Elemente, die sich bisher als die „geschichtsbefugte Oberschicht" und politische Elite etabliert haben, einsichtig und schöpferisch genug sind, um etwas anderes zu versuchen, als in den alten Gedankenbahnen weiter fortzutrudeln und sich von der Entwicklung an jeder Ecke aufs Neue überraschen zu lassen. Wir stehen am Ende einer Epoche auch in der jüngsten deutschen Geschichte. Es ist Aufgabe der Nation selbst, der ganzen, den Beginn einer neuen zu erzwingen.

Walter Lassahn

Der Christ und der Krieg

Ein offener Brief

Sehr geehrter Herr vom Baur!

Sie veröffentlichen in Ihrer betont christlichen, pietistischen Zeitschrift „Philadelphia" einen Aufsatz über das Thema „Der Christ und der Krieg". Lassen Sie mich nachstehend einige Gedanken zu Ihrem Aufsatz zum Ausdruck bringen.

Sie meinen, die Frage der Stellung des Christen zum Kriege sei nicht ganz einfach zu beantworten. Ich meine aber d o c h, insofern nämlich, als es für mich als Christen da nur ein klares, entschiedenes Nein geben kann!

Sie schreiben: „Gewiß hat Gott das Gebot gegeben: Du sollst nicht töten. Aber das schloß nicht aus, daß er selbst beispielsweise die Ausrottung der Kananiter durch Israel anordnete, weil diese Völker durch ihren dauernden Götzendienst gerichtsreif geworden waren." Sie wollen also damit den Krieg grundsätzlich rechtfertigen. Ich finde, daß Sie sich außerdem die Rechtfertigung des Krieges zu einfach machen, indem Sie dazu allein das Alte Testament heranziehen und das Neue Testament ganz außer acht lassen, das doch für uns Christen vor allem anderen maßgebend sein muß.

Für mich als Christen jedenfalls gilt das Gebot „Du sollst nicht töten!" ganz uneingeschränkt, ohne jedes Wenn und Aber, weil eine andere Stellungnahme eine doppelte Moral wäre, ich aber der Ansicht bin, daß es eine solche nicht geben kann, da die Moral und die Sittlichkeit unteilbar sind. Mord ist und bleibt Mord, ganz gleich, aus welchen Motiven heraus er geschieht. Mord ist Mord in der privaten Sphäre, wenn ich einen Menschen umbringe, der mir irgendetwas zuleide getan hat. Mord bleibt aber auch Mord, wenn der Staat sich anmaßt, mich in eine Uniform zu stecken, mir ein Gewehr in die Hand zu drücken und mir zu befehlen, auf Menschen, die ich nicht einmal kenne, die mir nichts zuleide getan haben, zu schießen, weil man mir eben diese Menschen als „Feinde" deklariert, die es umzubringen gilt. Und je mehr Feinde ich töte, um so besser, das wird sogar noch belohnt!

Werter Herr v. B., stellen Sie sich doch einmal folgende Situation vor: Sie waren eben noch auf einer Tagung mit Glaubensbrüdern aus dem Ausland, mit Brüdern in Christo also, einträchtig beisammen. Sie waren ein Herz und eine Seele mit Engländern, Franzosen usw. Sie haben eben noch gemeinsam mit diesen vor dem gemeinsamen Herrn und Vater im Gebet die Knie gebeugt, und vier Wochen später sollen Sie, weil nun mal wieder Krieg ist, auf diese gleichen Brüder in Christo schießen, sollen sie töten, morden, weil diese jetzt auf einmal Ihre Feinde sein sollen! Können Sie sich etwas Unsinnigeres, ja etwas Teuflischeres, Verbrecherisches vorstellen? Und könnten Sie mit gutem Gewissen als „Vaterlandsverteidiger" töten und morden? Wobei ich noch ganz davon absehe, daß mit dem Begriff der Vaterlandsverteidigung schon so unendlich viel Mißbrauch getrieben wurde! Können Sie eine Weltordnung mit Krieg als täglichem Brot sozusagen für „gottgewollt" halten, wie das leider vor noch nicht allzulanger Zeit auch die Kirchen verkündeten? Können Sie sich Christus vorstellen mit Stahlhelm und Gasmaste und mit einem Schießprügel unter dem Arm, um Menschen zu töten? Menschen aber, die Christus nachfolgen wollen, will man derartiges zumuten? Merkwürdig finde ich es, daß die christlichen Verteidiger des Krieges, wie Sie z. B., immer die Bibel heranziehen, um das Böse, das nun einmal auch der Krieg ist, zu rechtfertigen. Warum hält man sich nicht an d i e Stellen der Heiligen Schrift, die darauf hinzielen, das Böse zu überwinden und zu unterlassen? Etwa an die Stellen, in denen es heißt, daß durch das Schwert umkommen soll, wer das Schwert in die Hand nimmt? Welch eine Entartung haben wir doch in dieser Beziehung von Vertretern der christlichen Lehre zur Kenntnis nehmen müssen! Denken wir doch nur z. B. an gewisse Kriegspredigten aus dem ersten Weltkrieg. Ich erinnere mich noch sehr gut an eine, die in der Behauptung gipfelte, es sei Gottesdienst, wenn der Soldat dem Feind das Bajonett tief in die Rip-

pen jage! Auch ein gewisser Herr Dibelius, heute Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, hat damals als Oberpfarrer in Lauenburg Predigten gehalten, die in den Ohren eines Christen schauerlich klingen müssen. „Manche ruft der Tod vom Schlachtfeld in die Ewigkeit. Solches Sterben ist ein selig Sterben, um das nicht getrauert werden sollte", sagte er z. B. in einer Predigt am 18. 9. 1914. Oder was soll man zu folgendem sagen: „Der Krieg hat einen eisernen Besen in der Hand. Damit fegt er aus, was faul und morsch ist in unserem Volke. Der Wert der äußeren Dinge wird gering. Daß der Krieg das tut, dafür müssen wir dankbar sein" (20. 9. 1914). Was wohl die Mütter gedacht haben mögen, die diese Predigt hörten, Mütter, deren Söhne vielleicht eben gefallen waren? Sollten sie sich damit trösten, daß es um ihre Lieben nicht schade gewesen sei, da sie nach den Worten des Predigers ja wohl auch zu dem Morschen und Faulen gehörten, das der Krieg mit eisernem Besen auskehrt? Soweit können Christen nur kommen in ihren Gedanken und Auffassungen, wenn sie Christus über Bord geworfen haben und dem Götzen Staat huldigen und sein Tun zu rechtfertigen suchen, anstatt ihm die Wahrheit aus christlichem Geist zu sagen!

Nein, als Christ kann man nur ein entschiedenes Nein sagen zu allem Bösen, auch zum Kriege. In der Proklamation des Weltkirchenrates, verkündet auf der Tagung in Amsterdam im Jahre 1948, heißt es: „Wir sind einig, daß der Krieg im Gegensatz zum Willen Gottes steht. Krieg als eine Methode, Unstimmigkeiten zu beseitigen, ist unvereinbar mit der Lehre und dem Beispiel, das uns unser Herr Jesus Christus gegeben hat." Wenn ich aber als Christ diese Erkenntnis gewonnen habe, dann muß ich auch die Konsequenzen daraus ziehen, dann darf ich als Christ nicht gegen den Willen Gottes handeln. Wenn ich es dennoch tue, dann ist es Sünde. Darum kann es für den Christen nur heißen, keine Waffe in die Hand zu nehmen, und hier gilt dann auch das Wort: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen", d. h. also auch mehr als dem Staat, was geflissentlich von denen immer gern übersehen wird, die so gern das Wort vom Gehorsam gegen die Obrigkeit zitieren. Leider haben die Kirchen aus dieser klaren Erkenntnis bisher nicht die einzig notwendige Folgerung gezogen: sich mit aller Entschiedenheit gegen jeglichen Kriegsdienst auszusprechen! Wer Christ sein will, der muß es ganz sein, sonst ist er eben kein Christ.

Es sollte doch für uns Christen gar nicht so schwer sein, in der Kriegsfrage zur rechten Erkenntnis zu kommen. Wir haben doch die Bergpredigt Jesu, in der alles das, was die Menschen, die Nachfolger Christi sein wollen, zu tun schuldig sind, gesagt ist in aller nur denkbaren Eindeutigkeit und Klarheit. Wenn es auch Bischöfe beider Konfessionen gibt, die es glattweg ablehnen, die Bergpredigt als die Magna Charta der Gewaltlosigkeit und als eine Anweisung zu christlichem Leben in der privaten wie in der staatlichen Sphäre anzuerkennen, so ist damit noch längst nicht gesagt, daß sie recht haben. Es bleibt dann die Frage, weshalb denn wohl Christus eigentlich die Bergpredigt gehalten haben mag? Ich habe in diesen Wochen die Bergpredigt wieder und wieder durchgelesen, und nirgendwo z. B. in den Seligpreisungen wird jemand selig gepriesen, der irgendwie Gewalt anwendet, der zum Schwert greift, nirgendwo wird auch der „Vaterlandsverteidiger" selig gepriesen. Selig gepriesen werden aber die Sanftmütigen, die Barmherzigen, die Friedfertigen, diejenigen, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden, und die, die da hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit. Wer nicht bereit ist, diese Forderungen Jesu im Leben zu praktizieren, wenigstens es zu versuchen, der sollte sich nicht Christ nennen.

Auch Sie, verehrter Herr v. B., erwähnen, leider nur ganz am Rande, die Bergpredigt, aber nicht in dem Sinne, in dem sie einzig und allein verstanden werden kann. Sie schreiben zwar, Jesus habe in der Bergpredigt eine ganz neue Weltordnung verkündet, die auf Liebe und Frieden beruht, entwerten sie aber gleich darauf, indem Sie schreiben, daß Jesus in seiner großen Rede vom Ende (Matth. 24) sage, daß bis zum Abschluß unseres Zeitalters immer wieder Kriege geführt werden und Umwälzungen aller Art stattfinden. Sie verweisen auf das Tausendjährige Friedensreich nach der glorreichen Wiederkunft Christi und wollen damit wohl zum Ausdruck bringen, daß Jesus seine Bergpredigt also auf jene Zeit bezogen wissen wollte. Dem kann ich nicht zustimmen. Ich meine, und das geht aus den ganzen

Umständen hervor, unter denen Jesus diese Predigt hielt, daß er das Heute und Jetzt und Hier gemeint hat, daß die Menschen, zu denen er sprach, im Sinne seiner Predigt leben und handeln sollten, um das Böse durch das Gute zu überwinden und in seiner Kraft und in seinem Sinne als seine echten Nachfolger die Welt umzugestalten. Wenn das bis heute auch nicht im entferntesten gelungen ist, so nicht, weil es Jesus gar nicht so gemeint hätte, sondern lediglich darum, weil er zu aller Zeit zu wenig echte Nachfolger gefunden hat und eben die meisten Menschen nur dem Namen nach Christen sind. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, in seinem Sinne zu leben und zu versuchen, die heutige Welt zu ändern. Es ist Sache der Menschen, ob sie den Willen Gottes tun wollen oder nicht, und es ist eine lahme Ausrede, zu sagen, diese unsere Zeit und Ordnung mit ihren ständigen Kriegen sei „gottgewollt", und sich damit zu trösten, daß einmal das Tausendjährige Friedensreich kommen werde, wir also heute den Dingen ihren Lauf lassen müßten. Das ist genau so falsch, als wenn z. B. die Ärzte den Kampf gegen Krankheiten und Seuchen aufgeben wollten mit der Begründung, Seuchen habe es immer gegeben, sie seien also gottgewollt und man müsse es eben dabei bewenden lassen!

Sie geben zwar nun zu, daß die Christen niemals einen Angriffskrieg gutheißen dürften, meinen aber dann, daß sie die Pflicht hätten, jederzeit für die Verteidigung und die Freiheit unseres irdischen Vaterlandes mit allen Kräften einzustehen, wenn dies notwendig werden sollte. Wenn mans so hört, mags leidlich scheinen! Aber — und das ist heute eine sehr wesentliche Frage! — was ist denn Verteidigung? Wann liegt Verteidigung vor? Bin ich als Einzelmensch überhaupt in der Lage, zu beurteilen, ob ich wirklich zur Verteidigung aufgerufen werde? Ich kann ja nicht hinter die Kulissen der geheimen Politik sehen. Und kein Staat wird so leicht zugeben, daß er der Angreifer sei. Jeder Staat wird alle Mittel der Propaganda einsetzen, auch die der unverschämtesten Lüge — ich sage jeder Staat! —, um seinen Bürgern einzureden, daß ihm das Schwert vom Gegner aufgezwungen sei. Und selbst der tatsächliche Angreifer wird es verstehen, durch Verdrehungen und Geschichtsfälschungen den Angriff in Notwehr umzumünzen. Dieser Beispiele haben wir ja genug erlebt. Denken wir auch daran, daß z. B. Friedrich der Große, der Preußenkönig, zugegeben hat, daß der Ehrgeiz ihm das Schwert zu seinen Kriegen in die Hand gedrückt habe. Und gar Verteidigung heute! Schon der zweite Weltkrieg hat uns gezeigt, daß es eine Verteidigung in dem eigentlichen Sinne des Wortes schon damals nicht mehr gab. Verteidigung heißt doch, den Gegner von den Grenzen des Vaterlandes fernzuhalten, heißt, Haus und Hof vor der Zerstörung zu schützen, heißt, Frauen und Kinder vor dem Tod zu bewahren! Das alles ist heute gar nicht mehr möglich. Es gibt heute im Kriege nur noch Ruinen und Trümmer, sowohl beim Angreifer wie auch beim Verteidiger. Und eine Verteidigung mit den Waffen bringt heute in jedem Falle mehr Trümmer, mehr Schaden und mehr Tote, als wenn ein Volk sich nicht mit Waffengewalt verteidigte. Verteidigung mit Waffengewalt schlägt heute dem ursprünglichen Sinn der Verteidigung ins Gesicht, ist keine Verteidigung, sondern beschwört die totale Vernichtung herauf. Es ist daher auch vom Evangelium her zu prüfen, ob es nicht andere, wirksamere und nicht so satanische Mittel der „Verteidigung" gibt als die bisher üblichen. Und da könnte uns im Sinne der Bergpredigt z. B. das indische Volk ein Beispiel sein, das seine Befreiung von der englischen Kolonialherrschaft ohne blutige Gewalt erreicht hat. Und hier gilt es auch daran zu denken, daß Gott der Herr der Völker und der Geschichte ist und daß er, wenn es Sein Wille ist, Mittel und Wege hat, ein Volk auch ohne Waffen so zu bewahren, daß kein Feind auch nur einen Fuß auf seinen Boden zu setzen vermag. Hermann Ehlers, der 1954 verstorbene Bundestagspräsident, ein Mann, dem niemand weder christliche noch vaterländische Gesinnung absprechen kann, hat am 24. 9. 1950 hierzu einmal geschrieben:

„Wir wissen nicht, wie die Dinge im einzelnen laufen, aber wir trauen Gott zu, daß er auch unserem gar nicht gerüsteten Volke Wege zeigen kann, die seine Freiheit und sein Leben bewahren. Täten wir es nicht, würden wir nicht Gott, sondern der Macht der Menschen vertrauen."

Ihnen, werter Herr v. B., scheint diese Konsequenz nicht einzuleuchten, und sie versuchen deshalb, diesem Wort eine falsche Ausdeutung zu geben. Sie scheinen nicht glauben zu wollen, daß Gott ein waf-

fenloses Volk bewahren kann, suchen aber andererseits einen Krieg mit Atomwaffen zu verharmlosen — im Gegensatz zu allen Experten! — indem Sie schreiben, daß heute noch niemand wisse, wie sich ein Atomkrieg auswirken würde, so daß alle Voraussagen hier gegenstandslos seien. Nun, seit Hiroshima wissen wir doch wohl so einigermaßen, was uns in einem Atomkrieg bevorsteht, Ihre Ansicht ist daher höchst leichtfertig! Und vor allem, wenn Sie schreiben: „Gott kann auch da — nämlich im Atomkrieg! — wunderbar führen und bewahren", so heißt das doch wahrhaft Gott versuchen! Mich wundert, daß Sie da, wo der Krieg nun einmal tobt, Gott eine wunderbare Führung und Bewahrung zutrauen, aber anscheinend dann nicht, wenn man es gar nicht erst zum Kriege kommen läßt, sondern sich zur Waffenlosigkeit oder, anders ausgedrückt, zum gewaltlosen Widerstand entschließt.

Eines aber, sehr geehrter Herr v. B., hat mich in Ihrem Aufsatz besonders erschüttert: daß Sie nämlich schreiben, bei dem Aufstand in Ungarn im Oktober 1956 hätten die Westmächte eingreifen, d. h. also den Krieg beginnen müssen! Alle Sachverständigen der westlichen Welt waren und sind sich noch heute darin einig, daß mit dem Eingreifen in Ungarn der dritte Weltkrieg ausgelöst worden wäre und damit der Atomkrieg, und sie sind sich weiter darin einig, daß auch in etwaigen künftigen ähnlichen Fällen der Westen nicht eingreifen könne und dürfe! Ihre Behauptungen erscheinen mir sehr leichtfertig und dem Ernst der heutigen Situation in keiner Weise angemessen. Und bedenken Sie auch, daß durch solche Äußerungen das nun einmal bei den Sowjets bestehende Mißtrauen vor einem Angriff der Westmächte aufs neue genährt und damit alle ernsthaften Versuche, die Sowjets davon zu überzeugen, daß niemand im Westen an einen Angriff denkt, und zu einer Entspannung der Lage zu kommen, torpediert werden! Das durften Sie gerade als Christ nicht schreiben. Es ist Kreuzzugsideologie, was Sie da vertreten! Wir kommen aber heute um die Koexistenz, die Sie ablehnen, wie aus einem Ihrer früheren Artikel hervorgeht, einfach nicht herum. Der Bolschewismus ist nun einmal da, und er ist da, weil die Christenheit und die „christlichen" Staaten vergangener Jahrhunderte selber durch ihr Verhalten den Kommunismus und Bolschewismus als neue Menschheitsreligion der Unterdrückten und Ausgebeuteten heraufbeschworen haben. Jemand hat einmal gesagt, der Bolschewismus sei „die Frucht versäumten Christentums"! Wir sollten uns nicht vermessen, den Bolschewismus durch Waffengewalt ausrotten zu wollen; das wäre wahrscheinlich zugleich auch die Ausrottung der Menschheit. Es bleibt uns nur, durch soziale Taten, z. B. auch in den unterentwickelten Gebieten, den Bolschewismus zu überwinden zu versuchen, aber wir sollten uns davor hüten, ihn zu Abenteuern und zu etwaigen Kurzschlußhandlungen zu reizen, ihn durch Drohungen zu verhärten und damit zugleich die eventuellen Möglichkeiten einer Entwicklung des Bolschewismus in Richtung auf mehr Freiheit hin zu verbauen. Mit der Propagierung von Kreuzzugsideologien ist den Völkern nicht gedient, die heute jene Freiheit entbehren müssen, wie wir im Westen sie gewöhnt sind und sie dankbar empfinden. Durch solche Eskapaden können wir das Schicksal der Menschen auf der anderen Seite nur noch mehr erschweren. Ein solches Verhalten ist unmenschlich und unchristlich! Hier helfen keine starken Worte, hilft kein Drohen und kein Säbelrasseln. Beten wir vielmehr darum, daß Gott auch die Herzen der Staatsmänner, die von Gott nichts wissen wollen, lenken möge zu mehr Menschlichkeit und Menschenliebe, und beten wir darum, daß er uns Christen die Kraft schenke, als wirkliche Christen zu leben, was allein die Welt zum Guten hin zu ändern vermag!

Man muß schon, wenn man Wege zu einer Lösung der hoffnungslos verfahren erscheinenden Weltsituation finden will, vom Christlichen her finden will — und nur vom Christlichen her kann man sie finden —, sich vom Geist der Kriegspredigten unseligen Angedenkens freimachen und sich zu einem radikalen Umdenken, wie es ja letztlich doch die Bergpredigt von jedem Christen fordert, entschließen, sonst endet man unweigerlich in der Sackgasse, die letzten Endes Atomkrieg und Vernichtung der Menschheit heißt. Es gilt endlich, sozusagen in allerletzter Minute, radikalen Ernst mit dem Christentum zu machen, Traditionen und althergebrachte Anschauungen über Bord zu werfen und das Christentum, die Bergpredigt so konsequent auf allen Gebieten, das staatliche

nicht ausgeschlossen, zu leben und zu praktizieren, daß die Christen zum Sauerteig werden, der die ganze Welt durchdringt und erneuert.

Ich möchte meine Anmerkungen mit einem Wort des katholischen Theologen und Kulturphilosophen Theodor Haecker schließen, der schon 1917 angesichts der damaligen Kriegsbarbarei auszusprechen wagte, daß es mit Europa und seinem Christentum traurig bestellt sei und der u. a. dieses Wort schrieb:

„Wer wirklich behauptet, daß Menschen, die das Evangelium wirklich leben, den Krieg mitmachen können, der ist der gotteslästerlichste und infamste Lügner, der die Sonne beleidigt, wer immer er auch sein mag!"

Katharina Seibert

Warum Neutralitätspolitik?

„Ich habe mir das Atom-Museum in Hiroshima angesehen. Man hält es darin nicht lange aus. Der Anblick der mit grausiger Schärfe vergrößerten Photos zerfetzter Leiber und brennender, in den Fluß springender Menschen, dazu die lebensecht nachgebildeten Modelle von Frauen und Kindern, denen Arme und Brüste abgerissen sind und deren Brandwunden sich bis auf die schwarzen Knochen durchgefressen haben, ist nur schwer zu ertragen." Diese Sätze von Hans Ulrich Kempski in der Süddeutschen Zeitung und alle Schilderungen japanischer Augenzeugen beweisen, obwohl sie beim heutigen Stand der Technik längst nicht mehr angemessen wären, doch nachdrücklich, daß das Grauen atomarer Kriegführung über menschliches Ertragen geht. Daß es keine Mittel geben kann, ein ganzes Volk davor zu schützen, bedarf eigentlich nicht erst der wissenschaftlichen Feststellung. Diesen Tatsachen gegenüber kann die immer wieder variierte Redensart, wir müßten bereit sein, einen Preis für unsere Freiheit zu bezahlen, nur als gedankenlos und völlig unverantwortlich abgelehnt werden. Zumindest kann jeder die Phrase, er würde lieber einen Atomkrieg als Moskaus Herrschaft hinnehmen, im besten Falle nur für sich selbst anwenden — und auch dann scheint es uns fraglich, ob er, im unmittelbaren Geschehen vor die Wahl gestellt, sich so entscheiden würde. Niemand aber kann für seinen Nächsten, für Millionen ins Leben wachsender Kinder und seine Mitmenschen, eine solche Verantwortung ehrlich vor seinem Gewissen tragen.

Vor allen Dingen aber ist die hier zugrundeliegende Alternative überhaupt nicht gegeben. So einfach spielen sich wahrlich die Dinge im politischen Raum nicht ab; und wenn der Bundeskanzler seit Jahren als einziges Argument für seine Rüstungswünsche immer wieder russische Wehrmachtszahlen nennt, so ist das eine unglaubliche Simplifizierung und in Wahrheit ein Ausweichen vor den wirklichen Problemen. Nur durch eine unverantwortliche Propaganda konnte die öffentliche Meinung der westlichen Welt in eine solche Psychose versetzt werden. Und mit Beunruhigung muß man aus Leserzuschriften und Gesprächen entnehmen, wie tief dieser Gedanke schon Wurzeln geschlagen hat und klares Denken verhindert. Die Politik ist heute beherrscht von Erwägungen, die rein militärischer Natur sind. Und auf die Behauptung von Bundesminister Strauß, die Russen hätten noch nicht gezeigt, daß sie ihre aggressiven Absichten gegen Deutschland aufgegeben haben, muß man erst einmal fragen: wo haben sie diese Absichten überhaupt jemals bewiesen? Tatsache ist: noch nirgendwo in der Welt wurde ein Volk durch das Marschieren der Roten Armee dem sowjetischen Reich eingegliedert. Die europäischen Länder im Osten gerieten ausnahmslos als Folge des Krieges in sowjetischen Einfluß und Machtbereich. Die Voraussetzungen waren ganz andere, als sie heute in Deutschland sind. Und empfinden wir auch die Ereignisse in Ungarn als unmenschlich und als Verletzung des Völkerrechtes — sie als Beispiel für Deutschland hinzustellen, ist einfach eine bewußt unwahre Darstellung. Noch sehr viel anders aber liegen die Dinge in Asien, wo die Völker eine von uns ganz verschiedene Einstellung zum Kommunismus haben.

Der realistisch denkende Kreml weiß sehr genau, daß eine gewaltsame Machtverschiebung in Deutschland sofort den neuen Weltkrieg auslösen würde. Besteht doch diese Gefahr schon im Nahen und Fernen Osten, wieviel mehr im Herzen der Alten Welt (mit oder ohne deutsche Divisionen und Atomwaffen), wo sich Amerika selbst verteidigen würde. Es gehört von unserer Seite viel Unvernunft dazu, den russischen Staatsführern, die sich meist als sehr geschickte Politiker erwiesen haben, soviel Torheit zuzutrauen. Wohl ist Rußland sehr viel weniger verwundbar als Amerika oder das dichtbesiedelte Westeuropa — das ist eine weitere Tatsache, die bei uns sorgfältig übergangen wird, im Kriegsfall aber von ungeheurer Bedeutung wäre — aber der seit Jahrzehnten mit allen Mitteln vorgetragene und langfristig geplante Aufbau in den Ostblockstaaten würde in unabsehbarer Weise zurückgeworfen. Nach marxistischer Theorie ist der Krieg eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und als Überrest bourgeoiser Methoden heute nicht mehr zeitgemäß. Wir haben keinen Grund, solche Auslassungen nur für propagandistische Phrasen zu halten. Denn der Kommunismus hat ja die Waffe der Unterminierung und auch der Beeinflussung durch politische und wirtschaftliche Hilfestellung erfunden und den Krieg als Mittel der Eroberung damit überflüssig gemacht. Auch ist man im Kreml so sicher überzeugt von dem endlichen Sieg der kommunistischen Idee und damit dem unausweichlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Welt, daß es doch Wahnsinn wäre, diesen natürlichen Ablauf durch zerstörerische Gewaltmaßnahmen, die sich auch gegen den Urheber selbst richten, zu beeinträchtigen.

Bei uns wird bisher aber diese ganze Frage auf den einfachen militärischen Nenner gebracht. Dulles ging mit wunderbar unbekümmertem Beispiel voran; und es scheint, die Amerikaner können hier den geistigen Zugang wirklich schwer finden, da ihnen erfahrungsgemäß das Versetzen in eine außeramerikanische Mentalität besonders schwer fällt, von der asiatischen oder kommunistischen ganz zu schweigen. Um so mehr ist Deutschland, das den dialektischen Materialismus geboren hat und durch unmittelbare Berührung mit der östlichen Lehre Amerika an Erfahrung weit voraus ist, berufen, die so dringend notwendig r e a l e Einstellung zum Kommunismus finden zu helfen. Aber es verzichtet unter seiner rezeptiven Führung auf jede Initiative. Solange aber die Atmosphäre von der militärischen Hysterie beherrscht bleibt, ist an eine Lösung der Probleme, besonders der Wiedervereinigung, gar nicht zu denken. Auch der Gedanke, Rußland könnte durch Drohungen knieweich werden, an dem unser Bundeskanzler trotz der sich wandelnden Weltmeinung zäh festhält, gehört zu den grundlegenden Irrtümern unserer Politik. Nach aller vernünftigen Erwägung kann sich die russische Haltung dadurch versteifen. Die „Verteidigungspolitik" der NATO, die dem Einkreisen einer Festung vergleichbar ist, was mit einer ultimativen Übergabeforderung zu enden pflegt, könnte also schließlich zu einem russischen Präventivkrieg führen. Denn die Russen werden natürlich

---

Die menschliche Bilanz

Eine unserer florierenden westdeutschen Landeshauptstädte hat vor kurzem ein denkwürdiges Ereignis zu verzeichnen gehabt: Zum erstenmal in ihrer annähernd tausendjährigen Geschichte ist ein Fußgänger auf einem F r i e d h o f von einem Auto totgefahren worden.

Vor wenigen Jahren beschränkte der Verkehrstod sich im allgemeinen noch auf die S t r a ß e n ; seit einigen Monaten hält er immer öfters auch auf G e h s t e i g e n Ernte, und nun ist ihm also der originelle, haargenau zur Immer-was-Neues-Sucht unserer Zivilisation passende Einfall gekommen, sein Werk gleich an Ort und Stelle zu verrichten, nämlich auf dem Todesacker, auf dem der Mensch ja ohnehin eines Tages landen muß.

Zufall oder Symptom? Keine Frage: es ist ein Symptom — auch dann, wenn der Vorfall für längere Zeit der einzige seiner Art bleiben sollte. Ein Symptom für die erschreckenden psychischen Zustände in einem Lande, in dem zwar ununterbrochen und fast von allen Seiten Ruhe, Mäßigung, Besinnung und Zucht g e p r e d i g t, in dem aber zugleich dem allem stündlich zuwider g e h a n d e l t wird. Denn was

mit allen Mitteln ihre Überzeugung und das von ihnen Erreichte verteidigen, mögen wir es nun gutheißen oder nicht.

Gleichgültig, von welcher Perspektive her wir die heutige deutsche Lage betrachten, die erste Notwendigkeit bleibt immer Entspannung und Befriedung der Atmosphäre, und dies kann nur durch eine bewußte und fundierte neutrale Politik erreicht werden. Darum ist es das größte Versäumnis der deutschen Politik, sich niemals um eine reale Form zur Vereinigung von Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung bemüht zu haben. Im Verein mit den Westmächten ist sie dieser Frage stets ausgewichen. Kein sowjetisches Angebot wurde bisher auch nur ernsthaft diskutiert.

Und jetzt werden wir sogar Zeugen des erstaunlichen Schauspiels, daß die Vereinigten Staaten von der von ihnen selbst inaugurierten Politik der „militärischen Werte" abzurücken beginnen, ja im Interesse der Nation abrücken müssen, unser Bundeskanzler sich aber bemüht, allein gegen den Strom zu schwimmen, ja den Strom hinter sich her wieder in die alte Richtung zu lenken. Im Frühjahr 1956, so schreibt Herbert von Borch in der „Außenpolitik", begann ein tiefgreifender Revisionsvorgang im außenpolitischen Denken Amerikas sichtbar zu werden. Die bedeutungsvollste Wandlung war die veränderte, nämlich positive Einstellung zur Neutralität. Schon 1955 hatte Eisenhower gesagt: „Ebenso wie wir von keinem Lande erwarten, daß es unsere Politik in der Frage der Neutralität bestimmt, müssen wir Westdeutschland das volle Recht geben, seine eigenen Probleme zu lösen." Wenige Tage danach traf der Bundeskanzler in Washington ein, und in einem gemeinsamen Kommuniqué wurde erklärt, der Begriff der Neutralität sei auf „Deutschland nicht anwendbar". Derselbe Bundeskanzler hatte noch am 4. Dezember 1951 in London erklärt: „Neutralität nur bewaffnet". Als die Sowjets im Frühjahr 1952 eben diesen Vorschlag machten, sagte er: „Bewaffnete Neutralität ist unmöglich" (Rede in Siegen, 12. 3. 1952). Weiter sagt Herbert von Borch: „Als Adenauer im Juli 1956 wieder nach Washington kam, traf er erneut auf eine außenpolitisch aufgelockerte Stimmung . . . Als Adenauer die Hauptstadt verließ, hatte er zum erstenmal eine zum Teil unfreundliche Presse. Man warf ihm ‚Starrheit' vor; er sei ‚Dullesscher als Dulles' . . . Der Kanzler hatte in aller Offenheit versucht, der außenpolitischen Selbstbesinnung der Amerikaner eine kalte Dusche zu verabreichen. Es war ihm zwar nicht gelungen, die Überprüfung der Begriffe aufzuhalten, aber sie machte jedenfalls zunächst in der Deutschlandfrage halt. Hier zeigte sich, was manche Beobachter als ‚das unsichtbare Veto Bonns' empfanden. Die amerikanische Regierung ist damals, ebenso wie erst recht heute, für konstruktive Ideen, wie man mit den Russen über die deutsche Einheit sprechen könnte, empfänglich gewesen. Das Zurücktreten der strategischen Interessen, der Wille zum Abrüstungsabkommen mit Moskau, die eignen Pläne, mit den Russen über ein Probefeld der Inspektion und Truppenverdünnung in Zentraleuropa zu verhandeln, alles das hätte sich

---

nutzen alle die ergreifenden Worte, die zum Beispiel unser gescheiter Wirtschaftsminister — und nicht nur er — Sonntag für Sonntag über die Notwendigkeit des sozialen und wirtschaftlichen Friedens spricht, wenn er zugleich — um wieder nur ein Beispiel zu nennen — der Konsumgüterindustrie gestattet, über die Befriedigung wirklicher Bedürfnisse hinaus die Begehrlichkeit und jene schon typisch gewordene zappelige Kühle unseres Zeitgenossen durch das ununterbrochene Aufputschen, ja oft erst Erzeugen neuer materieller Bedürfnisse anzustacheln und den Menschen fortlaufend in die Versuchung des Zynismus zu führen?

Daß der Verkehrstod als die augenfälligste Form unserer Unruhe inzwischen zur öffentlichen Angelegenheit Nummer eins geworden ist, hat sich herumgesprochen; daß er aber nicht ein Verkehrs-, sondern ein Strukturproblem ist, scheint sich kaum herumgesprochen zu haben, am wenigsten in Bonn. Nicht weil wir zu wenig oder zu lasche Gesetze und Vorschriften hätten, sind dschungelartige Verhältnisse bei uns eingerissen, sondern weil wir zu wenig erzogene Menschen haben und zu wenig Einsicht in die Notwendigkeit der Erziehung. Freilich nicht einer Erziehung mit Worten und erhobenem Zeigefinger — daran fehlt uns wieder einmal nicht —, sondern mit der Schaffung einer gesellschaftlichen Atmosphäre, in der das gute Wort Chancen hat, befolgt zu werden.

Der Durchschnittsmensch — auf den es in jeder Hinsicht ankommt — wird, wenn er der Dauerinfusion materialistischer

nutzbar für die Haltung der Vereinigten Staaten in der deutschen Frage machen lassen."

Das deutsche Versäumnis liegt also klar zutage. Die Weltmeinung ist bereits weitgehend auf eine Neutralitätspolitik ausgerichtet; überall wollen die Völker den Frieden. Diese allgemeine Strömung und die wachsende innerdeutsche Opposition haben offenbar den Bundeskanzler soweit beeinflußt, in der Frage des Junktims scheinbar nachzugeben. Scheinbar, denn bei seinem letzten Besuch in den Vereinigten Staaten beeilte er sich, das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung wieder herzustellen. Es wurde ihm wiederum zugesichert, ohne vorherige Lösung der Deutschlandfrage werde ein umfassendes Abrüstungsabkommen nicht in Angriff genommen. Eine Luftinspektion über Deutschland und Europa, so erklärte der Bundeskanzler vor der amerikanischen Presse, könne erst nach der Wiedervereinigung in Frage kommen. Man glaubt in Washington, Stassen werde entsprechende Pläne, die offenbar doch vorliegen, aus Rücksicht auf Adenauer erst nach den Bundestagswahlen zur Diskussion stellen. Adenauer beharrt also weiterhin auf seiner Politik des Druckes und der Gewalt gegen Moskau und hielt eine Warnung an die Amerikaner, den Russen keine Entspannung zu gewähren, für angebracht. Er demonstrierte vor der Welt die Doppelzüngigkeit seiner Politik, nicht nur in der Frage des Junktims, sondern auch indem er die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen von den Abrüstungsverhandlungen abhängig macht, diese Verhandlungen aber gleichzeitig zu blockieren sucht. Stimmen in Washington werden schon laut, die Adenauer zum Vorwurf machen, er wolle Deutschland aus der allgemeinen Abrüstung ausnehmen. Man darf doch wohl die Bedeutung von Begriffen wie Entspannung, Abrüstung, Neutralität wenigstens für einen Teil des amerikanischen Volkes nicht zu gering einsetzen.

Warum eigentlich eine Abrüstung die Teilung Deutschlands besiegeln soll, darüber bleibt uns Adenauer die Aufklärung schuldig; ohne das Einverständnis der Russen ist sie jedenfalls nicht zu beseitigen. Und der Bundeskanzler überschätzt doch wohl das Interesse der westlichen Welt an der Deutschlandfrage erheblich, wenn er die Zumutung wagt, ihretwegen solle die Welt auf die ersehnte Entspannung verzichten. Gerade diese Haltung muß doch zu der gefürchteten Situation führen, man werde sich über unseren Kopf hinweg verständigen. Die militante Haltung droht Adenauer und damit ganz Westdeutschland in die Isolierung innerhalb der Westmächte zu führen; sind doch auch die Bedenken gegen die Aufrüstung Westdeutschlands vor allem in Frankreich ohnedies niemals verstummt. Der bisherige getreueste Vertreter der amerikanischen Politik in Europa wird ganz augenscheinlich den Amerikanern selbst unbequem. Parallelen zu Syngman Rhee und Tschiang Kai-schek tauchen bereits auf.

Den führenden Männern der Christlichen Demokratischen Union kann schließlich diese Sachlage nicht ganz verborgen bleiben. Schon die Rede des Außenministers auf dem Ham-

---

Wunscherzeugung und Wunscherfüllung ausgesetzt ist, schließlich gar nicht mehr anders handeln können als barbarisch; er wird töten, ohne es richtig zu wollen und ohne das Unrecht noch zu merken; er wird die demokratischste Verfassung als einen Freibrief für das Faustrecht begreifen, und er wird am Ende sogar auf die Frage nach dem Fortbestand der Menschheit nur mit betriebsamem Schweigen antworten.

Das ist für uns in der Bundesrepublik, zumal im Wahljahr, keine schöngeistige, sondern eine innenpolitische Angelegenheit. Wenn wir von hier aus Bilanz ziehen, müssen wir unserer gegenwärtigen Regierung zugeben, daß sie für die Hebung des Lebensstandards allerlei getan hat; wir müssen ihr aber auch immer wieder vorhalten, daß unter ihrer Ägide die Verrohung der menschlichen Beziehungen — das schlimmste Erbe der Hitlerzeit — weiter fortgeschritten ist. Schon deshalb hat sie versagt, und schon deshalb soll sie im Herbst das Heft aus der Hand geben.

Die Zukunft eines Volkes hängt heute nicht nur nicht von seiner militärischen, sondern überhaupt von keiner materiellen Stärke ab; entscheidend wird die humane Potenz sein. Wir brauchen eine Regierung, die das weiß und die ein Klima schafft oder fördert, unter dem die Humanität besser gedeihen kann als unter dem Eishauch eines hochglanzpolierten Wirtschaftswunders.

Johannes Weidenheim

burger Parteitag zeugte von innerer Unsicherheit. „Nicht konstruktiv, sondern defensiv" könnte man sie wohl überschreiben, da sich von Brentano vorwiegend gegen den Vorwurf der „sterilen unbeweglichen Politik" verteidigte. Und wenn er beim politischen Gegner von einer Verkennung der Realitäten und mangelndem Bewußtsein der großen geschichtlichen Umstellung der letzten Zeit spricht, so treffen diese gleichen Vorwürfe gerade seine eigene Politik. Naiv bemüht er sich um den Nachweis, daß die politischen Grundsätze von 1914 oder 1918 heute nicht mehr gelten. Und wenn sein Chef die geistige Wendigkeit vielleicht nicht mehr besitzt, sich auf die subtilen Strömungen in der jüngsten Entwicklung der westlichen Politik einzustellen, dem Außenminister sind sie offenbar gänzlich entgangen.

Die reale Betrachtungsweise müssen wir auch sehr vermissen, wenn Herr von Brentano wiederum nichts anderes zu sagen weiß, als daß die Alternative zur bisherigen außenpolitischen Praxis „Selbstaufgabe des deutschen Volkes" und „der Weg in die Sklaverei" sei. Und die Frage, die er „ganz einfach" sieht, ob das deutsche Volk sich in die „freie Welt" einordnen und die Konsequenzen für die eigene Freiheit daraus ziehen will, scheint uns ganz falsch gestellt. Die Frage lautet nicht, wollen wir unsere Freiheit aufgeben, sondern wie können wir diese Freiheit erhalten, ohne in die allergrößte Unfreiheit eines totalen Krieges zu geraten. Darauf aber gibt es nur eine Antwort: Zu einer friedlichen Koexistenz mit der Sowjetunion zu gelangen. Das bedeutet keine positive Wertung des Kommunismus, aber es ist die gegebene Realität. Wer aber keinen Beitrag zur Abrüstung leistet, durch ständige Quertreibereien und Vorbedingungen die Entspannung aufhält, der betreibt faktisch eine gefährliche Politik auf Kosten des eigenen Volkes und des Weltfriedens. Kein Zweifel, daß die Weltöffentlichkeit über ihn hinweg zur Tagesordnung übergehen wird. Eine der sträflichsten Unterlassungen der westlichen und vor allem der deutschen Politiker — die von allen die größte Schuld trifft — ist es ja eben, sich über die realen Grundlagen des kommunistischen Regimes überhaupt nicht zu orientieren und ihre ganze Einstellung auf einer Fiktion aufzubauen. Die unmittelbare militärische Bedrohung ist eine solche Fiktion; aber auch die Vorstellung, man könne mit militärischen Mitteln Infiltrationen bekämpfen, ist schließlich eine Fiktion. Der Jesuitenpater Gustav Wetter, der eines der bedeutendsten Werke über die geistigen Grundlagen des Kommunismus geschrieben hat und der die „mangelnde Kenntnis der philosophischen Grundlagen des Bolschewismus", die ja eng mit der Praxis verknüpft sind, in der westlichen Welt bedauert, sagt, es werde klar, „daß man die bolschewistische Weltgefahr nicht mit Panzern, Düsenjägern und Atombomben beschwören kann."

Herr von Brentano bringt auch immer wieder das schon so oft zur Begründung der bundesdeutschen Politik gebrauchte Argument, das deutsche Volk wäre „zugrundegegangen", wenn es nicht einer zielbewußten Politik gelungen wäre, es aus der Isolierung zu lösen. Offenbar verschweigt oder verkennt der Minister hier die einfache Tatsache, daß der Weg Deutschlands nach dem Kriege nur zu einem Teil von uns selbst, dafür sehr weitgehend aber von der allgemeinen politischen Entwicklung, von dem wachsenden Gegensatz zwischen Amerika und Rußland gelenkt wurde. Es ist doch nicht zu leugnen, daß schon sehr bald nach dem Kriege eine Richtung in Amerika, der namhafte Publizisten angehörten, zunächst gegen eine gänzlich desinteressierte riesige Mehrheit, die noch in der Freundschaft mit Rußland lebte, auf die kommunistische Gefahr aufmerksam zu machen begann und für wirtschaftliche Unterstützung und Aufrüstung Deutschlands gegen Rußland eintrat. Nicht, um Deutschlands Freiheit zu erhalten, sondern in der Erkenntnis, daß Amerika sich an der deutschen Ostgrenze verteidigen muß. Aus diesem Grunde stehen auch heute noch „Hunderttausende von jungen Menschen aus anderen Nationen auf deutschem Boden, um mit ihrem Leben für unsere Existenz einzustehen", wie von Brentano das, allerdings im anderen Sinne, formulierte. Deutschlands so rascher und politischer Wiederaufstieg ist unmißverständlich auch auf diese weltpolitische Konstellation zurückzuführen.

Von der gleichen Grundlage her muß auch die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der westlichen Welt gesehen werden. Mit Erstaunen und mit Beunruhigung hatte man zum Beispiel in Amerika zwischen den beiden Kriegen den überraschend schnellen Aufstieg der deutschen Wirtschaft und ihre zunehmende Konkurrenz auf den Weltmärkten beobachtet. Die Situation ist heute nicht anders, nur ist die Reaktion durch den „gemeinsamen Feind" im Osten zunächst noch gedämpft. Tatsächlich ist aber auch jene Be-

hauptung eine der Unwahrheiten unserer Politik, Deutschland gehöre wirtschaftlich und kulturell zum Westen. Deutschland war dank seiner geographischen Lage immer auf allen Gebieten Mittler zwischen Ost und West. Im Westhandel ist für Deutschland auf längere Sicht kein unbestrittener Platz, zumal immer mehr frühere Importländer, nicht nur in Übersee, sondern auch in Europa selbst, zu Exporteuren werden und sich daher ohnedies das Geschäft immer schwieriger gestaltet. Rußland war seit jeher der gegebene Wirtschaftspartner Deutschlands. Sind auch durch den industriellen Aufbau der Sowjetunion Veränderungen eingetreten, so gilt das grundsätzlich doch auch noch jetzt. Der Bedarf vor allem auch in den kleineren osteuropäischen Ländern an Industrieprodukten ist ungeheuer groß. Und hinter Osteuropa steht China, das erst beginnt, aus einem Agrareinen Industriestaat zu machen. Hier liegen große Chancen des künftigen Welthandels, aus denen wir uns noch jetzt freiwillig weitgehend ausschließen. England hat gerade begonnen, durch Lockerung des Embargos gegen China die Handelsmöglichkeiten zu erweitern, während unser Bundeskanzler nichts Besseres zu tun wußte, als Amerika vor China und Polen zu warnen. Unserer Wirtschaft muß aber die gleiche Chance gegeben sein; kommt der wirtschaftliche Austausch in stärkerem Maße erst einmal in Fluß, so muß dadurch auch die Politik im Sinne der Entspannung und Neuorientierung beeinflußt werden. Neutralitätspolitik, Abrüstung durch Verzicht auf atomare Aufrüstung und Wehrpflicht, Entspannung, Verständigung mit dem Osten sind heute das Gebot der Stunde. Was heißt denn eigentlich Neutralitätspolitik? Daß wir uns in einem Kriege neutral halten und somit der allgemeinen Zerstörung entgehen könnten, ist doch eine Klein-Moritz-Vorstellung von Neutralität, die aber hartnäckig auch von verantwortlichen Politikern immer wieder vorgebracht wird. Neutralität bedeutet, im Interesse des Weltfriedens und der eigenen Sache gefährliche Bindungen nach beiden Seiten vermeiden, das Recht der freien Entscheidung, eigene Verantwortung und damit erst echte Souveränität. Nur so kann endlich die Grundlage für eine konstruktive Politik gelegt werden. Nur so können wir uns auch von den Militärblöcken freimachen, die sich mitten in unserem Land feindlich gegenüberstehen und uns weder Sicherheit gewährleisten noch die Einheit bringen. Von uns hängt es entscheidend ab, ob wir zwischen ihnen zerrieben werden oder ob eine Einigung über die Abrüstung, die Sicherheit und Wiedervereinigung durch unsere aktive Mithilfe zustandekommt. Eine Neutralitätspolitik im aktiven Sinne würde uns auch aus der Isolation herausführen, in die wir hineingekommen sind durch unsere nicht immer nötig gewesene Politik der einseitigen Orientierung. Auf diese Weise würden wir neue Partner gewinnen können ohne unsere Verbindungen zu den Freunden im Westen aufzugeben.

Vor ein paar Tagen legte der „Amerikanische Rat für die Wiedervereinigung" der amerikanischen Regierung und dem Kongreß einen Acht-Punkte-Plan zur Beseitigung der deutschen Teilung vor. Ist es nicht schon beschämend, daß solche Vorschläge nicht von uns, sondern aus dem Ausland kommen? Da auch bei dem jüngsten amerikanischen Besuch Adenauers keine entsprechenden Schritte unternommen wurden, obwohl die internationale Lage sie dringend erfordert, hat sich dieser Rat verpflichtet gefühlt, von sich aus die Initiative zu ergreifen. Er warnte vor der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr, weil dies die Wiedervereinigung erschwere. Wir müssen aber endlich die Lösung unserer Probleme selbst in die Hand nehmen und den deutschen Beitrag zur Entspannung leisten, den ganz unmißverständlich die Welt von uns erwartet. Es erhebt sich hier die Frage, werden wir ein Faktor in der Weltpolitik bleiben oder wird die Weltmeinung über uns hinweggehen? Die Möglichkeiten zur Entspannung waren in den zwölf Jahren seit dem letzten Kriege noch nie so günstig wie heute. Amerika, England und Rußland zeigen eine wachsende Bereitschaft zur Annäherung. Die Londoner Abrüstungsverhandlungen finden zum ersten Mal in einer sachlichen Atmosphäre statt. Luftinspektion und verdünnte Zone in Europa sind im Begriff, Realitäten zu werden. Der Weg, auf dem auch der Gedanke der Neutralität seinen Platz finden wird, ist eingeschlagen, und er wird auch der Weg der näheren Zukunft sein. Dies gilt es auch in Deutschland endlich zu erkennen. Wir möchten hier noch einmal Herrn von Brentano zitieren: „Wer nicht in der Lage ist, dieses neue Bild zu sehen, wie es sich in Wirklichkeit darstellt, wer es nicht vermag, aus dieser Erkenntnis auch Konsequenzen zu ziehen, der muß in der Außenpolitik versagen." ? !

Der realistisch denkende Kreml weiß sehr genau, daß eine gewaltsame Machtverschiebung in Deutschland sofort den neuen Weltkrieg auslösen würde. Besteht doch diese Gefahr schon im Nahen und Fernen Osten, wieviel mehr im Herzen der Alten Welt (mit oder ohne deutsche Divisionen und Atomwaffen), wo sich Amerika selbst verteidigen würde. Es gehört von unserer Seite viel Unvernunft dazu, den russischen Staatsführern, die sich meist als sehr geschickte Politiker erwiesen haben, soviel Torheit zuzutrauen. Wohl ist Rußland sehr viel weniger verwundbar als Amerika oder das dichtbesiedelte Westeuropa — das ist eine weitere Tatsache, die bei uns sorgfältig übergangen wird, im Kriegsfall aber von ungeheurer Bedeutung wäre — aber der seit Jahrzehnten mit allen Mitteln vorgetragene und langfristig geplante Aufbau in den Ostblockstaaten würde in unabsehbarer Weise zurückgeworfen. Nach marxistischer Theorie ist der Krieg eine Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und als Überrest bourgeoiser Methoden heute nicht mehr zeitgemäß. Wir haben keinen Grund, solche Auslassungen nur für propagandistische Phrasen zu halten. Denn der Kommunismus hat ja die Waffe der Unterminierung und auch der Beeinflussung durch politische und wirtschaftliche Hilfestellung erfunden und den Krieg als Mittel der Eroberung damit überflüssig gemacht. Auch ist man im Kreml so sicher überzeugt von dem endlichen Sieg der kommunistischen Idee und damit dem unausweichlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Welt, daß es doch Wahnsinn wäre, diesen natürlichen Ablauf durch zerstörerische Gewaltmaßnahmen, die sich auch gegen den Urheber selbst richten, zu beeinträchtigen.

Bei uns wird bisher aber diese ganze Frage auf den einfachen militärischen Nenner gebracht. Dulles ging mit wunderbar unbekümmertem Beispiel voran; und es scheint, die Amerikaner können hier den geistigen Zugang wirklich schwer finden, da ihnen erfahrungsgemäß das Versetzen in eine außeramerikanische Mentalität besonders schwer fällt, von der asiatischen oder kommunistischen ganz zu schweigen. Um so mehr ist Deutschland, das den dialektischen Materialismus geboren hat und durch unmittelbare Berührung mit der östlichen Lehre Amerika an Erfahrung weit voraus ist, berufen, die so dringend notwendig r e a l e Einstellung zum Kommunismus finden zu helfen. Aber es verzichtet unter seiner rezeptiven Führung auf jede Initiative. Solange aber die Atmosphäre von der militärischen Hysterie beherrscht bleibt, ist an eine Lösung der Probleme, besonders der Wiedervereinigung, gar nicht zu denken. Auch der Gedanke, Rußland könnte durch Drohungen knieweich werden, an dem unser Bundeskanzler trotz der sich wandelnden Weltmeinung zäh festhält, gehört zu den grundlegenden Irrtümern unserer Politik. Nach aller vernünftigen Erwägung kann sich die russische Haltung dadurch versteifen. Die „Verteidigungspolitik" der NATO, die dem Einkreisen einer Festung vergleichbar ist, was mit einer ultimativen Übergabeforderung zu enden pflegt, könnte also schließlich zu einem russischen Präventivkrieg führen. Denn die Russen werden natürlich

---

Die menschliche Bilanz

Eine unserer florierenden westdeutschen Landeshauptstädte hat vor kurzem ein denkwürdiges Ereignis zu verzeichnen gehabt: Zum erstenmal in ihrer annähernd tausendjährigen Geschichte ist ein Fußgänger auf einem F r i e d h o f von einem Auto totgefahren worden.

Vor wenigen Jahren beschränkte der Verkehrstod sich im allgemeinen noch auf die S t r a ß e n ; seit einigen Monaten hält er immer öfters auch auf G e h s t e i g e n Ernte, und nun ist ihm also der originelle, haargenau zur Immer-was-Neues-Sucht unserer Zivilisation passende Einfall gekommen, sein Werk gleich an Ort und Stelle zu verrichten, nämlich auf dem Todesacker, auf dem der Mensch ja ohnehin eines Tages landen muß.

Zufall oder Symptom? Keine Frage: es ist ein Symptom — auch dann, wenn der Vorfall für längere Zeit der einzige seiner Art bleiben sollte. Ein Symptom für die erschreckenden psychischen Zustände in einem Lande, in dem zwar ununterbrochen und fast von allen Seiten Ruhe, Mäßigung, Besinnung und Zucht g e p r e d i g t, in dem aber zugleich dem allem stündlich zuwider g e h a n d e l t wird. Denn was

mit allen Mitteln ihre Überzeugung und das von ihnen Erreichte verteidigen, mögen wir es nun gutheißen oder nicht.

Gleichgültig, von welcher Perspektive her wir die heutige deutsche Lage betrachten, die erste Notwendigkeit bleibt immer Entspannung und Befriedung der Atmosphäre, und dies kann nur durch eine bewußte und fundierte neutrale Politik erreicht werden. Darum ist es das größte Versäumnis der deutschen Politik, sich niemals um eine reale Form zur Vereinigung von Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung bemüht zu haben. Im Verein mit den Westmächten ist sie dieser Frage stets ausgewichen. Kein sowjetisches Angebot wurde bisher auch nur ernsthaft diskutiert.

Und jetzt werden wir sogar Zeugen des erstaunlichen Schauspiels, daß die Vereinigten Staaten von der von ihnen selbst inaugurierten Politik der „militärischen Werte" abzurücken beginnen, ja im Interesse der Nation abrücken müssen, unser Bundeskanzler sich aber bemüht, allein gegen den Strom zu schwimmen, ja den Strom hinter sich her wieder in die alte Richtung zu lenken. Im Frühjahr 1956, so schreibt Herbert von Borch in der „Außenpolitik", begann ein tiefgreifender Revisionsvorgang im außenpolitischen Denken Amerikas sichtbar zu werden. Die bedeutungsvollste Wandlung war die veränderte, nämlich positive Einstellung zur Neutralität. Schon 1955 hatte Eisenhower gesagt: „Ebenso wie wir von keinem Lande erwarten, daß es unsere Politik in der Frage der Neutralität bestimmt, müssen wir Westdeutschland das volle Recht geben, seine eigenen Probleme zu lösen." Wenige Tage danach traf der Bundeskanzler in Washington ein, und in einem gemeinsamen Kommuniqué wurde erklärt, der Begriff der Neutralität sei auf „Deutschland nicht anwendbar". Derselbe Bundeskanzler hatte noch am 4. Dezember 1951 in London erklärt: „Neutralität nur bewaffnet". Als die Sowjets im Frühjahr 1952 eben diesen Vorschlag machten, sagte er: „Bewaffnete Neutralität ist unmöglich" (Rede in Siegen, 12. 3. 1952). Weiter sagt Herbert von Borch: „Als Adenauer im Juli 1956 wieder nach Washington kam, traf er erneut auf eine außenpolitisch aufgelockerte Stimmung . . . Als Adenauer die Hauptstadt verließ, hatte er zum erstenmal eine zum Teil unfreundliche Presse. Man warf ihm ‚Starrheit' vor; er sei ‚Dullesscher als Dulles' . . . Der Kanzler hatte in aller Offenheit versucht, der außenpolitischen Selbstbesinnung der Amerikaner eine kalte Dusche zu verabreichen. Es war ihm zwar nicht gelungen, die Überprüfung der Begriffe aufzuhalten, aber sie machte jedenfalls zunächst in der Deutschlandfrage halt. Hier zeigte sich, was manche Beobachter als ‚das unsichtbare Veto Bonns' empfanden. Die amerikanische Regierung ist damals, ebenso wie erst recht heute, für konstruktive Ideen, wie man mit den Russen über die deutsche Einheit sprechen könnte, empfänglich gewesen. Das Zurücktreten der strategischen Interessen, der Wille zum Abrüstungsabkommen mit Moskau, die eignen Pläne, mit den Russen über ein Probefeld der Inspektion und Truppenverdünnung in Zentraleuropa zu verhandeln, alles das hätte sich

---

nutzen alle die ergreifenden Worte, die zum Beispiel unser gescheiter Wirtschaftsminister — und nicht nur er — Sonntag für Sonntag über die Notwendigkeit des sozialen und wirtschaftlichen Friedens spricht, wenn er zugleich — um wieder nur ein Beispiel zu nennen — der Konsumgüterindustrie gestattet, über die Befriedigung wirklicher Bedürfnisse hinaus die Begehrlichkeit und jene schon typisch gewordene zappelige Kühle unseres Zeitgenossen durch das ununterbrochene Aufputschen, ja oft erst Erzeugen neuer materieller Bedürfnisse anzustacheln und den Menschen fortlaufend in die Versuchung des Zynismus zu führen?

Daß der Verkehrstod als die augenfälligste Form unserer Unruhe inzwischen zur öffentlichen Angelegenheit Nummer eins geworden ist, hat sich herumgesprochen; daß er aber nicht ein Verkehrs-, sondern ein Strukturproblem ist, scheint sich kaum herumgesprochen zu haben, am wenigsten in Bonn. Nicht weil wir zu wenig oder zu lasche Gesetze und Vorschriften hätten, sind dschungelartige Verhältnisse bei uns eingerissen, sondern weil wir zu wenig erzogene Menschen haben und zu wenig Einsicht in die Notwendigkeit der Erziehung. Freilich nicht einer Erziehung mit Worten und erhobenem Zeigefinger — daran fehlt uns wieder einmal nicht —, sondern mit der Schaffung einer gesellschaftlichen Atmosphäre, in der das gute Wort Chancen hat, befolgt zu werden.

Der Durchschnittsmensch — auf den es in jeder Hinsicht ankommt — wird, wenn er der Dauerinfusion materialistischer

nutzbar für die Haltung der Vereinigten Staaten in der deutschen Frage machen lassen."

Das deutsche Versäumnis liegt also klar zutage. Die Weltmeinung ist bereits weitgehend auf eine Neutralitätspolitik ausgerichtet; überall wollen die Völker den Frieden. Diese allgemeine Strömung und die wachsende innerdeutsche Opposition haben offenbar den Bundeskanzler soweit beeinflußt, in der Frage des Junktims scheinbar nachzugeben. Scheinbar, denn bei seinem letzten Besuch in den Vereinigten Staaten beeilte er sich, das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung wieder herzustellen. Es wurde ihm wiederum zugesichert, ohne vorherige Lösung der Deutschlandfrage werde ein umfassendes Abrüstungsabkommen nicht in Angriff genommen. Eine Luftinspektion über Deutschland und Europa, so erklärte der Bundeskanzler vor der amerikanischen Presse, könne erst nach der Wiedervereinigung in Frage kommen. Man glaubt in Washington, Stassen werde entsprechende Pläne, die offenbar doch vorliegen, aus Rücksicht auf Adenauer erst nach den Bundestagswahlen zur Diskussion stellen. Adenauer beharrt also weiterhin auf seiner Politik des Druckes und der Gewalt gegen Moskau und hielt eine Warnung an die Amerikaner, den Russen keine Entspannung zu gewähren, für angebracht. Er demonstrierte vor der Welt die Doppelzüngigkeit seiner Politik, nicht nur in der Frage des Junktims, sondern auch indem er die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen von den Abrüstungsverhandlungen abhängig macht, diese Verhandlungen aber gleichzeitig zu blockieren sucht. Stimmen in Washington werden schon laut, die Adenauer zum Vorwurf machen, er wolle Deutschland aus der allgemeinen Abrüstung ausnehmen. Man darf doch wohl die Bedeutung von Begriffen wie Entspannung, Abrüstung, Neutralität wenigstens für einen Teil des amerikanischen Volkes nicht zu gering einsetzen.

Warum eigentlich eine Abrüstung die Teilung Deutschlands besiegeln soll, darüber bleibt uns Adenauer die Aufklärung schuldig; ohne das Einverständnis der Russen ist sie jedenfalls nicht zu beseitigen. Und der Bundeskanzler überschätzt doch wohl das Interesse der westlichen Welt an der Deutschlandfrage erheblich, wenn er die Zumutung wagt, ihretwegen solle die Welt auf die ersehnte Entspannung verzichten. Gerade diese Haltung muß doch zu der gefürchteten Situation führen, man werde sich über unseren Kopf hinweg verständigen. Die militante Haltung droht Adenauer und damit ganz Westdeutschland in die Isolierung innerhalb der Westmächte zu führen; sind doch auch die Bedenken gegen die Aufrüstung Westdeutschlands vor allem in Frankreich ohnedies niemals verstummt. Der bisherige getreueste Vertreter der amerikanischen Politik in Europa wird ganz augenscheinlich den Amerikanern selbst unbequem. Parallelen zu Syngman Rhee und Tschiang Kai-schek tauchen bereits auf.

Den führenden Männern der Christlichen Demokratischen Union kann schließlich diese Sachlage nicht ganz verborgen bleiben. Schon die Rede des Außenministers auf dem Ham-

---

Wunscherzeugung und Wunscherfüllung ausgesetzt ist, schließlich gar nicht mehr anders handeln können als barbarisch; er wird töten, ohne es richtig zu wollen und ohne das Unrecht noch zu merken; er wird die demokratischste Verfassung als einen Freibrief für das Faustrecht begreifen, und er wird am Ende sogar auf die Frage nach dem Fortbestand der Menschheit nur mit betriebsamem Schweigen antworten.

Das ist für uns in der Bundesrepublik, zumal im Wahljahr, keine schöngeistige, sondern eine innenpolitische Angelegenheit. Wenn wir von hier aus Bilanz ziehen, müssen wir unserer gegenwärtigen Regierung zugeben, daß sie für die Hebung des Lebensstandards allerlei getan hat; wir müssen ihr aber auch immer wieder vorhalten, daß unter ihrer Ägide die Verrohung der menschlichen Beziehungen — das schlimmste Erbe der Hitlerzeit — weiter fortgeschritten ist. Schon deshalb hat sie versagt, und schon deshalb soll sie im Herbst das Heft aus der Hand geben.

Die Zukunft eines Volkes hängt heute nicht nur nicht von seiner militärischen, sondern überhaupt von keiner materiellen Stärke ab; entscheidend wird die humane Potenz sein. Wir brauchen eine Regierung, die das weiß und die ein Klima schafft oder fördert, unter dem die Humanität besser gedeihen kann als unter dem Eishauch eines hochglanzpolierten Wirtschaftswunders.

Johannes Weidenheim

Prof. Dr. Leo Weismantel

Der verspielte Friede - das verhökerte Reich

Briefe an einen Bundestagsabgeordneten

6. Brief:

Jugenheim (Bergstraße), im Juni 1957

Mein Lieber!

O mein Lieber, — ehe ich heute zu schreiben beginne, wollen wir gemeinsam beten, — Du und ich:

„— und führe uns nicht in Versuchung, — sondern erlöse uns von dem Übel.
Amen."

Und nun bitte ich Dich, mir ruhig zuzuhören!

Immer wieder, wenn man mit Euch, die Ihr Euch „christliche" Politiker nennt, über das spricht, wovon ich heute Dir schreiben will, dann hört man aus gewundenen Reden: in der Staatspolitik dominierten „sachliche Argumente", — (ich gebe gerne zu, daß ich nicht weiß, was das ist), — „sachliche Argumente", die sich eben der religiösen Gesetzgebung etwa des Neuen Testaments und der Bergpredigt entzögen.

Hinter diesen Flausen steht das sehr eindeutige

„non serviam"

jenes, der in der Uniform des „miles Christi" steckt, seinem obersten Kriegsherrn aber den Dienst verweigert. Es ist Fahnenflucht aus dem Heere Christi. Denn als Er auf dem Berg vor den fünftausend das alte Gesetz verworfen und das neue in Kraft gesetzt hat, hat Er eindeutig gesagt:

„Ich aber sage Euch!"

Er verneint das alte und setzt das neue Gesetz! Er fordert ein eindeutiges „Ja!" oder „Nein!" Er hat das nicht in Euere Entscheidung gestellt, was Ihr annehmen wollt! Jene, die sich die Bergpredigt und ihr Gesetz nur für sentimentale sonntägliche Erbauungsstunden reservieren möchten, ihr Alltagsleben aber und auch ihre „Politik" den Spielregeln des Fürsten dieser Welt unterwerfen, sprechen ein sehr deutliches „non serviam" vor Christus und sein Urteil ist eindeutig: „Ich werde sie ausspeien aus meinem Munde!" Dies Urteil ist ein endgültiges, und wir werden mit ihm zu rechnen haben.

Als Hitler Ost und West überfallen und die Greuel des Krieges entfesselt hatte, als all jenes Ungeheuerliche sich vollzog, das unsere heutigen Politiker nicht mehr wissen wollen und unterschlagen, damals beschlossen die Weltmächte, die zum Kampf gegen Deutschland antraten, dies Deutschland völlig zu zerschlagen und aufzuteilen.

Hier ist die Schicksalsstunde der Teilung Deutschlands, welche die Lage unseres heutigen Deutschland bestimmt! Und die Völker, die sich zusammensetzten, eine große „magna charta" der sittlichen Staatsführung, verpflichtend für alle Völker der Erde, aufzurichten, verkündeten dies Gesetz, das zuerst sie selbst verpflichtete, und setzten in Nürnberg jenen Weltgerichtshof ein, der erstmals in der Geschichte der Menschheit den Krieg so sehr ächtete, daß dies Gericht jene, die es als schuldig am Krieg erklärte, zur Schmach des Todes durch den Strang nicht nur verurteilte, sondern in Wahrheit und Wahrhaftigkeit vor der ganzen Welt von Henkers Hand auch hängen ließ!

Klingt Euch nicht mehr jenes beklemmende, durch den Äther in alle Welt entsandte unheimliche Wort in den Ohren:

„— zum Tode durch den Strang!
— zum Tode durch den Strang!
— zum Tode durch den Strang!"

Ich werde nie die Schrecken jener Nacht vergessen, in der mein Volk so sehr vor aller Welt angeprangert und geschändet wurde! Denn wie sehr jene, die hier gehängt wurden, mich selbst gequält und verfolgt, mir das eigene Leben zerschlagen hatten, —

in jener Stunde wurde das nicht nur Verbrechern, — es wurde auch Deutschland angetan!

Dann wurde das Gesetz zur „Reinigung" des deutschen Volkes, — das Gesetz der „Umerziehung" des deutschen Volkes erlassen!

Das alles, — Gericht wie Verkündigung der Pflicht zu reinerem politischen Leben dürfen nur Völker wagen, die bereit sind, diesen Weg, den sie uns vorschreiben, selbst zu gehen! Nichts darf die tiefe Re-

ligiosität verletzen, welche die Stunden solchen Gerichts und solcher Verkündigungen den Zonen der Hölle entrückt! Es ist ein Anrufen des ewigen Gottes und ein Herabbeschwören der civitas dei!

— Heute, zehn Jahre nachdem diese Geschehnisse über die Weltbühne gegangen sind, sieht sich das alles an wie ein groteskes Satansspiel! Die feierlichen, ins Religiöse vorstoßenden Proklamationen entpuppten sich als hohle Phrasen, und zutage kam eine infernale Politik!

Deutschland war ihr Opfer!

Was geschah bei uns hier im Westen?

Überall wurden zuerst die Deutschen gesucht, die „unbelastet" waren, — Kommunisten, die mit Sozialdemokraten und Anhängern früherer bürgerlicher politischer Parteien in den Jahren der Naziherrschaft verfolgt gewesen waren und aus den Konzentrationslagern kamen, tauchten überall in den Notämtern auf, die neu von den Besatzungsämtern errichtet wurden. — Die Registrierung der Fragebogen erfolgte. Da wurde Herbst 1945 die erste Verwaltungsgruppe der Militärregierung der Amerikaner zurückgezogen, — eine zweite kam, — nun fielen die Masken!

Plötzlich begann eine „Reinigung", — aber nicht von den Nazis, — eine bewußt und mit satanischer Raffiniertheit durchgeführte Ausschaltung aller Deutschen, die der nun offenbar werdenden w a h r e n amerikanischen Vernichtungspolitik Deutschlands im Wege standen. Bestimmte Politiker, auf die Deutschland gehofft hatte, durften nicht mehr ins politische Leben zurück: ein Brüning, — ein Joseph Wirth, — ihre Anhänger wurden systematisch bis ins letzte Dorf ausgeschaltet! Nur die alten reaktionären politischen Parteien, — Parteien mit total überholten Parteiprogrammen, die zu keiner politischen Neuschöpfung fähig waren, ließ man zu. Zugleich wurden die Kommunisten, die, wenn irgend wer, gegen die Nationalsozialisten Widerstand geleistet hatten, aus allen Stellungen gestoßen.

Es erfolgte der totale Herumwurf des Steuers im Schiff der Politik, und es offenbarte sich der neue Kurs: USA gegen UdSSR, — Deutschland von beiden Seiten zu überfahren! Deutschland hatte keine Eigenexistenz mehr! Es wurde ihm eine Politik aufgezwungen, die es zum Vorfeld und Schlachtfeld der Siegermächte machte, die gegeneinander gingen. Deutschland wurde an den Meistbietenden verhökert!

Zugleich begann das Satyrspiel des Aufbaues des neuen deutschen Geisteslebens, des Zeitungswesens, Verlagswesens, Theaters, Kinos, Rundfunks, des Schul- und Bildungswesens unter der Zensur und dem korrupten Lizenzwesen der Amerikaner.

Alles wurde in einen geistigen Hurendienst gezwungen, wie Frauen, ausgehungert in jenen Jahren, für eine Tafel Schokolade sich verkauften, so alles, — alles! Wer zweifelt, lese amerikanische Berichte.

Dann kam für jene deutschen Patrioten, die in diesen gespensterhaften Jahren von den Siegern ausgesucht wurden, eine eigene deutsche Verwaltung und erste Grundlagen eines neuen Staates aufzubauen, die große Versuchung, auf diese Verhökerung des Reiches zugunsten von Satellitenstaaten des Westens wie des Ostens einzugehen. Nichts über diese Patrioten, — wir glauben, daß sie einem furchtbaren tragischen Irrtum unterlegen sind, — ihre Gesinnung war zweifellos rein und ihr Gewissen, so glaubten sie, gebot ihnen, so zu handeln, wie sie handelten, wenn auch u n s e r Gewissen, die wir all dies Werdende der Vernichtung Deutschlands, seine geheime Verwandlung in eine Ami-Kolonie hier und in eine russische Kolonie dort sahen und uns darüber entsetzten und uns zur Wehr setzten, u n s eben Anderes gebot! Ein Thomas Mann sah es und kehrte nicht wieder nach Deutschland zurück, — ein Fritz von Unruh kam und sah es entsetzt und floh aus dem Lande! — Mit den sogenannten Phraseologien „Im Westen freie Welt, im Osten die Knechtschaft", wurden wir über unser Helotentum getäuscht, — Heloten bleiben Heloten, auch wenn sie schreien: wir sind „die freie Welt"! Systematisch wurde Westdeutschland über das betrogen, was es wurde: Ami-Kolonie! Wer zählt die Millionen, lieber Freund, in Deutschland, denen Ihr christlichen Demokraten mit Eurem Verrat hier im Westen das Vaterland geraubt habt!

Gewiß, — Ihr habt vieles noch nicht klar gesehen und nicht durchschaut, wofür man Euch wollte!

Noch wurde Deutschland, das des Westens, das man jetzt in die Falle der Staatsgründung der Bundesrepublik lockte, — dem Frieden verpflichtet. Noch war dem neuen Bundespräsidenten keine andere Sicht möglich, als der Schutz derer, die nach diesen zwei Weltkriegen keine Waffen mehr anrühren wollten. Noch konnte

ehrlichen und guten Willens der neue Bundeskanzler dem Volke väterlich zusprechen, wobei es ihm keinerlei Widerstand entgegensetzte, da es ebenso dachte:

Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir, wie die Schweiz, völkerrechtlich neutralisiert würden!

— eine klare und unserer Lage angemessene politische Auffassung. Doch wie mußte sie sich wandeln! Die große Lüge wurde offenbar.

(Fortsetzung im 7. Brief: Die Politik des Fürsten dieser Welt.)

Rudolf Pikola

Jesus und der Militärbischof

Als Jesus hörte, daß der Kardinal zum Militärbischof für die neue Armee bestimmt worden war und diese Ernennung auch angenommen hatte, machte er sich sofort auf, ihn zu besuchen. Da man ihn, obwohl sein Name täglich ausgesprochen wurde und viele Menschen in diesem Namen zu handeln behaupteten, an den Grenzen nicht erkannte, gelang es ihm, unbemerkt in den Staat zu kommen, der nach zehn Jahren wenigstens äußerlich die schrecklichen Folgen der militärischen Institutionen überwunden zu haben schien und deshalb nun daran war, sich solche Einrichtungen neuerdings zu schaffen, was mit klingendem Spiel und denselben Phrasen wie bisher geschah.

In dem Palais des Kardinals fand sich Jesus, obwohl eigentlich nicht recht hergehörig, ebenfalls schnell zurecht, und so betrat er zu später Abendstunde das Arbeitszimmer des hohen Würdenträgers.

Der Kardinal sah erst unwillig von seinem Buche auf, in dem er die Dienstbezeichnungen der höheren Offiziere und ihre Gehaltsstufen studierte; er war sehr überrascht davon, daß zu solcher Stunde und ohne die gebührende Anmeldung jemand so formlos bei ihm erschien. Er erkannte jedoch schnell seinen Herrn, erhob sich sofort und begrüßte ihn voll Ehrfurcht.

„Ich habe gehört", sagte Jesus, der gleich auf die Sache zu sprechen kommen wollte, die ihm am Herzen lag, „daß du zum Militärbischof des neuen Heeres ernannt worden bist."

„Ja, ich wurde dieser hohen Ehre . . ."

„Von der Ehre rede ich jetzt nicht", unterbrach ihn Jesus, „ich habe sie noch nie für so wichtig gehalten, wie man das gerade in diesem Lande tut. Aber ich habe mich trotzdem sehr über deine Berufung gefreut, weil ich darin eine Möglichkeit sehe, den Menschen, die der Staat zwingen will, andere zu töten . . ."

„Es handelt sich zum Teil noch um Freiwillige, Herr", erlaubte sich der Kardinal einzuwenden. „Außerdem gestattet es ein Gesetz — das wir allerdings nicht unbedingt begrüßen können, weil es die Staatsautorität zu unterhöhlen imstande sein könnte, wenn es von allen . . . "

„All diese Dinge wollen wir hier unbesprochen lassen", fuhr Jesus lächelnd fort. „Du weißt, daß ich Auslegungen und Spitzfindigkeiten nie die Bedeutung beimaß, wie ihr euch das angewöhnt habt. Ich meine, daß ihr von der Möglichkeit Gebrauch machen müßt — ihr müßt es, hörst du? —, allen, die töten wollen oder glauben, töten zu müssen, zu sagen, daß sie das nicht dürfen und daß sie das fünfte Gebot des Vaters und mein Gebot von der Nächsten- und Feindesliebe höher achten müssen als die Erlaubnis oder den Befehl des Staates, dessen Angehörige seltsamerweise in meinem Namen zu handeln und zu leben vorgeben."

ehrlichen und guten Willens der neue Bundeskanzler dem Volke väterlich zusprechen, wobei es ihm keinerlei Widerstand entgegensetzte, da es ebenso dachte:

Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir, wie die Schweiz, völkerrechtlich neutralisiert würden!

— eine klare und unserer Lage angemessene politische Auffassung. Doch wie mußte sie sich wandeln! Die große Lüge wurde offenbar.

(Fortsetzung im 7. Brief: Die Politik des Fürsten dieser Welt.)

Rudolf Pikola

Jesus und der Militärbischof

Als Jesus hörte, daß der Kardinal zum Militärbischof für die neue Armee bestimmt worden war und diese Ernennung auch angenommen hatte, machte er sich sofort auf, ihn zu besuchen. Da man ihn, obwohl sein Name täglich ausgesprochen wurde und viele Menschen in diesem Namen zu handeln behaupteten, an den Grenzen nicht erkannte, gelang es ihm, unbemerkt in den Staat zu kommen, der nach zehn Jahren wenigstens äußerlich die schrecklichen Folgen der militärischen Institutionen überwunden zu haben schien und deshalb nun daran war, sich solche Einrichtungen neuerdings zu schaffen, was mit klingendem Spiel und denselben Phrasen wie bisher geschah.

In dem Palais des Kardinals fand sich Jesus, obwohl eigentlich nicht recht hergehörig, ebenfalls schnell zurecht, und so betrat er zu später Abendstunde das Arbeitszimmer des hohen Würdenträgers.

Der Kardinal sah erst unwillig von seinem Buche auf, in dem er die Dienstbezeichnungen der höheren Offiziere und ihre Gehaltsstufen studierte; er war sehr überrascht davon, daß zu solcher Stunde und ohne die gebührende Anmeldung jemand so formlos bei ihm erschien. Er erkannte jedoch schnell seinen Herrn, erhob sich sofort und begrüßte ihn voll Ehrfurcht.

„Ich habe gehört", sagte Jesus, der gleich auf die Sache zu sprechen kommen wollte, die ihm am Herzen lag, „daß du zum Militärbischof des neuen Heeres ernannt worden bist."

„Ja, ich wurde dieser hohen Ehre . . ."

„Von der Ehre rede ich jetzt nicht", unterbrach ihn Jesus, „ich habe sie noch nie für so wichtig gehalten, wie man das gerade in diesem Lande tut. Aber ich habe mich trotzdem sehr über deine Berufung gefreut, weil ich darin eine Möglichkeit sehe, den Menschen, die der Staat zwingen will, andere zu töten . . ."

„Es handelt sich zum Teil noch um Freiwillige, Herr", erlaubte sich der Kardinal einzuwenden. „Außerdem gestattet es ein Gesetz — das wir allerdings nicht unbedingt begrüßen können, weil es die Staatsautorität zu unterhöhlen imstande sein könnte, wenn es von allen . . . "

„All diese Dinge wollen wir hier unbesprochen lassen", fuhr Jesus lächelnd fort. „Du weißt, daß ich Auslegungen und Spitzfindigkeiten nie die Bedeutung beimaß, wie ihr euch das angewöhnt habt. Ich meine, daß ihr von der Möglichkeit Gebrauch machen müßt — ihr müßt es, hörst du? —, allen, die töten wollen oder glauben, töten zu müssen, zu sagen, daß sie das nicht dürfen und daß sie das fünfte Gebot des Vaters und mein Gebot von der Nächsten- und Feindesliebe höher achten müssen als die Erlaubnis oder den Befehl des Staates, dessen Angehörige seltsamerweise in meinem Namen zu handeln und zu leben vorgeben."

Jesus hatte sich, ohne die Einladung, auf einem der bequemen Sessel vor dem Schreibtisch Platz zu nehmen, zu beachten, halb sitzend an das Fensterbrett gelehnt, und sah mit Augen, die freudige Zustimmung erwarteten, auf das Gesicht des Kardinals. Dieser aber machte zu seiner größten Überraschung eine auffallend betretene Miene und ging um den schweren Schreibtisch herum, an den er sich zwar nicht setzte, hinter dem zu stehen ihm aber doch eine etwas größere Sicherheit gab. Während er den silbernen Brieföffner aufnahm und ihn mit den Fingern der linken Hand auf eine nicht vorhandene Schärfe zu prüfen schien, sagte er mit gesenkten Augen:

„Es fällt mir ungemein schwer, Herr, dir gegenüber gewissermaßen etwas richtigstellen zu müssen, aber ich muß dich darauf hinweisen, daß des Vaters und dein Gebot eine zwar geringfügige aber nicht zu übersehende Einschränkung erfahren müssen, bzw. sie seit Gründung unserer erhabenen Religion ja schon immer erfahren haben."

Die freudige Erwartung war plötzlich aus Jesu Blick gewichen. Wie der Schatten einer dunklen Wolke lag ein tiefes Erschrecken, ein staunendes Fragen, ja sogar ein verhaltenes Blitzen von heiligem Zorn in ihm. Er sagte aber nichts.

„Diese Einschränkung", fuhr der Kardinal fort, „ist der Kriegsfall und alles, was zur Bereitschaft für ihn nötig ist. Deine Kirche hat, dank der Weisheit des Vaters, die du ihr vermittelt hast, schon immer diesen Tatbestand anerkannt und noch nie eine andere Haltung eingenommen. Es wäre völlig unverständlich und sogar gefährlich, wenn sie es jetzt täte. Du wirst mir, Herr, als deinem getreuen Diener, dabei recht geben müssen."

Etwas scheu blickte der Kardinal zu Jesus auf, wandte die Augen aber gleich wieder von dessen Gesicht ab, da er einen Ausdruck auf demselben wahrnahm, der ihn beunruhigte.

„Ich weiß das alles", sagte Jesus leise, „und ich bin 2000 Jahre lang von all den Gebeten um Sieg, von all den Schlachtenrufen in meinem Namen, von geweihten Waffen und Dankchorälen, von Kreuzzugsliedern und Feldmessen grausamer und bitterer gemartert worden als von meinem Kreuzestod. Nun aber habe ich geglaubt, daß dieses Volk, das so viel fremdes Blut vergossen und so viel Leid erduldet hat, zur Einsicht gekommen wäre und daß es endlich den Mut zu einem ganz neuen Anfang gefunden hätte. Die Staatsmänner scheinen es nicht fertigzubringen. Da sie aber euch, meinen Dienern, die Tore zu den Schulen des Mordes öffnen, habe ich gehofft, ihr würdet mein Wort verkünden und die Menschen, die man euch anvertraut, aufrufen, nicht das Töten zu lernen, sondern das Lieben."

Von einer ungeheuren Enttäuschung gequält, schien Jesus in sich zusammenzusinken. Er stützte sich mit den Händen auf das Fensterbrett, und sein Gesicht war tief zu Boden geneigt. Er war sehr traurig.

Da Jesu Blick ihn nicht mehr traf, schien es dem Kardinal leichter zu fallen, weiterzusprechen.

„Solange dein Reich, das wir alle ersehnen, noch Feinde hat, müssen wir bereit sein, sie zu töten oder töten zu lassen. Wir müssen unseren Dienern die Kraft deines Geistes geben, das in heiligem Eifer zu tun, vor allem auch dadurch, daß wir ihnen die feste Überzeugung schenken, daß sie, falls sie selber getötet würden, unmittelbar in den Himmel eingehen. Außerdem aber darfst du nicht vergessen, Herr, welch einmalige und bedeutsame Möglichkeit der Einflußnahme uns die Zusammenfassung von vielen Tausenden junger Menschen gibt, schon deshalb müßten wir den Schritt unserer Staatsmänner aufs innigste begrüßen. Du darfst überzeugt sein, Herr, daß wir nichts versäumen werden, die Soldaten unserer Armee mit deinem Geiste zu erfüllen, ihnen deine Gebote vor Augen zu führen, sie zur Pflichterfüllung und zum Gehorsam gegen ihre Oberen anzuleiten, ihnen deinen Segen mit auf den Weg zu geben, und im Ernstfalle sie aufzurufen, in deinem Namen die Feinde niederzuschlagen . . ."

Der leere Klang seiner eigenen Worte wurde dem Kirchenfürsten plötzlich unheimlich. Es war ihm, als spreche er in einem schweigenden Raum der Ewigkeit von Dingen eines längst vergangenen Tages. Er warf, ohne das Gesicht ganz zu heben, einen schnellen Blick zu Jesus hinüber — da erschrak er noch mehr: der Platz im Fenster war leer. Nur der schwere lange Vorhang bewegte sich leise im Luftzug.

Dr. Gustav Feick, MdL

Ketzerische Gedanken zur Wiedervereinigung

Die Gebetsmühlen der Wiedervereinigung drehen sich bald schneller, bald langsamer, je nachdem, ob das allgemeine Unbehagen über die Untätigkeit in dieser Frage größer oder zeitweise kleiner ist, je nachdem, ob sich die Deutschen von den Songs über die Wiedervereinigung mehr oder weniger beeindrucken lassen. Im großen und ganzen läßt man sich ja so gern einlullen. Wird man dann doch einmal aufgeschreckt, dann darf irgendwer einen Vorstoß machen, er darf eine Fanfare blasen wie kürzlich in der „Frage Berlin", aber noch ehe der Ton die Trompete richtig verlassen hat, wird sie mit „sachlichen Argumenten" verstopft, und der Trompeter tritt ins Glied zurück. Wer vermag das alles noch ernst zu nehmen? Gegenüber dem falschen Pathos gibt es ja zu eindeutige Tatsachen, wie etwa: wer mit einem Aufwand von Hunderten von Millionen Bonn als Bundeshauptstadt zementiert, will gar nicht Berlin als Hauptstadt, und mag er stündlich Lippenbekenntnisse ablegen; wer Berlin aber nicht will, will auch nicht die Wiedervereinigung. Dabei wird niemand bestreiten, daß es viele und schwere Hindernisse zu nehmen gäbe, wenn man Berlin zur Hauptstadt erklären würde, aber wer will bezweifeln, daß sie mit heißem Herzen und kühlem Verstand zu überwinden wären, wenn man nur wollte. Wer die Lippenbekenntnisse ernst nimmt, übersieht die ganze simple Tatsache, daß selbstverständlich niemand wagen kann, sich offen gegen Berlin auszusprechen. Es bleibt daher dem, der nicht will, nur übrig, immer davon zu sprechen, aber im Ernst nicht daran zu denken!

Es war einmal . . .

Im Jahre 1952 haben die Sowjets die Wiedervereinigung angeboten. Niemand auf der Welt vermag zu sagen, ob es ihnen mit ihrem Angebot ernst war oder nicht. Erinnert man sich aber an die Unruhe, die damals die Funktionäre der SED ergriffen hatte, so deutet das immerhin darauf hin, daß sie, die Moskau sehr viel näher standen als wir, dies russische Angebot ernst genommen haben. Trotzdem muß man zugeben, daß man nicht exakt wissen kann, was die Sowjets vorhatten. Fest steht aber, daß niemand im westlichen Lager auch nur den Versuch gemacht hat, die Sowjets auf die Probe zu stellen. Das ist eine schwere historische Schuld, die der Westen einschließlich der die Bundesrepublik repräsentierenden Regierung auf sich genommen hat. Eine historische Schuld nicht zuletzt deshalb, weil von diesem Augenblick an die tiefe Spaltung der Deutschen in der Bundesrepublik in den Fragen der Außenpolitik datiert. Glücklich würde sich der Westen heute wohl schätzen, käme ein solches Angebot seitens der Sowjets noch einmal auf den Tisch; vielleicht würden wir uns aber 1960 glücklich schätzen, wenn wir das noch einmal haben könnten, was die Sowjets heute anbieten? Wer die Angebote von damals und heute miteinander vergleicht, weiß, daß sich der Osten heute stärker fühlt als damals, trotz der Unruhe, die ihn ergriffen hat. Sollten Zweifel daran bestehen, ob sich die Sowjetunion heute schwächer oder stärker fühlt als 1952, so sollte man sich aus der jüngsten Vergangenheit an folgendes erinnern: Mr. Edens „Spaziergang" an den Suezkanal endete wie eine wegen schlechter Vorbereitung vorzeitig abgebrochene Herrenpartie, als die Sowjets das Wort „Freiwillige" in den Mund nahmen. Er handelte damit immer noch klüger als seinerzeit McArthur, der für eine gleichgeartete rotchinesische Warnung beim Überschreiten des 38. Breitengrades in Korea nur ein verächtliches Lächeln übrig hatte: er traf dann die Freiwilligen am Yalu! Daß 1952 die Probe aufs Exempel nicht gemacht wurde, gehört in die große Serie der verpaßten Chancen, mit denen unser Weg seit 1945 gepflastert ist.

Die Weltgeschichte ist weitergegangen

Heute gehört zu den Voraussetzungen, unter denen der Osten einer Wiedervereinigung zustimmen würde, nicht zuletzt die Forderung, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung der Sowjetzone aufrechtzuerhalten. Man spricht drüben von Errungenschaften, und wenn man das Wort nicht in Anführungsstriche setzt, ist man für viele im Westen bereits als Kommunist abgestempelt. Obwohl die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nach Auffassung aller zu einer Frage auf Leben und Tod für den Frieden und vielleicht

schon für unsere biologische Existenz werden kann, erwägt man auch nicht einen einzigen Augenblick, ob es nicht u. U. einen Weg für ein geeintes Deutschland geben würde, hier einmal in einem Staatsverband geradezu ein Musterbeispiel für eine Koexistenz zweier Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme zu praktizieren. Und wie notwendig hätten wir eine solch ernsthafte Prüfung dieser Frage. Aber wir sind ja so stolz auf unser „Wirtschaftswunder", wir haben es ja nicht nötig, nachzudenken, obwohl doch jeder Tag die Schlagschatten stärker zeigt. Haben wir wirklich Anlaß, von anderen Ordnungen, selbst wenn wir sie für uns ablehnen, nur in Anführungsstrichen zu sprechen? Ich finde: nein.

Die Wiedervereinigung im größeren Zusammenhang gesehen

Seit Jahrzehnten geht das Ringen um eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Auf die „These" des Kapitalismus folgte die „Antithese" des Sozialismus. Beide, wie sie seither verstanden wurden, sind keine Antworten auf die uns auferlegten Fragen. Das glauben allenfalls noch die Funktionäre und Ideologen beider Lager; sie ahnen noch nicht einmal — die Theoretiker des Kommunismus so wenig, wie die Matadoren der Marktwirtschaft — daß die Geschichte längst damit begonnen hat, über sie zur Tagesordnung hinwegzuschreiten. Doch auch wer den Kinderglauben eines „Paradieses auf Erden" aufgegeben hat und deshalb bereit ist, sehr nüchtern vom Menschen und von dieser Welt zu denken, weiß, daß es durchaus realistisch ist, für eine Welt zu arbeiten, in der es weniger Unrecht und weniger Unfreiheit gibt. Unsere Aufgabe wäre es, das „Dazwischen", nämlich das, was zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegt, zu suchen und die Synthese zu finden.

Fragen, Fragen, Fragen . . .

Wie sieht es denn am Ende der „sieben fetten Jahre" bei uns aus? Das deutsche Volk hat ein Jahrzehnt pausenloser, geradezu hektischer Arbeit hinter sich. 95 % der arbeitenden Menschen haben ein mehr oder weniger auskömmliches Einkommen, keiner von ihnen braucht zu hungern oder zu frieren, und das ist sicherlich nicht gering zu schätzen. Aber unterstellen wir selbst einen Augenblick, daß jedem sein „gerechter Lohn" würde, so bleibt doch die Tatsache, daß diese 95 % im wesentlichen von der Hand in den Mund leben, während die restlichen 5 % nicht nur ein mehr als auskömmliches Einkommen haben, sondern auch Hunderte von Millionen an Vermögen und an Eigentum gebildet haben — und dieses Eigentum nicht nur gebrauchen, sondern auch zum großen Teil mißbrauchen. Oder ist es etwa kein Mißbrauch, keine Korrumpierung der Demokratie, wenn Spenden für politische Parteien steuerfrei gestellt werden? Setzen sich diese Vermögen nicht tagtäglich in politische Macht um? Ist das etwa keine Verfälschung der Demokratie? Hat jemand den Mut zu behaupten, daß die im Westen praktizierte Verteilung des neugeschaffenen Eigentums — sprechen wir, um die Frage nicht zu komplizieren, gar nicht von der Historie — auch nur den Mindestanforderungen an soziale Gerechtigkeit entspricht, von der wir so viel reden und für die wir so wenig tun?

Oder: Was ist das für ein Staat, der in einer Generation zweimal die Währung zerstört und dabei die „tumben Toren" die Zeche bezahlen läßt, die an die von diesem Staat statuierte Mündelsicherheit geglaubt haben? Kann sich ein Staatsbewußtsein entwickeln unter den Bedingungen der fortgesetzten Expropriation der Anständigen? Und wenn dann die Rentner, die wir nach einem Leben voller Arbeit hungern lassen, die „dynamische Rente" fordern, dann werden sie noch angeklagt, die Währung zu gefährden. Wo waren je die Währungen auf lange Sicht gesehen stabil? Wurde die Unstabilität in der Vergangenheit etwa auch durch die dynamische Rente herbeigeführt? Ist nicht in diesen Monaten seit dem Beginn der Aufrüstung mehr und mehr von der „gelenkten" oder „schleichenden" Inflation die Rede, also von der Verringerung der Kaufkraft der „harten D-Mark"?

Oder: wie steht es mit dem Problem der — man verzeihe die scheußliche Chiffre — „Halbstarken"? Ist denn sein Kern nicht die Tatsache, daß wir jeden Werktag die Ideale verraten, die wir am Sonntag predigen? Liegt das Problem nicht darin, daß uns Erwachsenen unser Führungsanspruch von der Jugend einfach nicht mehr abgenommen wird? Was soll sie denn von uns halten, wenn wir zusehen, daß im Namen des Dogmas der „sozialen Marktwirtschaft" auch Luxusvillen, Verwaltungspaläste u. ä. aus dem Boden schießen, während für Jugend- und Gesundheitspflege, Schulen und Universitäten, gute Filme usw. auch nicht im entferntesten getan wird, was notwen-

dig wäre? Wir sind einfach nicht mehr fähig, dieser Jugend Aufgaben zu zeigen, die das Leben lebenswert machen. Während wir der Gegenseite ihren Materialismus vorwerfen, haben wir den Lebensstandard zum Gott gemacht, dem alles geopfert wird. Da wir uns nicht selber mehr begeistern können, können wir auch die Jugend nicht mehr begeistern. Und wieviel guter Wille steckt in dieser Jugend.

Ist es notwendig, die Reihe der kritischen Fragen fortzusetzen?

. . . und keine Antwort

Auf alle diese Fragen wird keine Antwort gegeben, die uns befriedigen könnte und dürfte. Die Phantasielosigkeit unserer westdeutschen Politik ist in jeder Weise bedrückend, sie denkt in antiquierten Klischees: hier Freiheit und Marktwirtschaft — dort Unfreiheit und Zwangswirtschaft, hie Schafe, dort Böcke — heilige Einfalt! Das einzig Interessante aber ist das „Dazwischen", denn dort muß irgendwo die Lösung liegen.

Welche Chance aber böte die Frage der Wiedervereinigung, wenn man sie unter diesen Aspekten sehen wollte. Ist es so völlig undenkbar, daß sich von hüben und drüben — es herrscht doch dort endlich einmal Tauwetter, und vieles ist drüben problematisch geworden, was gestern noch sakrosankt schien — Menschen finden würden, die bereit wären, unvoreingenommen miteinander zu sprechen, um den Weg „dazwischen" zu suchen? Läge hier nicht eine wirkliche Chance? Ist sie schon zerredet und verspielt, bevor sie gesehen wird?

Kaspar-Thomas Lenk

Die Jünglinge mit Schwert und Fackel

Nicht erst seit die Aufrüstung Westdeutschlands zur Tatsache geworden ist, sondern (und das geschah schon lange vor der Verabschiedung des Wehrgesetzes) seit systematisch versucht wird, den Gedanken an ein neues deutsches Militär mit all seinen bekannten Begleiterscheinungen wieder hoffähig zu machen und eine neue deutsche Wehrmacht zu einem normalen, selbstverständlichen Bestandteil unserer Lebensstruktur zu machen, seitdem entstehen allerorts auf Friedhöfen oder Plätzen unserer Städte und Gemeinden in ihrer Ausführung und Wirkung meist sehr fragwürdige Produkte: die sogenannten „Ehrenmale".

Und mit eben der menschlichen und geistigen Aussage dieser „Ehrenmale" möchte ich mich im nachfolgenden näher beschäftigen. Denn diese „Ehrenmale" sind symptomatisch für jene ganz spezifische „geistige" Haltung, die uns schon zwei Weltkriege beschert hat und die nicht bereit ist, die Worte Krieg und Gewaltanwendung aus ihrem nationalen Sprach- und Phantasiegebrauch zu streichen. Gerade vor den Gedenkplätzen mancher unserer Friedhöfe können wir die Gefährlichkeit und Bedrohlichkeit einer fehlgeleiteten Situation registrieren, können wir registrieren, wieviel Terrain der Menschlichkeit verlorengegangen ist und wie jene aus Ressentiment, Minderwertigkeitskomplexen, Sentimentalität und demagogischem Raffinement zusammengetragene pseudomenschliche Haltung in den Bereichen unseres Lebens sich nach dem Kriege erneut einnistet.

Zunächst sei klar betont: Die Menschen sollten ihre Toten nicht vergessen. Vor allem nicht die Toten des Krieges und der Gewalt. Und eine menschliche Gemeinschaft (und nicht nur die Familienangehörigen) sollte diesen Toten, diesen Millionen Umgebrachter, Stätten errichten: Stätten der Anklage, Stätten der Mahnung, der intensiven eindringlichen Menschlichkeit . . . Wir besitzen in Deutschland nur ganz wenige solcher Stätten. Dazu gehört das Hamburger Mahnmal von Prof. Gerhard Marcks. Es ist zwar problematisch in seiner eklektizistischen Formensprache, jedoch von einer eindeutigen humanen Haltung. Niemand auch wird sich ohne tiefe Erschütterung dem Eindruck des Totenmals entziehen können, das die Stadt Köln neben dem Gürzenich aus einer gewölbelosen offe-

nen Kirchenruine errichtete. Nur zwei Steinplastiken sieht man in dem leeren Innenraum: ein kniendes Elternpaar. Käthe Kollwitz hat sie geschaffen in Trauer um ihren im ersten Weltkrieg gefallenen Sohn. Die Stadt Köln hat die Werke nach dem 2. Weltkrieg erwerben können. Die großartigen Arbeiten von Ernst Barlach in Güstrow und Hamburg seien hier nur kurz erwähnt, da ich mich mit der Zeit nach 1945 beschäftigen möchte. Doch ein anderes Mahnmal kann nicht unerwähnt bleiben: Es ist, zum Gedenken an die Opfer des KZ Buchenwald bei Weimar errichtet, geschaffen von Prof. Fritz Cremer. Hier ist kein falscher Heroismus zu spüren; nur Scham und „Nie wieder!" prägt sich uns ein. Es ist nicht überspitzt, zu behaupten, daß es symptomatisch für die innere Struktur und Verfassung eines Volkes ist, welche Stätten es dem Gedenken an seine Toten errichtet. Die Bilanz, die wir in Deutschland ziehen müssen, ist erschütternd, wenngleich sie vor allem auf das Konto des offiziellen Deutschlands geht, dem allerdings eine uninteressierte oder abwendende Öffentlichkeit hierbei gegenüberstand. Schon das offiziöse Wort „Ehrenmal" sollte uns stutzig machen. Was hat die menschliche Stellungnahme zu dem Geschehen eines Krieges — denn das sollte eine Gedenkstätte in erster Linie sein — mit „Ehre" zu tun? Und warum errichten wir nur Gedenkstätten für die Toten unseres Volkes, nicht aber für die Toten, die wir umgebracht haben? Für ein bereits bestehendes Mahnmal in einem ehemaligen KZ im südwestdeutschen Raum hat man es z. B. von offizieller Seite abgelehnt, eine Zufahrtstraße zu bauen.

Seit einigen Jahren wird von Bonn aus den Länderregierungen sowie den Stadt- und Gemeindeverwaltungen nahegelegt, den Toten des 2. Weltkrieges (und wo noch nicht vorhanden, auch denen des 1. Weltkrieges) „Ehrenmale" zu errichten. Diesem Ansinnen ist vielerorts entsprochen worden. Und seither entsteht vielerorts jene üble Pseudohaftigkeit, jener künstlerische, menschliche und geistige Betrug en gros, der uns aus dem „Dritten Reich" her noch wohlbekannt sein sollte. Im Grunde ist alles wieder vorhanden, wenngleich auch verniedlicht, entbrutalisiert, mit einem Stich ins Biedermeierhafte: Die sportlichen, in edler Haltung gen Himmel blickenden Männer und Krieger (im „Dritten Reich" waren es die „Zehnkämpfer" oder „germanische Jungmannen"), die einherschreitenden Jünglinge mit Schwert oder Fackel, die von markigem Schmerz geradezu durchtränkten Soldatengestalten mit gefalteten Händen, sinnigerweise oft dargestellt in canossahaftem Büßergewand und Stahlhelm, die schönen, in „ergreifender" Trauergestik sich neigenden Frauen (in Deutschland trauern anscheinend keine Mütter, sondern nur schöne und ganz junge Frauen). Das ist wohlbekanntes Klischee, künstlerisch undiskutabel und durch zwei Weltkriege angeklagt als Möglichkeit der Kriegsvorbereitung: Glorifizierung und Mystifizierung des Soldatentums; indirekte Verherrlichung des Kriegszustandes; Nivellierung aller mahnenden und anklägerischen Momente; Verschleierung und Verfälschung der wirklichen Tatbestände — dieses Klischee hat Maßarbeit! Es feiert widerwärtige Urständ. Und daß dies in diesem Umfang möglich ist, beweist schon allein, daß es sich hier nicht um ein echtes Anliegen, sondern um eine Absicht, um eine wohlberechnete Teilabsicht eines großen demagogischen Planes handelt.

„Ehrenmale" (und dann noch auf Friedhöfen) sind ein besonders günstiges Mittel für eine demagogische Beeinflussung des deutschen Volkes. Hier ist der Deutsche verwundbar, weil er vor allem sentimental orientiert ist. Er wird schwach vor scheinbarer menschlicher Größe und Tragik und untergräbt sein Kritikvermögen. Der vielschichtig aufgebaute Betrug, die nuancierte psychologische Handhabung, die eine letztlich unhumane Haltung den Menschen sozusagen unters Herz schiebt, ist nicht zu durchschauen, wenn man die Dinge gefühlsmäßig und nicht kritisch betrachtet. Markige Soldaten, auch wenn sie beten, schreitende Jünglinge mit Schwert und Fackel, unerträglich in ihrer indolenten, unkünstlerischen Formgebung, versehen mit nichtssagenden, aber desto geschmackloseren Inschriften, das sind nicht die Mittel, heute Gedenkstätten für die Toten eines Krieges, das heißt Gedenkstätten g e g e n den Krieg zu errichten. Und allein darum geht es: Gedenkstätten für die Toten eines Krieges können heute nur noch Stätten des Schmerzes und der Anklage sein, S t ä t t e n d e r k ü n s t l e r i s c h e n A g i t a t i o n g e g e n d e n K r i e g. Und was auf diesem Gebiet in Deutschland in den letzten Jahren geschehen ist, ist in Wahrheit zumeist chiffrierte, bestenfalls unbewußte Beihilfe zu gefährlichen Tendenzen, einfach deshalb, weil diese „Ehrenmale" nicht mehr w a h r sind: Weil sie in ihrer Thematik, ihrer Motivwahl, ihrer künstlerischen Formgebung und der sich somit dokumentierenden geistigen und menschlichen Haltung nicht den geringsten

Bezug zur Realität haben, es sei denn, zu der der Restauration. Sie sind anachronistisch und gefährlich, weil sie das Verlogene und Quasihafte einer Einstellung repräsentieren, die schon zu zwei Katastrophen innerhalb eines halben Jahrhunderts geführt hat.

Die Situation, in der wir leben, ist doch wohl die: Zwölf Jahre sind vergangen seit dem Millionenmassengrab des 2. Weltkriegs, und vor uns liegt die Möglichkeit eines atomaren Infernos; etwas, das nichts mehr mit Krieg zu tun hat, sondern nur noch mit organisierter beiderseitiger Vernichtung interkontinentalen Ausmaßes. Diese exemplarische, bis an den Rand des Begreifbaren getriebene Situation erfordert eine künstlerische Entsprechung, die naturgemäß die geistigen Dimensionen sozusagen öffentlich „verordneter" Kunstdenkmäler bei weitem übersteigen muß. Erreicht werden kann eine solche Entsprechung nur, wenn ein echtes Bedürfnis und Anliegen von seiten des Auftraggebers zusammentrifft mit dem Formwillen einer starken künstlerischen Potenz. Und wir kennen Werke, die aus einem solchen Zusammentreffen heraus geboren sind: Da ist das Denkmal „Die zerstörte Stadt" von Ossip Zadkine in Rotterdam, symbolisiert durch einen sich in vergeblicher Abwehr gegen den Luftangriff aufreckenden durchlöcherten menschlichen Körper. Diese Plastik, aufgestellt am Eingang des Hafens auf einer steinernen Terrasse und zwischen den weitherum emporgewachsenen hellen und hohen Neubauten, ist geradezu zum Wahrzeichen der jüngsten Geschichte dieser Stadt geworden. Es sei weiter an das Mahnmal des Unbekannten politischen Gefangenen von Reginald Butler in England erinnert, das als eine der Einsendungen zu einem internationalen Wettbewerb mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde.

Das große Gemälde von Pablo Picasso (7,82×3,51 m) „La Guernica" ist wohl künstlerisch eine der erregendsten Aussagen unserer Zeit zu den Schrecknissen des Krieges. Eine kalte elektrische Sonne beleuchtet eine Landschaft, in der, Mensch und Kreatur hingeschlachtet, Todesschrei zittert, das lebendige Licht der Wahrheit das Entsetzliche aufdeckt und ein schnaubender Stier, Symbol des Kampfes, triumphiert. Picasso verzichtet auf alle Farbe und verwendet einzig die Schwarz-Weiß-Abtönungen. Das Bildwerk entstand unter dem Eindruck des „Vergeltungsangriffes" der Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg auf die offene und ungeschützte kleine Stadt La Guernica am 28. April 1937, bei dem durch Sturzbomber die Stadt in eine Ruine verwandelt und Frauen und Kinder hingemordet wurden. Das Bildwerk — von Picasso im Auftrag der damaligen Regierung der Volksrepublik Spanien geschaffen — war zuerst im spanischen Pavillon auf der Pariser Weltausstellung 1937 zu sehen.

Wo sind bei uns heute die Arbeiten, die durch die Eindeutigkeit ihrer Haltung, durch die Sauberkeit ihrer Mittel, durch ihren künstlerischen Rang überzeugen? Sie sind bestenfalls in Ansätzen vorhanden. Dafür haben wir Bauten wie etwa das Monstre-Ehrenmal für die deutschen Opfer des Afrika-Feldzuges bei El-Alamein. Wir haben eine beschämende Vielzahl jener Machwerke, die alle die gleichen Merkmale einer gefährlichen Haltung aufweisen. Sie seien in den Hauptpunkten noch einmal zusammengefaßt: Statt Menschlichkeit: leeres Pathos und sentimentale Gestik; statt Anklage und Mahnung: Glorifizierung und indirekte Verherrlichung durch eine falsch gelagerte Motivwahl; statt einer der Realität entsprechenden, exemplarischen künstlerischen Konzeption: Klischee aus der Retorte übelster „deutscher Tradition". Diese falschen Denkmale sind ein fruchtbares Mittel, den berüchtigten falschen Blickwinkel zu provozieren, der in verhängnisvoller Weise die Sicht für die wahren Gegebenheiten verfälscht. Und das Schlimme ist, daß es sich hier nicht — wie schon erwähnt — um eine unglückliche Einzelentwicklung handelt, sondern um einen Abschnitt der großen restaurativen Tendenz, die alle Lebensbereiche der Bundesrepublik erfaßt hat.

Manfred Pahl-Rugenstein

Atom und Politik

Integration der Atomtechnik

Die kleinsten Bausteine unserer Welt sind zum größten Problem unseres Lebens geworden. Die Verwendung der den Atomen innewohnenden sonnenstarken Impulse wird noch nicht von überlegener Vernunft beherrscht. Zwei Dinge stehen einander gegenüber: einerseits die Fülle der sich anbietenden naturhaften Energie, andererseits eine Menschheit, umfangen von gefährlicher Lethargie und verharrend in antiquierten Denkformen.

Seit 1945 hat die Kernenergie die Völker in ein nie zuvor gekanntes Wettrüsten getrieben. Die atomaren und nuklearen Waffen sind heute nicht mehr die Diener der Politik, sondern diese wird vielmehr händeringend bemüht, die tödlichen Gewalten der aufgespeicherten 50 000 Kernbomben zurückzuhalten. Im Zeichen der „Verteidigungsbereitschaft" sind atomare Versuche unter Bedingungen durchgeführt worden, die wissenschaftlich in keiner Weise vertretbar sind, die uns und künftige Generationen bereits geschädigt haben und weiterhin gefährden. Die Lufthülle, unser Lebenselement, ist auf Jahrzehnte hin verseucht; der Atomkrieg hat schon begonnen!

Die Diplomatie der zweiten Jahrhunderthälfte versucht vergeblich, sich zwischen den schrecklichen Atomwaffengebirgen hindurchzuwinden wie zwischen Scylla und Charybdis. Und soll diese ungeheuerliche Odyssee gelingen, dann müssen wohl — wie damals — einige Gefährten auf der Strecke bleiben, zum Wohle ihrer Völker zum nicht mehr Mitspielen verurteilt. Die vernünftige Einbeziehung der Atomkräfte in das Leben der Menschen erscheint jedenfalls nicht möglich in einer Welt, die die Formen ihres gesellschaftlichen Zusammenlebens unentwickelt der Vergangenheit entlehnen möchte, die sich anklammert an die Organisation der Völker in nur sich selbst Recht setzende und nur auf ihre eigene Verantwortlichkeit pochende „souveräne Staaten". Die positive Bilanz aus den Ereignissen zweier Weltkriege, die Entwicklung notwendiger einheitlicher Normen der Gesellschaft für die friedliche Austragung ihrer Probleme und ein vernünftiges Beieinanderleben vermochten wir noch nicht zu ziehen. Was Regierungen und Staatsmänner gut- oder böswillig versäumten oder nicht zustandebrachten, ist nun zu einer tödlichen Gefahr für alle Völker der Erde geworden. Die moderne Technik, und in ihr die Atomtechnik, hat — ob wir es wollen oder nicht — unsere Welt zu einer E i n h e i t gemacht. Es gibt darin eine Fülle ungelöster Probleme technischer und gesellschaftlicher Art; der Politik aber fällt die Aufgabe zu, aus den für unser Jahrhundert gegebenen Bedingungen heraus unser L e b e n und unser Zusammenleben zu leiten. Dazu aber gehört ein neues ethisches Bewußtsein, eine realistische Idealität. „Man kann keine Philosophie mehr betreiben, ohne die Naturwissenschaft zu verstehen; denn sie bestimmt uns bis in moralische und ethische Entscheidungen hinein", sagte kürzlich Prof. von Weizsäcker in seiner Antrittsvorlesung in der Universität in Hamburg. „Die Technik wird uns zwingen, unser politisches Denken zu ändern. Genau so, wie einst das Fehderecht von der Polizei abgelöst wurde, wird unser Gebaren von einem neuen politischen Verhalten abgelöst werden müssen, damit dieses Zeitalter überhaupt ein gutes Ende nehmen kann. Die Atombomben, von denen ich eigentlich nicht sprechen will, wurden ehrlich aus dem Wunsch nach Sicherheit konstruiert und haben uns die größte Unsicherheit gebracht."

Es wäre weltfremd, zu glauben, wir könnten das Problem umgehen, indem wir die Atomenergie sozusagen aus unserer Zukunft ausklammern. Die Flüsse fließen niemals zu ihren Quellen zurück. Unsere Aufgabe heißt: Integration der Atomtechnik und Zerstörung ihrer zerstörenden Anwendung. „Wer mit dem Auto oder dem Motorrad so rast, daß es zu Unfällen führt, benimmt sich untechnisch, weil er einen Apparat anders benutzt, als er gemeint ist" (v. Weizsäcker).

Terra incognita

Am 6. und am 28. Januar 1939 erschienen in der Zeitschrift „Naturwissenschaften" zwei Mitteilungen der Professoren Hahn und Strassmann, in denen sie ihre Beobachtung darlegten, daß Uranatomkerne durch Beschuß mit Neutronen gespalten wurden. Diese Ver-

öffentlichungen waren eine Sensation für die Wissenschaftler der ganzen Welt; sie wurden zum Beginn eines neuen Zeitalters. Dieses allerdings war sogleich düster überschattet von der Rassenhetze des „Dritten Reiches", dem Ausbruch des zweiten Weltkrieges und den wirren Nachkriegsverhältnissen. Die geschichtlichen Ereignisse trieben die Atomtechnik in das militärische Anwendungsgebiet, und hier war auch der Motor für die Fortentwicklung von den atomaren zu den thermonuklearen Prozessen. Während man die Fission (Spaltung) sowohl bei der Atombombe als auch im Reaktor technisch ermöglicht hat, ist die Fusion (Kernverschmelzung) erst in der H-Bombe zur Anwendung gelangt. Es ist noch nicht gelungen, die Fusion so zu steuern, daß ein dauernder gleichmäßiger und regulierbarer Energiefluß entsteht. Mit diesem Problem der Fusionsenergie wird sich die zweite große Atomkonferenz im Herbst 1958 in Genf vor allem befassen. Man erinnert sich noch sehr gut der Überraschung in der westlichen Welt, als die Sowjet-Wissenschaftler auf der ersten Genfer Atomkonferenz (an deren Einberufung die UdSSR entscheidenden Anteil hatte) ihre „Geheimnisse" auspackten und die amerikanische Regierung nicht umhin konnte, das ihren Forschern auferlegte Schweigeverbot zu lockern. Die sich ausbreitende wissenschaftliche Kollegialität zeigte die Künstlichkeit der „Gegensätze". Diese erste Konferenz hat den Boden für eine fruchtbare Zusammenarbeit vorbereitet. Man nimmt an, daß man noch fünfzehn Jahre etwa benötigt, um die technischen Probleme der Fusionsenergie zu lösen. Die Reaktion selbst ist die gleiche, aus der auch die Sonne ihre Energie erhält: Aus Wasserstoff und seinen Isotopen (Deuterium und Tritium), aus den leichten Elementen Lithium, Beryllium und Bor entstehen bei Temperaturen von mehreren Millionen Grad als Vorbedingung für die Erreichung der notwendigen kinetischen Energie neue schwerere Atomkerne durch die Verschmelzung der leichten miteinander. Dabei wird durch die Freisetzung einer enormen Zahl von Neutronen, das sind elektrisch indifferente Kernteilchen, Energie freigesetzt. Eines unterscheidet diesen Prozeß sehr wesentlich von der Fission: es entstehen keine der so gefährlichen strahlenden Spaltsubstanzen. (Bei der H-Bombe entstehen die radioaktiven Explosionsprodukte einmal dadurch, daß eine eingebaute „gewöhnliche" Atombombe als Zünder zur Erzeugung der hohen Temperatur vorhanden ist, vor allem aber indem die bei der Fusion freiwerdenden Neutronen den aus Kobalt oder Uran bestehenden „Mantel" der Bombe aufspalten.) Es entsteht also auch kein „Atommüll". Deshalb aber ist die Fusionsenergie für unsere Zukunft von solcher Wichtigkeit, weil dabei eine ganze Reihe von Gefahrenquellen und von kostspieligen und umfangreichen Sicherheitsanlagen (für die wir dennoch keine zufriedenstellende Lösung haben) fortfallen, die der Betrieb der Fissionsreaktoren mit sich bringt. Für den Menschen birgt der Umgang mit den Atomen Bedrohungen seiner Lebenssubstanz, die wir nicht deshalb unterschätzen dürfen, weil radioaktive Einwirkungen unsichtbar vor sich gehen und wir das Eindringen der Strahlung nicht schmerzhaft spüren. Die Strahlensituation, in die wir vor allem durch die militärischen Atomversuche gestellt sind, wirkt sich bereits — das ist eine sehr bittere Tatsache — zerstörend auf unsere biologische Zukunft aus. In bezug auf genetische Schädigung gibt es keine ungefährliche Strahlungsmenge, keine sogenannte Toleranzdosis. Hierin stimmen heute alle bedeutenden Forscher überein. Das ist auch die eigentliche Ursache dazu, neben dem notwendigen Aufstand gegen die Atomkriegsgefahr, daß die Wissenschaftler in aller Welt, vor allem die Physiker, Ärzte und Biochemiker, sich veranlaßt sahen, an die Menschheit zu appellieren und die Verantwortlichen zu warnen. Eindringlich ertönte die Stimme Einsteins, andere folgten. Es kam zur Erklärung der 51 Nobelpreisträger in Mainau, zur Rundfunkansprache von Prof. Hahn, zu Warnungen in Japan, Indien, USA und England, schließlich zum Göttinger Manifest und dem Ruf von Albert Schweitzer an die Welt. Inzwischen erschienen große zusammenfassende Berichte wissenschaftlicher Kommissionen in Japan, Indien (auf Betreiben von Nehru), den USA und England. In der Bundesrepublik ist es vor allem Prof. Bechert vom theoretisch-physikalischen Institut der Universität Mainz, der durch sein Einwirken auf die Wissenschaftler, durch seine Schriften und unermüdlichen Vortragsreisen auf die Gefahren der radioaktiven Strahlungen und Substanzen hinwies. In der DDR haben unter Führung von Manfred von Ardenne Wissenschaftler sich dem Appell der 18 Göttinger angeschlossen und ebenfalls erklärt, sich nicht an der Entwicklung von Atomwaffen zu beteiligen und nicht an für Kriegszwecke bestimmten Arbeiten teilzunehmen. In ähnlicher Weise

haben russische Atomforscher Stellung genommen. Am 3. Juni nun haben 2000 Wissenschaftler aus den USA, ihrem Gewissen folgend, in einem „Aufruf an die Regierungen und Völker der Welt" ein sofortiges Abkommen über die Einstellung der A- und H-Bombenversuche gefordert*). Zu den Unterzeichnern gehört der Nobelpreisträger Prof. Dr. H. J. Muller, der 1946 seine Untersuchungen darüber veröffentlichte, daß radioaktive Strahlung die Erbanlagen von Pflanzen und Tieren verändert, Mutationen verursacht. Der Initiator des Aufrufes, Prof. Pauling, ebenfalls Nobelpreisträger, wurde nun verdächtigt, „kommunistisch inspiriert zu sein" und vor den Untersuchungsausschuß des Senats geladen. Es wiederholte sich also ein ähnlicher Vorgang wie bei uns, als man die 18 Göttinger zu diffamieren suchte und dann behauptete, sie hätten „den Russen in die Hände gearbeitet". Wenn Regierungen heute die Stimmen der Vernunft überhören wollen oder als unlauter und unopportun zurückweisen, so ist das eine tief beschämende Tatsache, die ausschließlich gegen sie selbst spricht.

Die Verseuchung unseres Lebensraumes

Bei der Explosion einer „Standard"-Atombombe (wie sie am 6. 8. 1945 auf Hiroshima fiel) mit einer Sprengkraft von 20 000 t TNT (Trinitrotoluol) entsteht eine Energie von mehr als 20 Millionen Kilowattstunden. Innerhalb einer Millionstel Sekunde entstehen Drucke von mehreren Millionen Atmosphären und Temperaturen von etwa einer Million Grad. Die Spaltungsprodukte bestehen zu 83 % aus Wärmestrahlung, zu 6 % aus direkter radioaktiver Strahlung und zu 11 % aus radioaktiven Zerfallsubstanzen mit verschieden langer Halbwertzeit. (Halbwertzeit bezeichnet die Zeitspanne, in der ein radioaktives Element unter Aussendung von Strahlen zur Hälfte zerfallen ist, die verbleibende Menge zerfällt dann in der gleichen Zeitspanne wiederum zur Hälfte usw.) Diese gefährlichen Substanzen werden zu einem großen Teil in die Atmosphäre emporgerissen und treiben hier nun, zum Teil als radioaktive Schwaden, mit den Windströmungen dahin. Als Staub, mit Regen und Schnee gelangen sie wieder herunter und verseuchen Wasser, Pflanzen, Tiere, den Menschen. Schweitzer erwähnt, daß es nach Schätzungen mehr als 30 Jahre dauern kann, bis diese Substanzen sich aus der Luft wieder abgesetzt haben. Man hat für einzelne solcher Staubwolken bereits 5 Erdumkreisungen nachgewiesen.

Die Wasserstoffbombe, die 1954 auf dem Bikini-Atoll explodierte, hatte mit etwa 20 Millionen t TNT die 1000fache Vernichtungskraft wie die Hiroshima-Bombe. Im Laufe des ganzen zweiten Weltkrieges — in sechs Jahren — wurde auf Deutschland eine Bombenmenge abgeworfen, die insgesamt einer Million TNT, also einem Zwanzigstel der H-Bomben-Sprengwirkung, entspricht. Der amerikanische Atomforscher Willard F. Libby hat errechnet, daß die Menge radioaktiver Elemente, die allein durch Nuklearexplosionen (also von H-Bomben) und nur bis zum Jahre 1956 in den Luftraum gelangte, die Größenordnung von 30 Megatonnen — das sind 30 Millionen Tonnen — erreicht. Selbst wenn die Versuchsexplosionen sofort eingestellt würden und dazu die Tätigkeit sämtlicher Atomkraftwerke und anderer atomarer Anlagen, würde sich diese Menge erst in 10 bis 15 Jahren völlig niedergeschlagen haben. Inzwischen aber sind eine ganze Reihe weiterer Explosionen erfolgt. Durch Messungen hat sich — nach Mitteilung durch Prof. Bechert — ergeben, daß heute eine Zone hoher Strahlungsaktivität rund um den Erdball läuft, in die Japan, das Bikini-Gebiet, Mittelamerika, die südlichen Gebiete der USA und Mitteleuropa mit Deutschland und Schweden einbezogen sind. So wurde z. B. nach einer Explosion im Juni 1956 auf dem Rhein-Main-Flughafen ein gleiches Ansteigen der Radioaktivität gemessen wie in Japan.

Zu diesen Gefahren aus den militärischen Atomversuchen kommen weitere hinzu, die sich aus dem Betrieb von Atomanlagen und Reaktoren ergeben, aus dem Umgang mit radioaktiven Isotopen, „Atommüll", Röntgenstrahlen, aus der Arbeit in Uranbergwerken und Aufbereitungsbetrieben (der sogenannten „heißen Chemie"), aus der Verwendung radioaktiver Strahlung zu Meß- und Kontrollzwecken in der Technik, aus der Lagerung von Atombomben.

Der im Auftrag der National Academy of Science in Washington im Juni 1956 abgeschlossene Atombericht stellt unter anderem lapidar fest: „Die Aufarbeitungsanlagen und

*) Siehe auch „Zeitdokumente" in diesem Heft.

die Aufbewahrungsorte für Abfälle stellen auf lange Sicht hin eine größere Gefährdung als ein einzelner Reaktor dar." Der Bericht fordert eine fortlaufende genaue Untersuchung der Planung und des Betriebs von Kern-Reaktoren, Aufbewahrungsorten und Atomanlagen. Man macht sich im allgemeinen nicht die richtige Vorstellung davon, welche Menge von radioaktiven Substanzen in der Atomindustrie abfällt. Der in Form von Uranstäben im Reaktor verwendete Kernbrennstoff läßt sich hier nur etwa zu 20 % in Energie verwandeln. Der verbleibende „Müll", der unter anderem ein Ausgangsprodukt für die Atombombenherstellung ist, entspricht jährlich pro Kilowatt Leistung einer Radioaktivität von zwei Kilogramm reinen Radiums, für einen 10 000-Kilowatt-Reaktor also bereits der ungeheuren Menge von 20 t Radium. Das englische Atomkraftprogramm, das bis 1975 10 Millionen Kilowatt elektrischer Leistung jährlich vorsieht, würde also eine Abfallmenge ergeben, die der Aktivität von 20 000 Tonnen Radium (jährlich) entspricht. Im Vergleich hierzu haben wir aus Naturstoffen bisher von 1900 bis heute etwa 1000 Gramm reines Radium isolieren können. Der Reaktorbetrieb liefert außerdem strahlende gasförmige Isotope, deren Entweichung verhindert werden muß, und die verwendeten Kühlsubstanzen werden radioaktiv. Bei der Aufbereitung des Atommülls entstehen große Mengen stark radioaktiver Abfall-Lösungen — bis 2000 Liter pro Tonne Uran, die man bisher in riesigen unterirdischen Beton-Stahl-Behältern aufbewahrt, wo sie jahrelang von selbst am Kochen bleiben, deren Dämpfe ständig wieder kondensiert und in die Tanks zurückgeführt werden müssen. Nach Schätzung der National Academy of Sciences werden in den USA bis 1980 etwa 750 Millionen Liter, das sind 750 000 Kubikmeter, dieser Lösungen vorhanden sein. Im Jahre 2000 sollen es bereits 9 Millionen cbm sein. Die Aufbewahrung solcher Mengen gefährlicher Stoffe — denn „beseitigen", einfach wegschütten kann man sie nicht, und auf den Ablauf aller radioaktiven Zerfallsprozesse, ihre Zeitdauer und ihre Intensität haben wir nicht den geringsten Einfluß — ist ein nicht zufriedenstellend gelöstes Problem. Deshalb also die intensiven Bemühungen um Fusionsenergie.

Um so mehr muß es erstaunen, wenn in der Bundesrepublik Deutschland „ein Rückstand von 10 bis 15 Jahren gegenüber dem Ausland bei der Verwertung der Kernenergie" dazu herhalten muß, daß v o r Erlaß eines Atomgesetzes und v o r Erlaß des geforderten Strahlenschutzgesetzes (der Verordnungsweg genügt hier auf keinen Fall) Reaktoren geplant, ihr Ort bestimmt und ihr Bau oder gar ihre Inbetriebnahme erfolgt. Gerade auch kleine Forschungs-Reaktoren, wie etwa „schnelle Brutreaktoren", Betatrone und Zyklotrone bergen Gefahren. Für eine einzige Anlage — im Battelle-Institut in Frankfurt — liegt überhaupt ein sogenannter Sicherheitsbericht vor, wie das Atomgesetz ihn fordern wird. Ist es da verwunderlich, wenn die Bevölkerung in den Reaktorgebieten mit Recht eine abwehrende Haltung einnimmt und es als nicht vertretbar ansieht, daß die Ingenieure und Physiker der Reaktorgesellschaft, die ja „vorankommen" wollen, anstelle einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission entscheiden? Wieder der amerikanische Bericht: „Noch ist keine völlig ausreichende Grundlage für eine Abschätzung der Gefahren in dem weitausgedehnten Gebiete der industriellen Kernkraftproduktion vorhanden. Die Probleme nehmen nicht nur mit der voraussichtlichen Zunahme radioaktiver Abfallprodukte an Bedeutung zu, sondern es werden auch unter den hochgespannten Anforderungen in dichtbesiedelten Gebieten Umgebungsbedingungen bedeutsam, die zur Zeit in den abgelegenen Gegenden nicht auftreten." Bei uns in Deutschland aber haben wir überall „dichtbesiedelte Gebiete".

Die Arten radioaktiver Einwirkung

Den Menschen drohen heute Strahlungsschäden sowohl von außen her als auch innerhalb des Körpers durch incorpurierte radioaktive Substanzen.

Die äußere Strahlung, die aus der Umgebung in Form von durchdringender „harter" Gamma- oder Röntgenstrahlung in unseren Körper eindringt, verursacht Schädigungen unserer Erbmasse. Schon die kleinste Menge, die unsere Keimdrüsen trifft, kann zu einer Umlagerung und Zellveränderung in den Erbkörpern, den Chromosomen und Genen führen, zu einer „sprunghaften Mutation", die irreversibel ist, also nicht wieder rückgängig zu machen ist. Kommt, selbst nach geraumer Zeit, eine neue radioaktive Einwirkung hinzu, so können neue Veränderungen die Folge sein. Dieser Vorgang wäre vielleicht bildlich mit einer Szene wie dieser zu vergleichen: Am Ende einer belebten Straße steht

ein Mann mit einem Gewehr und löst ab und zu einen Schuß aus. Das Geschoß kann durch die Straße gelangen, ohne jemand zu treffen; es kann aber auch jemand verwunden oder gar töten. So kann durch ein Gamma-Quant ein Erbkörper verändert oder zerstört werden. Jede solche Mutation ist aber eine ungünstige, denn — so argumentieren die Biochemiker — in Jahrtausenden der Entwicklung ist ein natürlicher Ausleseprozeß von Natur aus erfolgt, und jede willkürliche Änderung muß sich also dagegenstellen. Sie führt zu vererbbarer Minderung der Lebenstüchtigkeit und der Lebenserwartung, kann Anlaß zu Mißbildungen, zu anderen physischen und psychischen Schädigungen sein. Der amerikanische Nobelpreisträger Prof. Muller schätzte 1956, von den offiziellen Zahlen der amerikanischen Atom-Energie-Kommission ausgehend, daß bereits 80 000 Kinder in USA einen Erbschaden erlitten haben oder erleiden müssen. Nach Ansicht der Erbforscher darf die Strahlenmenge, die die Menschheit ohne Schaden hinnehmen kann, nicht mehr als das Doppelte der natürlich vorkommenden Mutationen bewirken. Diese natürlichen Mutationen werden, so nimmt man an, durch die natürliche Radioaktivität der Luft, die Grundstrahlung, ausgelöst. Sie trifft uns mit 3—4 Röntgeneinheiten in 30 Lebensjahren. Die Meinung der Genetiker geht dahin, daß man zusätzlich nicht mehr als 10 % hiervon erhalten sollte, um keinen Schaden zu erleiden. Die aus dem Umgang mit Atomen herrührende zusätzliche Gammastrahlung der Luft ergibt aber Durchschnittswerte bereits über 0,5 Röntgen hinaus. Bei großen Strahlungsdosen treten schlimme Schäden auf, wie wir sie an Müttern und Kindern in Hiroshima und Nagasaki beobachten konnten. Leichte Schäden können auch verdeckt sein und erst in folgenden Generationen auftreten. Durch Summation, die wir bereits für 30 bis 40 Generationen zu erwarten haben, können sie sich äußerst ernsthaft für die gesamte Menschheit auswirken.

Anderer Art sind die Schäden, die uns durch innere Strahlung zugefügt werden. Die Ursache hierzu liegt in jenen feinsten Teilchen radioaktiver Materie, die den Luftraum verseuchen. Zu den gefährlichsten Substanzen dieser Art gehört das Isotop Strontium 90. Es hat eine Halbwertzeit von 28 Jahren. Die Pflanzen nehmen es aus dem Boden auf oder direkt durch Blätter und Stengel. Durch das Viehfutter gelangt es z. B. in die Milch oder in Eier, also in Nahrungsmittel, die vor allem unsere Säuglinge und Kinder erhalten. Der Körper kann es biologisch gesehen nicht von Calcium unterscheiden und verwendet es wie dieses zum Knochenaufbau. Unter Berücksichtigung des natürlichen Stoffwechsels beträgt seine effektive Halbwertzeit im Körper 7,4 Jahre. Es bildet im Körper direkte intensive Strahlenquellen, deren Stärke im Verhältnis zum Radium das Hundersechzigfache beträgt. Es sendet, ebenso wie das zu seiner Zerfallsreihe gehörende, also von ihm im Körper erzeugte Yttrium 91 — Halbwertzeit 61 Tage — schnelle Elektronenteilchen aus. Diese sogenannte Betastrahlung dringt mit voller Intensität etliche Millimeter in das umliegende Gewebe ein. Besonders wirkt es auf wachsende und junge Zellsubstanzen, wie das Knochenmark, bei Säuglingen und Kindern am zerstörendsten. Es kommt dadurch zu einer Veränderung des Blutbildes. Die Schutzgarde der weißen Blutkörperchen nimmt ab, und das bedeutet eine Schwächung der Widerstandskraft gegen Infektionen, so daß schon an sich leichte Krankheiten zu schweren Folgen führen können. Bei längerer Einwirkung dieser Strahlung kommt es zu Leukämie und Knochenkrebs, die beide tödlich verlaufen. Die Mengen, die zur Schädigung ausreichen, sind unvorstellbar gering. Würde man einen Eßlöffel voll Strontium 90 auf 2½ Milliarden Menschen gleichmäßig verteilen, so würde jeder einzelne bereits dem 28fachen der eben noch „zulässigen" unschädlichen Strahlungsstärke von 0,1 Mikrocurie pro 1 kg Calcium ausgesetzt sein. Und mit solchen Stoffen gehen Menschen, die zu den „Verantwortlichen" der Erde gehören, gewissenlos und leichtsinnig um!

Würden die Atombomben-Versuche heute eingestellt, haben wir noch für 13 bis 16 Jahre mit steigender Bodenverseuchung bis zum sechsfachen des heutigen Befalls zu rechnen. Dabei können Pflanzen auf kalkarmen Böden ein Vielfaches der „normalen" Menge aufspeichern. Die Verseuchungsspitze im lebenden Körper wird erst in über 20 Jahren erreicht sein und dabei kann sie auf das 15fache ansteigen. Neben dem Strontium 90 gibt es noch eine ganze Reihe anderer Spaltprodukte, wie Calcium 45, Eisen 55 oder Jod 131. Letzteres lagert sich z. B. vorwiegend in der Schilddrüse ab. Der Weg, wie es in den Körper dringt, ist stets bedeutsam. So kann schon $^1/_{1000}$ der noch ohne merkliche Schädigung eingeatmeten Menge von Jod 131 beim Kleinkind in der Milch zu sehr ernsten Schäden führen. Dieses Isotop hat eine Halbwertzeit von nur 8½ Tagen. Man hat

es nach Atomversuchen bei Sezierungen in tierischen und menschlichen Schilddrüsen auch bei uns festgestellt. Alle hier aufgeführten Tatsachen beruhen auf authentischen Äußerungen hervorragender Forscher und Fachgelehrter.

Die Atomenergie und das Recht

Nicht nur im einzelstaatlichen Rahmen, sondern auch auf der Ebene des sogenannten „Völkerrechts" ergibt sich der Anlaß, Atomfragen zu behandeln. Seit der berühmten Abhandlung von Hugo Grotius über die Freiheit der Meere steht fest, daß dieses „allen Nationen" gehört. Grotius leitet dies ab aus den Naturgesetzen, aus Gottes Willen und aus den Grundsätzen der Vernunft. Hieraus resultiert, daß eine Benutzung dieses Allgemeingutes sich nicht zum Schaden anderer auswirken darf. Dieses ist z. B. der Fall, wenn radioaktive Substanzen im Meer versenkt werden, und damit die Gefahr der Wasser- und Algen- und Fischverseuchung gegeben ist, daß vielleicht bei Fischen, aus deren Leber wir Lebertran für unsere Kinder machen, dieses besonders speicherfreudige (kritische) Organ gefährlich verseucht ist. Oder es ist der Fall, wenn z. B. bei dem von Frankreich zur Zeit in der Nähe der Rhônemündung erstelltem großen Atomprojekt die Verhinderung des Zuflusses radioaktiver Lösungen und Stoffe ins Mittelmeer nicht gewährleistet sein sollte. Oder es war der Fall, als 1954 ein Bikini-Atoll durch eine H-Bombe von solcher Kraft zerrissen wurde, daß noch ein großes Loch im Meeresboden entstand und im weiten Umkreis Wasser und Fische vergiftet waren, wie die Japaner dies bei ihren Fängen feststellten. In diesen und gleichliegenden Fällen widerspricht das Verhalten des Verursachers den gültigen Rechtsnormen und Rechtsgrundsätzen. Kann z. B. die Regierung der USA eine bindende Versicherung abgeben, daß durch den Betrieb des Kriegs-U-Bootes „Nautilus" keine radioaktiven Substanzen in Häfen und Gewässer gelangen, in denen dieses Boot operiert?

Zu dem naheliegenden Problem des Luftraumes nimmt am 18. 5. 1957 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Dr. Julius von Gierke, Professor der Rechte an der Universität Göttingen, die gleiche Einstellung ein. Auch er bezieht sich auf Grotius und die Freiheit der Meere. Die Freiheit der Luft erfordert nur eine Einschränkung in bezug auf den Gemeingebrauch durch den Luftverkehr. Er sagt dann:

„Durch die Explosion von Atombomben und von taktischen Atomwaffen, von Wasserstoffbomben und auch bei Versuchen wird infolge von Verbreitung radioaktiven Staubes über die ganze Erde eine Vergiftung der gesamten Atmosphäre hervorgerufen, die nicht nur dem gegenwärtigen Menschengeschlecht, sondern darüber hinaus den kommenden Geschlechtern zum Verderben gereicht. Verstößt der Staat, der hieran teilnimmt, nicht gegen den Grundsatz, daß der Luftraum allen Nationen, oder — anders ausgedrückt — den Lebenden und den Künftigen gehört? . . . Und hiermit ist das Urteil der Nichtverwendung von Atomwaffen gesprochen . . . Das Recht in seiner ganzen Wichtigkeit und Heiligkeit verbietet jede Verseuchung des Luftraumes durch Verwendung von Atombomben und Atomwaffen."

Prof. von Gierke untersucht dann die Stellung des einzelnen Staates als Mitglied eines höheren völkerrechtlichen Verbandes. Der Staat, der sich durch einen völkerrechtlichen Bündnisvertrag zur Herstellung oder Verwendung, Bereitstellung oder Lagerung von Atomwaffen durch andere auf seinem Gebiet verpflichtet hat, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen berechtigt, sich von dieser Verpflichtung loszusagen, da diese gegen die obersten Rechtsgrundsätze der menschlichen Gemeinschaft verstößt und in hochgradiger Weise die guten Sitten verletzt. Aber auch bei einem Fehlschlagen internationaler Verhandlungen sollte es klar sein, daß jeder atomar bewaffnete Staat den Boden des Rechts verlassen hat.

Der Atomkrieg hat bereits begonnen

Die radioaktive Verseuchung unseres Lebensraumes ist eine schreckliche und tief erschreckende Tatsache geworden. Nach dem Stand vom 1. 1. 1956 (inzwischen aber erfolgten neue Versuchsreihen!) würde bis 1970 die inkorporierte Menge Strontium 90 im Erwachsenen auf rund $^{3}/_{100}$ Mikrocurie pro 1 kg Calzium — und soviel etwa enthält der Körper des erwachsenen Menschen — angestiegen sein. Das ist etwa ein Drittel des höchstzulässigen Wertes! Dabei ist davon ausgegangen, daß Pflanzen überall prozentual etwa das Doppelte der Bodenverseuchung speichern, und daß 20 % Sr 90 aus den Pflanzen bei der

Ernährung in Tiere und Menschen übergehen. Jedoch auf kalkarmen Böden steigt der Gehalt an Sr 90 in den Pflanzen um ein Vielfaches an, und für die Menschen, die sich aus solchen Pflanzen ernähren, kann die Aufnahme der strahlenden Substanz bis zum 12-fachen (!) des höchstzulässigen Wertes im Jahre 1970 betragen. Das bedeutet unabwendbar: Strahlenschaden an Gesundheit und Leben!

Und wieviel gefährdeter sind Säuglinge und Kinder. Inzwischen hat eine ganze Reihe hervorragender Mediziner exakte Feststellungen über Zweit- und Spätschäden veröffentlicht, die durch Bestrahlungen mit Röntgenstrahlen und durch zur Untersuchung in den Körper eingeführte radioaktive Isotope entstanden sind. Die Deutsche Gesellschaft für Kinderheilkunde hat deshalb bereits 1954 die folgende Entschließung gefaßt:

„Jede Zufuhr strahlender Isotopen bringt für den Menschen die Gefahr mutativer Zellschäden (Erbschäden, bösartige Geschwulste, Leukämien). Für Kinder mit ihrer noch langen Lebensdauer muß diese Gefahr besonders hoch eingeschätzt werden. Die Gesellschaft warnt angesichts dieser Gefahr nachdrücklich vor allen derartigen Gefahren, da die Möglichkeit einer fahrlässigen Körperverletzung besteht."

Die aus der Luft auf den Körper einwirkenden Gammastrahlen und durch die Nahrung aufgenommenen Spaltprodukte aus Atomwaffenversuchen oder aus der atomaren Industrie (vom Atomzentrum Harwell aus gelangt Radioaktivität in die Irische See, von stillgelegten Bergwerken, in den man Atommüll lagerte, sind Grundwasserverseuchungen ausgegangen, strahlungssichere Reaktoren gibt es noch nicht) bergen natürlich die gleichen Gefahren, vor denen hier von der medizinischen Therapie her gewarnt wird. Es sollte die zur Zeit vordringlichste Aufgabe der Weltgesundheitsorganisation sein, sich mit diesen Problemen zu befassen, die den schon durch die Ärosol-Belastung der modernen Industrie getroffenen Menschen nun endgültig in seiner Lebenssubstanz bedrohen. Die Weltgesundheitsorganisation sollte sich dabei die Forderungen zu eigen machen, die das Strahlungskomitee der Nationalen Akademie der USA in einem Bericht veröffentlicht:

1. Kontrolle der Bestrahlungen aller Menschen,
2. Verminderung der Röntgenuntersuchungen,
3. Aufsicht über die Verwendung radioaktiver Abfälle,
4. Internationale Kontrolle der radioaktiven Vergiftung des Meeres,
5. Lockerung der Geheimhaltungsbestimmungen über Radioaktivität.

„Gesundheit geht vor Technik und Wirtschaft. Alle Entwicklung auch auf diesem Gebiet ist nur sinnvoll, wenn sie dem Menschen dient" (Dr. Manstein, Detmold).

Ein dringendes Erfordernis liegt auch darin, daß wir eine Kontrolle unserer gesamten Nahrungsmittel auf Radioaktivität sofort aufnehmen und daß damit zusammenhängende wissenschaftliche Forschungsarbeiten sofort begonnen werden. In einem Schreiben vom 2. Mai 1957 der Staatlichen Chemischen Untersuchungsanstalt in München an den Kampfbund gegen Atomschäden heißt es:

„Nach allerjüngsten Informationen sind Lebensmittel nach den in Deutschland bekanntgewordenen Untersuchungen bisher noch nicht auf Radioaktivität in einer wissenschaftlich stichhaltigen Weise überprüft worden. Die bisherigen Untersuchungen beziehen sich auf Wasser. Die Untersuchungsanstalt München wäre nicht in der Lage, solche Untersuchungen auszuführen, weil trotz wiederholter Antragstellung von der Gesundheitsabteilung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern keine Mittel zur Beschaffung einer Untersuchungsapparatur genehmigt und zugewiesen wurden."

Es ist notwendig, der Bevölkerung laufend wahrheitsgemäße Hinweise auf gefährliche oder andererseits besonders zu bevorzugende Nahrungsmittel — insbesondere für Kinder — zu geben. Es wäre verantwortungslos, zu schweigen, weil man eine „Panik" fürchtet. Im Gegenteil, diese Panik wird kommen, wenn man die Dinge weiter so treiben läßt!

Auch die Messung der Radioaktivität der Luft und der aus ihr mit Wind und Regen ausfallenden Spaltprodukte kann man nicht sozusagen „zusätzlich" den Wetterwarten übertragen, die bereits in einer ersten Verlautbarung eingestehen mußten, daß ihre Apparaturen bei der Isotopenmessung versagen, und die überhaupt Aufgaben nicht gewachsen sind, deren Problematik auch berufenen Radiophysikern noch Schwierigkeiten bereitet. Diese Dinge müssen einer Institution mit einem Gremium von Wissenschaftlern übertragen werden, die vom Staate u n a b h ä n g i g sind. Sonst werden sich auch bei uns jene beruhigenden Bulletins einstellen, die in den USA an der Tagesordnung sind.

So erfahren wir z. B. aus der Zeitschrift „Reporter" (Las Vegas) unter dem 8. 5. 1957, daß infolge einer unrichtigen Einschätzung einer Versuchsexplosion radioaktive Wolken über Nevada und Utah schwebten. Dabei wurden in einer Stadt 5000 Menschen für 24 Stunden einer Strahlungsmenge ausgesetzt, die das 1260fache (!) der für Arbeiter in Atomanlagen „zugelassenen" Dauerleistungsdosis betrug. Auch über der amerikanischen Hauptstadt ging (lt. AP vom 17. 5. 1957) radioaktiver Regen nieder. Dr. Libby aber, stellvertretender Vorsitzender der amerikanischen Atomenergie-Kommission, bezeichnete die „gemessene Radioaktivität als nicht gefährlich". Am 1. 6. 1957 gab es abermals drei radioaktive Staubwolken über den Vereinigten Staaten. Sie kamen wieder aus Nevada und hätten planmäßig in entgegengesetzter Richtung über den Ozean hinwegschweben sollen. Das Versuchskommando ließ sogleich versichern, es habe sich „kein gefährlicher fall-out" ergeben. „Objektivität" und „Dienststelle" scheinen Begriffe zu sein, die nicht immer einander kongruent sind.

Die „Politik der Stärke" ist am Ende

Zehn Kobaltbomben genügen, um alles Lebende auf Erden auszulöschen. Ein um sich schlagender Atomstaat wird j e d e Massenvernichtungswaffe einsetzen. Diese Feststellung trifft Prof. Hahn in seiner Schrift „Kobalt 60".

Zehn Wasserstoffbomben genügen, um das gesamte Gebiet der Bundesrepublik in eine Strahlenhölle des Todes zu verwandeln. Bei einer mit 5000 und mehr Kilometer Stundengeschwindigkeit anfliegenden Atomrakete wird jede Warnzeit illusorisch.

Prof. Heisenberg: Ein Schutz für e i n z e l n e ist vielleicht möglich, wenn sie einen atomsicheren Bunker tief unter der Erde besitzen, der mit länger funktionierenden Sauerstoffgeräten, Lebensmittelvorräten für mindestens drei Monate und dementsprechenden unverseuchten Wasservorräten versehen ist. Aber auch dann sind die radioaktiven Gefahren über der Erde noch nicht beseitigt.

Dokument Nr. 38 der Versammlung der Westeuropäischen Union, Bericht des Berichterstatters Fens, Seite 38, Artikel 17: Die Frage, wer die Ermächtigung zur Anwendung der Atomwaffen gibt, hat offensichtlich die hohen Offiziere sehr beschäftigt. Es ist klar, daß die Anwendung der Wasserstoffbombe auf höchster Ebene im politischen Bereich beschlossen werden muß. Aber die taktischen Atomwaffen, die sicher ein wesentlicher Bestandteil der Standard-Ausrüstung moderner Armeen sein werden, werfen eine andere Frage auf. Der Zukunftskrieg wird ohne Zweifel ein plötzlicher sein, ein Blitzkrieg sein. Die taktischen Planungen werden nicht warten können, bis eine Entscheidung aus Washington oder von anderswo eintrifft.

In diesem Dokument wird eine der gefährlichsten Tatsachen unserer Weltlage offenbar: die Entscheidung über den Beginn eines Atomkrieges ist den Regierungen und Parlamenten, von den betroffenen Völkern ganz zu schweigen, entglitten und liegt im Ermessen eines delegierten Offiziers im NATO-Hauptquartier. (Im Osten mag sich ein Spiegelbild hierzu finden.) Marschall Montgomery äußerte am 11. Oktober 1956, er würde es vorziehen, diese Waffen erst zu verwenden und dann später zu fragen. Der entscheidende Offizier wird jedenfalls, so meine ich, um so eher bereit sein, auf den Knopf zu drücken zur „blitzschnellen Gegenreaktion" gemäß der NATO-These von General Grünther, daß jeder Angriff, auch der nicht-atomare, sofort mit einem Atomgegenschlag beantwortet wird, je sicherer und besser der Tiefbunker ihm erscheint, von dem er und seine Umgebung sich Schutz für sein Leben erhofft, und in den er als einer der wenigen einzelnen Menschen in solcher Situation hinabsteigen kann.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit hat ein solches Übermaß an Rüstung ein solches Übermaß an Unsicherheit hervorgebracht. Zweimal eine halbe Welt ergibt noch keine ganze; und halbe Freiheit ergibt Unfreiheit, mit welchen Vokabeln — bis zu dem Wort „Freiheit" — man sie auch immer benennen mag. Eine Hysterie, die sich breitgemacht hat, die politischen Gedanken weniger auf ihren Kern und Inhalt hin zu betrachten als danach, aus welcher Himmelsrichtung sie in unseren Blickpunkt treten, hat nichts mehr mit jenem sachlichen Kalkül zu tun, dessen wir dabei stets bedürfen. In der Bundesrepublik besitzen wir heute keine eigene Stärke, aber sehr viel eigene Schwächen. Eine der größten aber ist der Irrtum — den wir mit unseren „Verbündeten" teilen — daß man eine labile Weltkonstruktion durch das Aufstapeln atomarer Vernichtungswaffen

zu einer stabilen machen könne. Solches Denken läuft Gefahr, in die „Flucht nach vorn" zu geraten. Im „Spiegel" vom 1. 5. 1957 äußert Minister Strauß:

„Sie kennen meine These. Erstens keinen Krieg anfangen; zweitens: keinen provozieren, aber drittens: einem Angreifer sagen: Notfalls schlagen wir zu, und zwar mit allem, was wir haben, auch wenn es für uns sehr bittere Stunden geben wird, auch wenn das Risiko tödlich ist — alles abgestellt darauf: Es soll keiner anfangen."

„Zu einer wirksamen Abwehr ist in dieser Situation die Bereitstellung von taktischen Atomwaffen erforderlich, um die abschreckende Wirkung zu erhöhen."

Die Generale Heusinger und Speidel erklären, es sei nicht möglich, in einer integrierten Armee einen Verband ohne die gleichartige — atomare — Ausrüstung der anderen zu haben. Die dagegen von einem CDU-Abgeordneten im Bundestag gemachte Bemerkung, daß die Frage der Bewaffnung der Bundeswehr mit atomaren taktischen Waffen überhaupt nicht aktuell ist, weil sie t e c h n i s c h für diejenigen, die sie liefern können, und für unsere Armee, die im Aufbau ist, erst in etwa zwei Jahren aktuell sei, beleuchtet schlaglichtartig die Taktik der CDU-Regierungserklärung, man habe für die Bundeswehr keine Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen gefordert.

Ohne echte, auf realen Tatsachen fußende politische Konzeptionen zu verfolgen, hat die von der CDU-Koalition getragene Regierung die deutsche Wiedervereinigung mit der westdeutschen Aufrüstung und den westdeutschen Militärbündnis-Verpflichtungen gekoppelt. Prof. Grewe, der Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes sagte:

„Es ist ein wesentliches Ergebnis der deutschen Politik im Jahre 1956, daß es gelang, dieses verhandlungspolitische Junktim zwischen Wiedervereinigung und Sicherheit auch auf die Abrüstungsfrage zu erstrecken."

Seit der Bundeskanzler-Reise nach den USA vom 24.—29. Mai 1957 wird es offenbar, daß die Vereinigten Staaten ihrerseits diese These nicht mehr als Richtlinie ihrer Politik betrachten. Die Verhandlungen von Stassen in London, die bei der derzeitigen westdeutschen Regierung soviel Nervosität auslösten, und die eine Atmosphäre sachlicher Annäherung der beiden Großen zustande brachten, haben zu einem Vorschlag Sorins geführt, der auch von der Seite der westlichen Verhandlungspartner als Ausgangsbasis der Verhandlungen anerkannt wird. Die Sowjetunion hat am 14. Juni 1957 in London vorgeschlagen, die Kernwaffenversuche für zwei bis drei Jahre einzustellen, die Einstellung durch eine dem Sicherheitsrat der Vollversammlung der UN verantwortliche internationale Kommission zu überwachen, und zu diesem Zweck Überwachungsposten in den Gebieten der drei Atom-Großmächte und im pazifischen Raum zu stationieren. Die verzweifelte Erklärung der Bundesregierung, daß es sich in London nun um die „erste, noch unpolitische Phase" handelt, nimmt dem tatsächlichen politischen Geschehen nichts von seiner internationalen Bedeutung.

Inwieweit, so darf man heute fragen, stimmten die Vereinigten Staaten den Thesen des westdeutschen Bundeskanzlers und seiner Junktim-Politik zu, weil diese Konstellation ihren eigenen militärischen Absichten gegenüber den Oststaaten entgegenkam? Inwieweit, so darf man weiter fragen, sind auch die Westmächte zu Abrüstungsvereinbarungen bereit, weil ihre gesamte Wirtschaft das bisherige Rüstungstempo — und mag das Rüstungskapital noch so drängen — nicht durchhält? In England z. B. hätten die Flugzeug- und Panzerwerke usw. 35 % ihrer Arbeiter entlassen müssen. wenn nicht deutsche Rüstungsaufträge hereingeholt worden wären. In dem Augenblick, als der bisher mit seiner politischen Einstellung so bequeme westdeutsche Partner zu einer Fessel für die eigene Handlungsfreiheit der USA zu werden droht, verschafft diese sich auch ihm gegenüber Ellbogenfreiheit.

Die deutsche „Politik der Stärke" ist am Ende angelangt. Die über unserem gesamten Vaterland schwebende Gefahr, als einer der gefährlichsten Konfliktherde der Erde der Atomfriedhof Nr. 1 zu werden, ist allerdings noch nicht gebannt.

Entscheidung aus der Realität

Es gibt ein Junktim in der Politik, das wir alle wünschen: das Junktim zwischen dem Willen der Völker und den Taten ihrer Abgeordneten und ihrer Regierungen. Dazu gehört beiderseitiges miteinander reden und sich mitteilen. Wenn in einer so grundlegenden Lebensfrage wie dem Atomproblem zum Beispiel jetzt in England ein „Vorhang tie-

fen Schweigens" gegenüber dem Volk ausgebreitet wurde (siehe „Die Welt" vom 13. Mai 1957 „England schirmt sich gegen die Atom-Diskussion ab"), um den Widerstand gegen die beabsichtigten Atom-Versuche nicht aufkommen zu lassen, so kann uns das nur bestätigen, daß die Wege der englischen Regierung nicht den Wünschen des englischen Volkes entsprechen. Die große Mahnung Albert Schweitzers, von nahezu 150 Rundfunksendern in 50 Ländern übertragen, wurde im Reiche Elizabeth II. nur kurz im Nachrichtendienst erwähnt. Die Zeitungen brachten lediglich kurze Zusammenfassungen. Die Papstbotschaft nahmen nur 2 Zeitungen in wenigen Sätzen auf. Die Erklärung der Göttinger Professoren wurde nur kurz gemeldet und in bezug auf die Auswirkungen eines deutschen Atomwaffenverzichts kommentiert. Eine sofort danach abgegebene Erklärung der angesehensten englischen Professoren, in der besonders auf die Verursachung von Knochenkrebs durch die Wasserstoffbomben-Explosionen hingewiesen wurde, ist nur von einer Zeitung, dem unabhängigen Manchester Guardian, im Wortlaut veröffentlicht, von zwei anderen Zeitungen erwähnt worden. All dies berichtet der „Welt"-Korrespondent Peter Grubbe. Und auch: Als ein amerikanischer Wissenschaftler Explosionen von Wasserstoffbomben als ungefährlich bezeichnete, wurde diese Meldung in großer Form veröffentlicht. Als ein Kollege von ihm wenige Tage später diese Behauptung bestritt und sogar erklärte, daß der radioaktive Abfall derartiger Explosionen nicht nur lebende Menschen, sondern auch ungeborene Kinder im Mutterleib gefährde, da verfiel diese Meldung fast überall dem Rotstift. Grubbe schließt:

„Den objektiven Beobachter stimmt es doch besorgt, daß gerade England, das traditionelle Land der Meinungsfreiheit und der offenen Diskussion, sich durch einen solchen Vorhang des Schweigens von einer der wahrscheinlich bedeutsamsten Auseinandersetzungen, von einer Debatte über Tod und Leben der Menschheit, ausschalten, abschneiden läßt. Und auf lange Sicht erscheint es fraglich, ob selbst der militärische Besitz der Wasserstoffbombe jenes moralische Gewicht auszugleichen vermag, das eine Nation besitzt, die ernste Argumente auch dann offen diskutiert, wenn diese Diskussion ihren politischen Bestrebungen im Augenblick nachteilig sein könnte."

In der Bundesrepublik Deutschland fand am 10. Mai 1957, ausgelöst durch eine „Große Anfrage" der SPD, im Bundestag eine ausführliche Debatte des Atomproblems statt. Sie hat vor allem eine Abgrenzung der Standpunkte gebracht, indem sie die Zwiespältigkeit der Regierungspolitik und ihre Ergebnislosigkeit in bezug auf eine positive Behandlung des Wiedervereinigungsproblems aufdeckte, und andererseits die Ansichten der Opposition in einzelnen Punkten klarer formulierte. Am Fernsehschirm wurde dabei deutlich, wie weit auch diese Sitzung für unsere Volksvertreter zu einer routinemäßigen Angelegenheit wurde, bei der Redner vor nur mit einigen Parteibeobachtern besetzten leeren Bänken sprachen. Daß auch die Zuschauertribüne am Nachmittag leerer und leerer wurde, mag als eine Kennzeichnung unserer nur bedingten öffentlichen Interessiertheit gelten.

In der im Namen der Bundesregierung gegebenen Antwort auf die Fragen der SPD durch den Bundesminister Strauß findet sich an keiner Stelle auch nur ein einziges Wort, auch nicht die kleinste Bemerkung zur Strahlenverseuchung unseres Lebensraumes durch die Atomversuche und die dadurch für uns und unsere Kinder eingetretenen Gefahren. Der Minister und seine Regierung, die unser Leben zu „verteidigen" haben, schweigen hierzu. Selbst auf die direkte Frage danach (Frage 3 der Anfrage lautete: Was tut die Bundesregierung zur Unterstützung der gegen das Atomwettrüsten gerichteten Forderungen Japans, die aus den eigenen leidvollen Erfahrungen der ersten Atombombenabwürfe entstanden sind, auf Einstellung der Atomversuchsexplosionen durch alle Beteiligten?) erklärt der Sprecher ausweichend:

„Ich gebe die Antwort:
Die Frage der Einstellung von Atomwaffenversuchen steht in einem untrennbaren Zusammenhang mit dem Problem eines umfassenden Abrüstungsabkommens. Mit der Beseitigung des Mißtrauens zwischen den Großmächten durch ein solches Abkommen würde auch der Anlaß zu weiteren Atomversuchen entfallen, deren Durchführung schließlich in der Angst voreinander begründet liegt."

Die Regierungserklärung hält sich ohne Ausnahme in den Bezirken der militärischen NATO-Gedanken auf. Sie sagt wörtlich: „Es darf keinen Zweifel darüber geben, daß die Gefahr eines Angriffs durch die Sowjetunion nach wie vor besteht." Aus diesem Aspekt heraus werden die Rüstungen, die Atomwaffen-Einlagerungen verteidigt, die Anwesen-

heit fremder Truppen als notwendig erachtet. Die Frage der Abrüstung läuft auf die Erhaltung des bestehenden Kräfteverhältnisses in eingeschränktem Rahmen hinaus: „Abschaffung der atomaren Waffen und Begrenzung der herkömmlichen Streitkräfte in einem angemessenen gegenseitigen Verhältnis, so daß für keine Seite auf diesem Gebiet ein untragbares oder nicht zumutbares Risiko entsteht." Von der Notwendigkeit einer neuen politischen Konzeption als der eigentlichen Alternative zur Überwindung des Wettrüstens und des Block-Denkens ist keine Rede. So erstaunt es nicht, wenn es abschließend heißt:

„Die Bundesregierung faßt ihre Auffassung zusammen:
Erstens: Nach wie vor ist die Bundesrepublik durch das militärische Potential und die unverändert gebliebene politische und ideologische Zielsetzung der Sowjetunion einer ernsten Bedrohung ausgesetzt."

Unter „Achtens" wird dies mit fast den gleichen Worten nochmals wiederholt. Der Amerikaner George F. Kennan, der bis 1953 USA-Botschafter in Moskau war, schrieb im Herbst 1956:

„Das Bild eines Rußlands, das danach schmachtet, den Westen anzugreifen und nur durch unseren Besitz an Atomwaffen davon abgehalten wurde, war weitgehend eine Schöpfung der westlichen Phantasie, gegen die einige von uns, die mit russischen Dingen vertraut waren, jahrelang vergeblich ihre Stimme erhoben."
(„Die Welt" vom 20. 10. 1956)

Der gleiche Kennan, der als einer der besten Kenner der Sowjetunion in den USA gilt, sagte am 7. Mai 1957 vor dem Übersee-Presseklub in New York:

„Zu keiner Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges habe ich jemals einen Beweis dafür gefunden, daß der Kreml einen dritten Weltkrieg wünscht."

Die jetzt amtierende bundesdeutsche Regierung sieht drohend erhobene Bärenpranken und begründet damit die Anwesenheit von NATO-Truppen mit atomarer Ausrüstung.

Es ist ein positives Ergebnis der Atomdebatte, daß in dem — von der Regierungskoalition überstimmten — Entschließungsantrag der SPD, nach einem feierlichen Appell an die Atommächte, angesichts der Gefahren aus den Versuchsexplosionen diese einzustellen, folgende Forderungen formuliert wurden:

„Die Bundesregierung wird ersucht,
1. die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen,
2. die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben und zur Stationierung von Atomwaffen-Verbänden durch dritte Mächte auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu verweigern und, falls eine solche Zustimmung ausgesprochen worden sein sollte, sie zurückzunehmen,
3. dem deutschen Volke bekanntzugeben, welche Maßnahmen die Bundesregierung ergreifen wird, um die Bevölkerung der Bundesrepublik vor den möglichen Auswirkungen der Stationierung von Atomwaffen auf seinem Gebiet zu schützen."

Daß der SPD und den anderen Oppositionsparteien eine klarere Konturierung ihrer Intentionen und ein realistisches Behandeln der Wiedervereinigungsfrage nur Gewinn bringen kann, darüber wird in den „Blättern" noch abzuhandeln sein.

Das Problem der Radioaktivität wird allem Anschein nach nicht in kurzfristig erreichbaren und die betroffenen Menschen der Völker schnell befriedigenden Übereinkommen gelöst werden können. Dazu ist es zu vielfältig gegliedert. Die Einstellung der Versuche, die vom biologischen her das Hauptmoment darstellt, ist im politischen nur ein Beginn. Hier geht es um die Konzeption einer neuen gesamteuropäischen Staatenfamilie, die von der Tatsache ausgeht, daß die Länder der Völker nachbarlich nebeneinanderliegen und daß die vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen natürliche gemeinsame Lebensströme sind. Der gefährliche Sprengstoff der Atomwaffenvorräte ist als erstes abbaureif. Prof. Heisenberg äußerte in einem Interview im Mai 1957: „Ich hoffe, daß zwischen der NATO und der Sowjetunion eine Abrüstungsvereinbarung zustandekommt, die alle Atomwaffen aus dem Vorfeld der beiden Machtbereiche — sagen wir etwa den vordersten tausend Kilometern — verbannt." Heisenberg begrüßte bei dieser Gelegenheit die Erklärung der Atomphysiker der DDR und die Erklärung des Ministerpräsidenten der DDR, daß im Gebiet der DDR weder heute noch in

Zukunft Atomwaffen erzeugt oder lagern werden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 5. 1957).

Es liegt zu einem guten Teil an uns, an unserem staatsbürgerlichen Verhalten, wie die Dinge, die wir bisher gutgläubig oder auch uninteressiert hinnahmen, oder denen wir nicht mit genügend lauter Opposition begegneten, sich nun weiter entwickeln. Nach den bisherigen demokratischen Erfahrungen in unserem Lande seit 1945 dürfte es jedoch nicht genügen, nur am Wahltag einen Stimmzettel abzugeben, damit „ein Wechsel der Pferde" erreicht wird, sondern ein breites Sichtbarwerden einer bewußten öffentlichen Meinung ist not, ein friedlicher aber nachdrücklicher Aufstand gegen den gefährlichen Wahnsinnsweg der „Abschreckungspolitik", ein Aufstand der Mütter und aller verantwortungsbewußten Frauen und Männer f ü r das Leben und g e g e n den atomaren Selbstmord und eine am Abgrund dahinpendelnde Politik.

Die Verschiedenheiten und Gegensätze zwischen den Menschen der Völker sind heute bei weitem nicht so groß, wie die Gegensätze zwischen ihren Regierungen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

2000 amerikanische Wissenschaftler appellieren für das Verbot der Atomwaffenversuche

Das Max-Planck-Institut für Physik, Göttingen, stellte uns freundlicherweise den englischen Wortlaut der Bekanntmachung der 2000 amerikanischen Wissenschaftler und den Text ihres Appells zur Verfügung. Hier in Eigenübersetzung der vollständige Wortlaut.

„Montag, 3. Juni 1957.

Heute wurde von Dr. Linus Pauling mitgeteilt, daß 2000 Wissenschaftler einen Appell unterzeichneten für den Stopp der Versuche von nuklearen Bomben durch eine internationale Vereinbarung. Alle Unterschriften wurden während der letzten Woche gesammelt.

Der Appell betont nachdrücklich, daß die Bombenversuche der menschlichen Gesundheit in der ganzen Welt und den zukünftigen menschlichen Generationen schaden. Er zeigt ebenso auf, daß die Gefahr des Ausbruches eines sündfluthaften Atomkrieges wachsen würde, wenn der Besitz von Waffen auf weitere Regierungen ausgedehnt würde, und daß eine internationale Übereinstimmung, die Bombenversuche zu stoppen, als erster Schritt für ein Abrüstungsabkommen dienen könnte.

Der Appell wurde durch drei Nobelpreisträger unterzeichnet (Dr. L. Pauling, Dr. H. J. Muller, Dr. Jos. Erlanger), durch viele führende Genetiker neben Dr. Muller und durch ungefähr 40 Mitglieder der Nationalen Akademie der Wissenschaften. Über 1500 Unterschriften erhielt Dr. Pauling in 2 Tagen, letzten Freitag und Samstag. Viele Unterzeichner wohnen in Bethesda, Maryland, von wo über 200 Unterschriften stammen.

Einer der Unterzeichner ist Dr. Ralph E. Lapp, ein Physiker, der während der letzten Jahre in mühevoller Arbeit anderen Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit Fakten über Atomwaffen und ihre Wirkungen vermittelte.

Der Appell wurde durch Dr. Pauling als einzelnem Wissenschaftler vorbereitet und durch die anderen Wissenschaftler individuell unterzeichnet. Keine Organisation wurde eingeschaltet, weder für die Formulierung des Appells noch für die Sammlung der Unterschriften.

Der Appell ging hervor aus einer Ansprache über „Wissenschaft in der modernen Welt", in St. Louis in der Kapelle der Washington-Universität gerichtet an die Studenten und den Lehrkörper der Universität am 15. Mai 1957. Im Laufe dieser Ansprache betonte Dr. Pauling nachdrücklich, daß es eine im wesentlichen einstimmige Meinung unter Wissenschaftlern mit Erfahrung auf dem Gebiet der biologischen Wirkungen der

Strahlung über die allgemeine Wichtigkeit dieser Wirkungen gibt. Die augenscheinliche Unstimmigkeit zwischen den Feststellungen, die durch verschiedene Wissenschaftler gemacht wurden, ist zum größten Teil das Resultat verschiedenartiger Einschätzung der Schlußfolgerungen. Er erörterte den Schaden, der durch den Versuch nuklearer Bomben angerichtet wird, und drückte seine Überzeugung aus, daß ein Stopp dieser Versuche durch internationale Übereinkunft ein wirksamer erster Schritt zur Vermeidung eines sündflutgleichen Kernwaffenkrieges wäre. Der Widerhall auf seine Rede war so begeistert, daß es angebracht erschien, eine Darlegung vorzubereiten, die amerikanische Wissenschaftler unterstützen könnten. Nahezu alle Mitglieder der wissenschaftlichen Abteilungen der Washington-Universität haben diesen Appell unterzeichnet, insgesamt 102. Die Darlegung, die genannt wird:

„Ein Appell amerikanischer Wissenschaftler an die Regierungen
und an die Völker der Welt"

hat folgenden Wortlaut:

„Wir, die amerikanischen Wissenschaftler, die unterzeichnet haben, fordern, daß ein internationales Abkommen jetzt abgeschlossen wird, die Versuche mit Kernbomben zu beenden.

Jeder Atombombenversuch breitet eine zunehmende Ladung radioaktiver Elemente über jeden Teil der Welt aus. Jede hinzukommende Strahlungsmenge verursacht Schäden an der menschlichen Gesundheit über die ganze Welt hin und schädigt das menschliche Keim-Plasma, so daß eine wachsende Zahl ernsthaft geschädigter Kinder in zukünftigen Generationen zu erwarten sind.

Solange diese Waffen sich in der Hand von nur drei Mächten befinden, ist ein Abkommen über ihre Kontrolle durchführbar. Wenn die Versuche weitergehen und der Besitz dieser Waffen auf weitere Regierungen ausgebreitet wird, wird die Gefahr des Ausbruches eines sündflutgleichen Atomkrieges durch die rücksichtslose (reckless) Haltung irgendeines unverantwortlichen nationalen Führers erheblich wachsen.

Eine internationale Übereinkunft, die Versuche mit nuklearen Bomben jetzt zu stoppen, könnte als erster Schritt zu einer allgemeinen Abrüstung und der späteren wirksamen Abschaffung der Kernwaffen dienen, unter Hinweis auf die Möglichkeit eines Kernwaffenkrieges, der eine Katastrophe für die ganze Menschheit bedeuten würde.

Wir haben in Übereinstimmung mit unseren Kollegen ein tiefes Interesse am Wohlergehen der Menschheit. Als Wissenschaftler haben wir Kenntnis von den vorhandenen Gefahren und deshalb eine besondere Verantwortung, diese Gefahren bekanntzugeben. Wir halten es für unumgänglich, daß eine sofortige Aktion begonnen wird, ein internationales Abkommen zum Stopp der Versuche aller nuklearen Waffen zu erreichen!"

Die ersten Unterzeichner, die mit Dr. Pauling an der Formulierung des Appells arbeiteten, sind folgende:

Barry Commoner, Edward U. Condon, Charles D. Coryell, Leslie C. Dunn, Viktor Hamburger, Michael Heidelberger, I. H. Herskowitz, Herbert Jehle, Martin Kamen, Edwin C. Kemble, I. M. Kolthoff, Chauncey Leake, S. E. Luria, Max Mason, Carl V. Moore, Philip Morrison, H. J. Muller, Severo Ochoa, C. C. Price, Arthur Roberts, M. L. Sands, Verner Schomaker, Laurence H. Snyder, Oswald Veblen, M. B. Visscher und W. H. Zachariasen.

Zu der Gruppe zählt Dr. H. J. Muller von der Indio-Universität, der den Nobelpreis für Medizin im Jahre 1946 für seine Entdeckung erhielt, daß das Eindringen von Strahlung Mutationen in Pflanzen und Tieren hervorruft. Dr. Muller ist führend gewesen unter den Genetikern beim Hinweis auf die Gefahren radioaktiver Strahlung für die Menschheit. Ein anderes Mitglied der Gruppe, Prof. L. H. Snyder von der Universität Oklahoma, ist eine Autorität auf dem Gebiet der menschlichen Genetik. Dr. Snyder ist jetzt Präsident der „Amerikanischen Gesellschaft für den Fortschritt der Wissenschaften" und unterzeichnete den Appell zum Stopp der Bombenversuche persönlich als Wissenschaftler, nicht als Repräsentant der „Amerikanischen Gesellschaft für den Fortschritt der Wissenschaften".

Andere führende Forscher auf dem Gebiet der Genetik, die den Appell unterzeichneten, sind: M. R. Irwin, Sewall Wright, D. C. Cooper, A. B. Chapman, M. Demerec, Richard B. Goldschmidt und L. C. Dunn.

Etwa die Hälfte der Wissenschaftler, die den Appell zeichneten, sind Biologen, und viele der anderen sind Bio-Chemiker, Chemiker oder medizinische Wissenschaftler. Die Zahl der Physiker, die den Appell unterzeichneten, ist nicht groß. Einige Physiker, die sich enthielten zu unterzeichnen, teilten mit, daß sie nicht genügend Kenntnis über die biologischen Folgen eindringender radioaktiver Strahlung hätten, um einen Appell zu unterzeichnen, in dem sie sagen, daß sie Kenntnis von den in Atombombenversuchen enthaltenen Gefahren hätten. Viele dieser Nichtunterzeichner sagten außerdem, daß sie den Appell unterstützen und ihn gezeichnet hätten, wenn er nicht diesen Satz enthalten hätte.

Es folgt die alphabetische Liste der Unterschriften, die uns in vier Tagen, vom 29. Mai bis zum 1. Juni, erreichten."

Pius XII. warnt vor Atomrüstung

Der „Osservatore Romano" veröffentlichte die Note, die Papst Pius XII. dem japanischen Sonderbeauftragten Prof. Masatoshi Matsushita überreichte. Die Note hat folgenden Wortlaut:

„Die wachsende Beherrschung der gewaltigen Naturkräfte durch den Menschen läßt neue und inständige Motive der Sorge entstehen. In der Tat, die zerstörende Gewalt der Atomwaffen ist unbegrenzt geworden, nicht mehr gebremst durch die ‚kritische Masse', die der schon schrecklichen Gewalt der ursprünglichen Atomwaffen eine natürliche Grenze setzte. Jetzt wird diese unbegrenzte Macht als Drohung gebraucht, die, von einem Feld auf das andere geschoben, immer katastrophaler wird; denn jeder sucht den anderen zu übertreffen durch die wachsenden und leider tatsächlichen Schrecken, die einem dadurch eingejagt werden. Wenn es sich um Naturkatastrophen handelt, muß man vor dem, was durch den Willen des Allmächtigen geschieht, sein Haupt neigen. Aber wenn sich eine Katastrophe durch den perversen Herrscherwillen eines Menschen ereignen sollte, dann muß ein solcher Akt von jedem rechtdenkenden Menschen getadelt und verurteilt werden. Anstelle der unnützen Verschwendung wissenschaftlicher Tätigkeit und Arbeit und materieller Mittel zur Vorbereitung einer solchen Katastrophe, deren unmittelbare ungeheure Schäden und letzte biologische Wirkungen auf lebende Wesen niemand voraussagen kann; anstelle dieses schrecklichen und kostenreichen Laufs zum Tode hin müssen die Verantwortungsbewußten aller Nationen und jeden Glaubens die schwere moralische Verpflichtung verspüren, weiterhin das edle Ziel zu verfolgen, diese Energien im Dienste des Menschen zu beherrschen. Die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, industriellen und auch politischen Vereinigungen müßten mit ihrer ganzen Macht alle Anstrengungen unterstützen, die auf die Nutzung dieser Energien zu Gunsten der moralischen Bedürfnisse hinzielen."

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 86. Erscheinungsweise: monatlich einmal zum Preise von DM 1.— zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe.
Druck: A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw.